G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Bernd Greiner
Der globale Herrschaftsanspruch der USA unter der Reagan-Administration

Helmut Ridder
Das Polen-Lied der Krokodile

Petra K. Kelly
Der Fall Türkei

Jean-Pierre Rouleux
China in den 80er Jahren

Witich Roßmann
Wiederholt sich die Geschichte?
Brünings Notverordnungen, die Bonner „Sparpolitik" und die Haltung der Gewerkschaften

Edith Laudowicz
Frauen und Friedensbewegung
Überlegungen zur aktuellen Diskussion

1'82

Januar 1982 Einzelheft 6,50 DM Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1982

CHRONIK DER MONATE NOVEMBER/DEZEMBER 1981 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Das Polen-Lied der Krokodile ..... *Helmut Ridder* 7

Der Fall Türkei ..... *Petra K. Kelly* 12

Der NATO-Beitritt Spaniens und das Gleichgewicht ..... *Martin Ax* 17

HAUPTAUFSÄTZE

„Die ganze Welt ist Sache der NATO"
Der globale Herrschaftsanspruch der USA
unter der Reagan-Administration ..... *Bernd Greiner* 21

China in den 80er Jahren ..... *Jean-Pierre Rouleux* 40

Brünings Notverordnungen 1930/31, die Bonner „Sparpolitik" 1981/82
und die Haltung der Gewerkschaften.
Wiederholt sich die Geschichte? ..... *Witich Roßmann* 56

Frauen und Friedensbewegung
Überlegungen zur aktuellen Diskussion ..... *Edith Laudowicz* 74

Funktion und Folgen der Berufsverbote
10 Jahre „Radikalenerlaß" und die Perspektiven
des Widerstandes ..... *Erich Roßmann* 89

Vom „Historischen Kompromiß" zur
„Demokratischen Alternative".
Zur Entwicklung in Italien seit Ende der 70er Jahre ..... *Elvio Dal Bosco* 95

MEDIENKRITIK

Polen? Polen! ..... *Günter Giesenfeld* 109

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 110

AKTUELLES LÄNDERSTICHWORT

Ghana 113

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumente zur Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen: Rundfunkansprache des polnischen Partei- und Regierungschefs General Jaruzelski zur Verkündung des Ausnahmezustandes am 13. Dezember 1981 (Wortlaut); Tonbandaufzeichnung der Sitzung der „Solidarność"-Verbandsführung am 2. Dezember 1981 (Auszüge); CBS-Interview mit Hauptmann Gornicki, übertragen von den ARD-Tagesthemen am 21. Dezember 1981 (Auszüge) 116

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest am 1. und 2. Dezember 1981 (Auszüge) 121

Erklärung der Ministertagung des Nordatlantikrates am 10. und 11. Dezember 1981 in Brüssel über INF-Modernisierung und Rüstungskontrolle (Wortlaut) 124

Gemeinsames Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. Dezember 1981 (Wortlaut) .. 125

Wahlen 1981: Die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin (West) 1981 . 128

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 1/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik der Monate November/Dezember 1981

1. 11. – N a h e r O s t e n. Der israelische Ministerpräsident Begin bezeichnet im Parlament den von Saudiarabien vorgelegten Plan vom August 1981 (vgl. „Blätter", 9/1981, S. 1025) als ein Projekt zur Zerstörung Israels. – Vom 2.–5. 11. führt der britische Außenminister Carrington in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des EG-Ministerrates Sondierungsgespräche im Nahen Osten. Nach einer Zusammenkunft mit Carrington vertritt der saudische Kronprinz Fahd die Ansicht, die Sowjetunion müsse im Hinblick auf ihre „bedeutende Rolle" und ihre Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat zu eventuellen Nahost-Friedensverhandlungen hinzugezogen werden. – Am 23. 11. gibt der stellvertretende britische Außenminister Atkins im Unterhaus bekannt, Großbritannien, Frankreich, Italien und die Niederlande seien bereit, Kontingente für eine Friedenstruppe im Sinai zu entsenden. – Am 24. 11. werden in der Wüste westlich von Kairo gemeinsame ägyptisch-amerikanische Manöver unter der Bezeichnung „Bright Star" abgeschlossen. – Am 30. 11. vereinbaren die Verteidigungsminister Weinberger (USA) und Scharon (Israel) in Washington ein „Memorandum über strategische Zusammenarbeit".

1.–7. 11. – A l b a n i e n. In der Hauptstadt Tirana findet der 8. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens statt. Parteisekretär Enver Hoxha, der in seinem Amt bestätigt wird, erklärt in seinem politischen Bericht u. a.: „Der Auf-

nahme diplomatischer Beziehungen zwischen Albanien und der Bundesrepublik Deutschland stehen keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege." Einige „seit dem Zweiten Weltkrieg zur Diskussion stehende Fragen" könnten „durch beiderseitiges Einvernehmen" gelöst werden.

3.–5. 11. – C D U. Mit einem Grundsatzreferat des Parteivorsitzenden Kohl wird in Hamburg der 30. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union eröffnet. Die Delegierten verabschieden einen vom Vorstand vorgelegten Leitantrag über die Grundlinien der künftigen Parteipolitik.

4. 11. – P o l e n. Der polnische Ministerpräsident Jaruzelski führt in einem Gästehaus der Regierung in der Nähe von Warschau Gespräche mit dem Primas der katholischen Kirche, Erzbischof Glemp, sowie mit dem Vorsitzenden der „Solidarität", Lech Walesa. Nach der Zusammenkunft wird in einer Erklärung mitgeteilt, es sei über die Schaffung einer „Front der nationalen Verständigung" gesprochen worden. Diese Front solle eine „ständige Plattform für den Dialog und für Konsultationen politischer und gesellschaftlicher Kräfte" sein. – Vom 27.–28. 11. befaßt sich das ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) in Warschau mit der Lage. In einem Beschluß heißt es: „Das Zentralkomitee sieht es als unerläßlich an, daß die Regierung Volkspolens die notwendigen Vollmachten erhält, um gegen die destruktiven Aktionen vorzugehen, die das Land und seine Wirtschaft ruinieren, den sozialistischen Staat, die Ordnung und die öffentliche Sicherheit bedrohen."

5. 11. – T ü r k e i / B R D. Bundesaußenminister Genscher trifft zu einem kurzen Besuch in der Türkei ein. In Ankara heißt es, Genscher wolle sich „aus erster Hand" über die Absichten der Militärregierung unterrichten.

8. 11. – B e l g i e n. Die vorgezogenen Parlamentswahlen führen zu starken Stimmenverlusten der Christdemokraten. Gewinner sind vor allem die Liberalen, die Sozialisten können die Zahl ihrer Mandate leicht erhöhen. Die Grünen (Ökologisten) ziehen mit vier Abgeordneten erstmalig in das Parlament ein.

12. 11. – D ä n e m a r k. Die seit Oktober 1979 amtierende Minderheitsregierung (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1287) tritt nach einer parlamentarischen Niederlage zurück und schreibt Neuwahlen aus. Die Vorschläge der Regierung zur Finanzreform sowie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm hatten im Parlament keine Mehrheit gefunden.

15. 11. – S e n e g a l / G a m b i a. Beide Staaten gehen eine Föderation ein („Senegambia"). Vorgesehen sind eine Wirtschafts- und Währungsunion, eine Integration der Streitkräfte sowie die Koordinierung der Außenpolitik.

16. 11. – N i e d e r l a n d e. Die aus den Wahlen vom Mai d.J. (vgl. „Blätter" 6/1981, S. 643) hervorgegangene Koalitionsregierung von Christdemokraten (CDA), Sozialisten (PvdA) und Demokraten 66 (D'66) gibt im Parlament ihre Regierungserklärung ab. Im außenpolitischen Teil seiner Rede erklärt Ministerpräsident Van Agt (CDA), eine Entscheidung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen sei derzeit nicht möglich. Die Meinung über eine solche Stationierung sei innerhalb des Kabinetts geteilt.

17. 11. – E G. Auf einer Sitzung der Außenminister blockiert der Vertreter Griechenlands eine gemeinsame Nahost-Erklärung der Europäischen Gemeinschaften. Der griechische Außenminister erklärt, sein Land habe die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) diplomatisch anerkannt und lehne das Abkommen von Camp David ab. Die Minister befassen sich außerdem mit dem von Italien und der Bundesrepublik vorgelegten Entwurf für eine „Europäische Akte". Bundesaußenminister Genscher äußert sich am 19. 11. vor dem Europäischen Parlament in Straßburg und erklärt, dieses Dokument solle für die „großen institutionellen Bereiche der Zusammenarbeit einen Gesamtrahmen schaffen". – Vom 26.–27. 11. tagen in London die Regierungschefs der Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen Meinungsverschiedenheiten über den EG-Haushalt und die Agrarpolitik.

18. 11. – U S A / U d S S R. Vor dem Nationalen Presseclub in Washington erläutert Präsident Reagan die amerikanische Haltung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Reagan, der die Öffentlichkeit erstmalig über einen Briefwechsel mit Generalsekretär Breschnew unterrichtet, verteidigt noch einmal den NATO-„Doppelbeschluß" vom Dezember 1979 (Text in „Blätter", 1/1980, S. 108 ff.). Der Präsident erklärt u. a., er habe Breschnew den folgenden Vorschlag unterbreitet: „Die Vereinigten Staaten sind bereit, auf ihre Dislozierung der Pershing II und der landgestützten

Marschflugkörper zu verzichten, wenn die Sowjets ihre SS-20, SS-4 und SS-5-Raketen abbauen." Außerdem habe er vorgeschlagen, „im nächsten Jahr Verhandlungen über die strategischen Waffen zu eröffnen". Diese Verhandlungen sollten „Gespräche über die Verminderung strategischer Rüstungen" (Strategic Arms Reduction Talks/START) genannt werden. – Am 19.11. bezeichnet die sowjetische Nachrichtenagentur TASS die Vorschläge Reagans als „Propagandaaktion". Die USA versuchten, „durch die Hintertür" eine Veränderung des existierenden Kräftegleichgewichts in Europa zu ihren Gunsten zu erreichen. – Am 30.11. beginnen in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über nukleare Waffensysteme mittlerer Reichweite (Intermediate-range Nuclear Forces/INF) in Europa mit einer informellen Begegnung der beiden Delegationschefs, Paul Nitze (USA) und Juli Kwizinski (UdSSR). Es wird strikte Vertraulichkeit vereinbart.

18.–20. 11. – Ungarn/Österreich. Der österreichische Bundeskanzler Kreisky stattet Ungarn einen Besuch ab und führt Gespräche mit Ministerpräsident Lazar, mit Staatspräsident Losonczi sowie mit Parteisekretär Kadar. In einem Kommuniqué drücken beide Seiten „ihre Besorgnis über die Verschlechterung der internationalen Lage aus, die die Ergebnisse der Entspannung gefährdet". Weiter wird die Notwendigkeit unterstrichen, entschiedene „Anstrengungen zum Abbau der Ursachen dieser Entwicklung und zur Beseitigung der aktuellen Krisenherde" zu unternehmen.

20. 11. – NATO. Die „Special Consultative Group" (SCG) erörtert die am 30. d.M. beginnenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Rüstungsbegrenzung. US-Unterstaatssekretär Eagleburger legt einen entsprechenden Bericht vor.

21. 11. – China/BRD. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Strauß besucht zum dritten Mal seit 1975 die Volksrepublik China. Strauß hat Unterredungen u. a. mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping, mit Verteidigungsminister Geng Biao sowie mit Vizeaußenminister Zhang Wenjin. Einzelheiten über die Gespräche werden nicht mitgeteilt.

22. 11. – Griechenland. Ministerpräsident Papandreou (vgl. „Blätter", 11/1981, S. 1283) führt in seiner Regierungserklärung vor dem Parlament u. a. aus: „Unsere strategische Position zur NATO geht von der Vision einer Auflösung der beiden Blöcke ... aus." Der Ministerpräsident kündigt an, seine Regierung wolle im Rahmen der Bemühungen um eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan „als erste und in kurzer Zeit" die Kernwaffen vom griechischen Territorium entfernen. Der Verbleib Griechenlands in der militärischen Organisation der NATO sei von Garantien für die Ostgrenze seines Landes abhängig. Über die weitere Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften solle eine Volksabstimmung entscheiden.

22.–25. 11. – BRD/UdSSR. Der Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, Leonid Breschnew, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Bonn auf (vgl. die Dokumentation in „Blätter", 12/1981, S. 1507ff.). Wichtigster Gesprächspartner ist Bundeskanzler Schmidt. An dem Meinungsaustausch mit der sowjetischen Delegation, der u. a. Außenminister Gromyko sowie der stellvertretende Ministerpräsident Archipow angehören, beteiligen sich neben dem Bundeskanzler auch Bundesaußenminister Genscher und Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff. Zu getrennten Unterredungen empfängt Breschnew, der noch mit Bundespräsident Carstens zusammentrifft, die Parteivorsitzenden Genscher (FDP), Kohl (CDU), Strauß (CSU), Brandt (SPD) und Mies (DKP).

25. 11. – Arabische Liga. Nach nur wenigen Stunden wird eine Konferenz der Staatschefs in Fes vom Gastgeber, König Hassan von Marokko, abgebrochen. Ursache des Abbruchs sind Meinungsverschiedenheiten über den von Saudiarabien vorgelegten Plan für eine Friedenslösung im Nahen Osten. Die Staatschefs von acht Mitgliedstaaten (Algerien, Syrien, Irak, Libyen, Oman, Sudan, Mauretanien und Tunesien) waren dem Treffen von Anfang an ferngeblieben.

28. 11. – BRD/USA. Sonderbotschafter Paul Nitze, der die Delegation der USA bei den am 30.11. beginnenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung leitet, kommt in die Bundesrepublik, um Bundesaußenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt über die amerikanische Verhandlungsposition zu unterrichten.

30. 11. – Japan. Ministerpräsident Suzuki nimmt eine umfassende Regierungsumbildung vor. Neuer Außenminister wird Yoshio Sakurauchi.

1. 12. – U N O. Die 36. Generalversammlung verabschiedet mit 130 gegen 3 Stimmen (USA, Großbritannien, Guatemala) bei 10 Enthaltungen eine Resolution, die den unter kolonialer Fremdherrschaft stehenden Völkern das Recht einräumt, mit allen Mitteln nach Unabhängigkeit und Souveränität zu streben. Die Kolonialmächte werden aufgerufen, unverzüglich und bedingungslos alle Militärstützpunkte auf den Territorien ehemaliger Kolonien zu schließen. – Am 9. 12. verabschiedet die Generalversammlung mit großer Mehrheit eine von der Sowjetunion eingebrachte Resolution, die den Ersteinsatz von Kernwaffen als schweres Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet. Ein Resolutionsentwurf der DDR über das Verbot der Neutronenwaffe wird ebenfalls angenommen. Für die Zeit vom 7. Juni bis zum 9. Juli 1982 wird eine zweite Sondergeneralversammlung über Abrüstung einberufen (vgl. das Schlußdokument der ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstung in „Blätter", 11/1978, S. 1386 ff.). – Am 11. 12. nominiert der Sicherheitsrat mit 10 gegen 1 Stimme bei 4 Enthaltungen den peruanischen Diplomaten Javier Perez de Cuellar für das Amt des Generalsekretärs; die Bestätigung durch die Generalversammlung erfolgt am 15. 12. per Akklamation. Zuvor hatten der bisherige Generalsekretär Kurt Waldheim (Österreich) und Außenminister Salim A. Salim (Tansania) ihre Kandidatur zurückgezogen (vgl. „Blätter", 11/1981, S. 1282 f.). Cuellars fünfjährige Amtszeit beginnt am 1. Januar 1982.

1.–2. 12. – W a r s c h a u e r V e r t r a g. Die Außenminister der Mitgliedstaaten tagen in der rumänischen Hauptstadt Bukarest. In einem Kommuniqué (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen") wird der Vorschlag erneuert, die beiden Militärallianzen in Europa gleichzeitig aufzulösen. Die Staaten des Warschauer Vertrages würden unter keinen Umständen einen atomaren Erstschlag führen und seien bereit, auf das entsprechende Militärpotential zu verzichten. – Am 4. 12. geht in Moskau eine Tagung der Verteidigungsminister zuende. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldet, es seien die laufende Tätigkeit der Streitkräfte beraten und „entsprechende Beschlüsse" gefaßt worden.

2. 12. – N A T O. Spanien beantragt offiziell die Aufnahme als 16. Mitglied in der Organisation. Ein entsprechendes Schreiben wird NATO-Generalsekretär Luns (Niederlande) in Brüssel überreicht. – Am 7. 12. beginnt mit einer Sitzung der „Eurogroup" eine Konferenzserie in der belgischen Hauptstadt. Es tagen der Ausschuß für Verteidigungsplanung (8.–9. 12.) sowie der Außenministerrat (10.–11. 12.). Der Ausschuß für Verteidigungsplanung, dem die Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs und Islands angehören, kann sich wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Griechenland und der Türkei nicht auf ein gemeinsames Kommuniqué einigen. Die Außenminister unterzeichnen am 10. 12. das Protokoll über den Beitritt Spaniens, das von den Parlamenten der 15 Mitgliedstaaten noch ratifiziert werden muß. – Am 14. 12. und 30. 12. hält der NATO-Rat in Brüssel Sondersitzungen über die Lage in Polen ab.

– J e m e n. Die Regierungen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) schließen ein „Abkommen über die Entwicklung der Zusammenarbeit", das u. a. die Bildung eines Rates aus Beauftragten der beiden Staatschefs mit Büros in Aden und Sanaa vorsieht. Einem gemeinsamen Ministerrat sollen die Ministerpräsidenten, die Außen- und Innenminister, die Planungs- und Erziehungsminister sowie die Generalstabschefs angehören. Ein Termin für die geplante Wiedervereinigung beider Staaten wird in dem Abkommen nicht genannt.

– S p a n i e n. Ministerpräsident Leopoldo Calvo-Sotelo (Demokratisches Zentrum/UCD) nimmt eine Regierungsumbildung vor, die auch das Amt des Außenministers betrifft. Dieses Ressort übernimmt José Pedro Perez-Llorca.

3.–4. 12. – O A S. Auf der Karibikinsel St. Lucia konferieren die Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Die Inselstaaten Antigua und St. Vincent werden als 28. bzw. 29. Mitglied aufgenommen.

5. 12. – T ü r k e i / U S A. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger beendet einen Besuch in Ankara. Weinberger hatte bei dieser Gelegenheit der Türkei weitere Unterstützung durch die USA zugesichert. Zwischen beiden Regierungen wird vereinbart, eine gemeinsame „verteidigungspolitische Arbeitsgruppe" innerhalb der NATO einzurichten.

8. 12. – N a h e r O s t e n. Der französische Außenminister Cheysson erklärt während ei-

nes Aufenthalts in Israel, solange Präsident Mitterrand im Amt sei, werde es keine neue „Nahost-Initiative" der EG-Staaten geben. Die Staaten der Region sollten ihre Probleme untereinander lösen. Der Minister deutet die Wiederaufnahme französischer Waffenlieferungen an Israel an. – Am 9. 12. trifft der österreichische Bundeskanzler Kreisky während einer Reise durch die Golfstaaten in Abu Dhabi (Arabische Emirate) mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat zusammen. Kreisky äußert sich positiv zum Nahost-Plan Saudiarabiens und kritisiert das Militärbündnis zwischen Israel und den USA. – Am 14. 12. bringt die israelische Regierung im Parlament ein Gesetz ein, das die vollständige Annexion der seit 1967 von Israel besetzten Golan-Höhen vorsieht. Das Gesetz wird noch am gleichen Tag von der Knesset im Eilverfahren gebilligt. Syrien, zu dessen Territorium die Golan-Höhen gehören, nennt die neuen Bestimmungen eine „Kriegserklärung" Israels und verlangt eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates, die am 16. 12. in New York beginnt und das Vorgehen Israels am 18. 12. einstimmig verurteilt. – Am 18. 12. bezeichnet die US-Regierung das „Momorandum über strategische Zusammenarbeit" mit Israel vom 30. 11. d.J. im Hinblick auf die Annexion der Golan-Höhen als „ausgesetzt". Israel erklärt am 20. 12. das Memorandum für „null und nichtig".

– Dänemark. Bei den vorzeitigen Wahlen zum Folketing geht die Zahl der Mandate der regierenden Sozialdemokraten auf 59 (bisher 68) zurück. Stimmengewinne verzeichnen vor allem Volkssozialisten und Zentrumsdemokraten. – Am 30. 12. bildet der amtierende Ministerpräsident Jörgensen ein neues sozialdemokratisches Minderheitskabinett.

10. 12. – Abrüstung. Die 25. Runde der Verhandlungen über den Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa wird in Wien abgeschlossen (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 10/1981, S. 1155). Die Konferenz soll im Januar 1982 fortgesetzt werden.

– China/Indien. Vertreter beider Regierungen nehmen in Peking Gespräche über eine Normalisierung der seit dem Grenzkrieg von 1962 gespannten gegenseitigen Beziehungen auf. Die erste Sitzung befaßt sich mit der Festlegung einer Tagesordnung und Verfahrensfragen.

11. 12. – Argentinien. Präsident Roberto Viola wird von den Befehlshabern der drei Teilstreitkräfte zum Rücktritt gezwungen. Die Militärjunta bestimmt den Oberbefehlshaber des Heeres, General Leopoldo Galtieri, zum neuen Präsidenten.

11.–13. 12. – DDR/BRD. Bundeskanzler Schmidt führt in der Nähe von Berlin (DDR) Gespräche mit dem SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Honecker. Zu getrennten Unterredungen kommen Bundesminister Franke und DDR-Außenminister Fischer sowie Bundesminister Lambsdorff und das SED-Politbüromitglied Mittag zusammen. Schmidt, der mit einem Teil seiner Delegation auch die mecklenburgische Stadt Güstrow besucht, lädt Honecker in die Bundesrepublik ein. Über die Ergebnisse des Meinungsaustausches wird ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen").

13. 12. – Polen. Ministerpräsident und Verteidigungsminister Jaruzelski, der auch das Amt des Ersten Sekretärs der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP) ausübt, wendet sich im Rundfunk an die polnische Bevölkerung (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Jaruzelski teilt mit, der Staatsrat habe um Mitternacht „in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Verfassung" den „Ausnahmezustand" auf dem Territorium des gesamten Landes verkündet. Gleichzeitig habe sich ein „Militärrat für die Nationale Rettung" konstituiert, der die „verfassungsmäßigen Machtorgane" jedoch nicht ersetzen solle. Es seien Bevollmächtigte (Militärkommissare) auf „allen Ebenen der staatlichen Verwaltung und in einigen Wirtschaftseinheiten berufen" worden, um Überwachungsfunktionen auszuüben. Der Militärrat, dessen Vorsitzender General Jaruzelski ist, begründet den Ausnahmezustand mit dem Hinweis auf Artikel 33, Absatz 2, der Verfassung der VR Polen. Der Rat erläßt verschiedene Proklamationen, die die vorübergehende Aussetzung bzw. Einschränkung der Grund- und Bürgerrechte betreffen und die zeitweise Einstellung der Tätigkeit von bestimmten Organisationen sowie der Gewerkschaften anordnen. – Am 22. 12. tagt das Zentralkomitee der PVAP. – Am 23. 12. erklärt General Jaruzelski in einer Weihnachtsansprache, der Ausnahmezustand sei nötig gewesen, um den möglichen Ausbruch eines Bürgerkrieges zu verhindern. Vielen Menschen sei der Ernst der Lage offenbar noch nicht bewußt. Der im Herbst 1980 eingeleitete Reformkurs werde fortgesetzt und auch in Zu-

kunft werde es in Polen eine unabhängige Gewerkschaft geben.

– Belgien. Die flämischen und wallonischen Christdemokraten sowie die Liberalen einigen sich auf die Bildung einer Koalitionsregierung unter dem früheren Premierminister Wilfried Martens (flämischer Christdemokrat). Das Regierungsprogramm fordert vom Parlament außerordentliche Vollmachten auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Das Außenministerium übernimmt Leo Tindemans (Christdemokrat).

14. 12. – SPD. Die Bundesschiedskommission gibt den Ausschluß des Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen aus der Partei bekannt.

16. 12. – KSZE. Auf Initiative Österreichs unterbreiten die neutalen und blockfreien Staaten Österreich, Finnland, Liechtenstein, Schweden, Schweiz, Jugoslawien, Zypern und San Marino der in Madrid tagenden Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) den Entwurf eines Schlußdokuments, in dem die Einberufung einer besonderen Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsmaßnahmen und Abrüstung in Europa befürwortet wird. – Am 18. 12. vertagt sich die KSZE auf den 9. Februar 1982.

17. 12. – Berlin (West). Der Regierende Bürgermeister v. Weizsäcker (CDU) trifft erstmalig in seiner Amtszeit mit Sowjetbotschafter Abrassimow zusammen. Die Begegnung findet in der sowjetischen Botschaft in Berlin (DDR) statt.

19. 12. – UdSSR. Aus Anlaß des 75. Geburtstages von Generalsekretär Breschnew halten sich in Moskau die Parteisekretäre aus den Staaten des Warschauer Vertrages und anderen sozialistischen Ländern auf. Nicht vertreten ist der polnische Parteisekretär Jaruzelski, der an Breschnew ein Glückwunschtelegramm richtet.

20. 12. – Vatikan. Im Auftrag von Papst Johannes Paul II. treffen zwei päpstliche Diplomaten, Msgr. Luigi Poggi (Nuntius für vatikanische Sonderaufträge) sowie Msgr. Janusz Bolonek in Warschau ein, um mit der polnischen Regierung und dem Episkopat die Lage in Polen zu erörtern. Poggi wird auch von Ministerpräsident Jaruzelski empfangen, dem er ein Schreiben des Papstes überbringt.

23. 12. – USA. Präsident Reagan kündigt in einer Fernsehansprache wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Volksrepublik Polen an. So sollen die staatlichen Kreditbürgschaften aufgehoben, die Nahrungsmittelkredite zeitweise ausgesetzt und die Landerechte der polnischen Fluggesellschaft LOT in den Vereinigten Staaten annulliert werden. – Am 27. 12. erklärt der Präsident in einem Zeitungsinterview, ein Zusammentreffen mit Generalsekretär Breschnew sei im kommenden Jahr möglich. – Am 29. 12. ordnet der Präsident wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen auch gegen die Sowjetunion an, die sofort in Kraft treten und mit dem Ausnahmezustand in Polen begründet werden. Es handelt sich u. a. um das Verbot des Exports bestimmter Güter und des Transfers moderner Technologien sowie um den Entzug der Flug- und Landerechte für die sowjetische Fluggesellschaft Aeroflot in den USA.

30. 12. – BRD / Polen. Regierungssprecher Becker erklärt vor der Presse in Bonn, die Bundesregierung teile nicht die Ansicht der amerikanischen Regierung, wonach die Sowjetunion für den Ausnahmestand in der VR Polen verantwortlich sei. – Vom 30.–31. 12. kommt der stellvertretende polnische Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski überraschend nach Bonn, um Bundesaußenminister Genscher und die Bundestagsparteien über die gegenwärtige Situation in Polen zu unterrichten. In der Bundeshauptstadt heißt es, der Besuch gehe auf einen vertraulichen Brief zurück, den Bundeskanzler Schmidt am 26. 12. an Ministerpräsident Jaruzelski gerichtet habe. Über wirtschaftspolitische Fragen verhandelt Rakowski mit dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff v. Amerongen.

– UdSSR. Die Nachrichtenagentur TASS nimmt zu den von US-Präsident Reagan am 29. 12. bekanntgegebenen Sanktionsmaßnahmen gegenüber der Sowjetunion Stellung. TASS schreibt, die amerikanische Regierung verfolge damit das Ziel, „das internationale Klima noch mehr zu vergiften und ihren außenpolitischen Kurs der Konfrontation und des Militarismus zu verschärfen". Die Behauptung, daß sich die UdSSR in Polen einmische, sei „Unterstellung und Lüge".

31. 12. – Ghana. Das Militär unter dem Luftwaffenoffizier Jerry Rawlings übernimmt erneut die Macht (vgl. „Blätter", 7/1979, S. 770). Präsident Hilla Liman wird zunächst unter Hausarrest gestellt und später verhaftet.

Kommentare und Berichte

Das Polen-Lied der Krokodile

1) Am 13. Dezember 1981 hat der Vorsitzende des Staatsrats der Volksrepublik Polen die Verhängung des Ausnahmezustands über das ganze Land verfügt und bekanntgemacht. Ein Militärrat unter Vorsitz von General Jaruzelski hat sich als oberstes Vollzugs- und Kontrollorgan für die außergewöhnlichen staatlichen Maßnahmen konstituiert. Als verfassungsrechtliche Ermächtigungsgrundlage wird Art. 33 Abs. 2 der Verfassung der Volksrepublik Polen in der Fassung von 1976 in Anspruch genommen. Der Frage der Verfassungsmäßigkeit kommt im Vergleich zu der ungeheuren politischen Tragweite dieses Schrittes gewiß nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Immerhin ist sie kurz zu streifen, nachdem sie von der Massenpresse für Halbgebildete mit gewohnter Tendenz aufgenommen und mit gewohntem Mangel an Sorgfalt beantwortet worden ist: Während Art. 33 Abs. 1 vom „echten" Kriegszustand (stan wojny) handelt, sieht Abs. 2 die Möglichkeit der Verhängung eines Quasi-Kriegszustands (stan wojenny) u. a. vor, „wenn dies im Hinblick auf die . . . Sicherheit des Staates erforderlich ist". Die polnische Verfassung enthält also das Institut des (besser so genannten) Ausnahmezustands in seiner im 19. Jahrhundert herausgebildeten „klassischen" Ausgestaltung, wie sie im konstitutionellen Preußen-Deutschland (und sogar noch nach der November-Revolution von 1918) kräftig gehandhabt wurde und etwa in Art. 16 der Verfassung der Fünften Französischen Republik bis heute fortlebt (de Gaulle hat kurzfristig davon auf dem Höhepunkt der Algerien-Krise Gebrauch gemacht), während die letzten bundesdeutschen Wiederbelebungsversuche Ende der 60er Jahre im „Kampf um die Notstandsgesetze" scheiterten und die Bundesrepublik sehr viel subtilere ideologische und institutionelle Instrumente des System-Schutzes entwickelt hat. Von „Rechts-" und „Verfassungsbruch" kann also keine Rede sein; „juristisch" ist der Schritt „in Ordnung". Auch gegen die in der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1981 enthaltenen Suspensionen von Grundrechten usw. ist rechtlich nichts zu erinnern, denn solchen Maßnahmen Raum zu geben, ist ja gerade der Sinn des robusten Instituts, über dessen Zeitgemäßheit, Systemadäquatheit und politische Vernunft sich allerdings lange räsonieren läßt. Daß der polnische „Militärrat der nationalen Rettung" sich keinen pseudo-liberalen Kopf über konkrete Tatbestände von „übergesetzlichem Notstand" und ähnliche Ummäntelungen von Rechtsbruch zu zerbrechen hat, verhindert in jedem Fall juristische Vernebelungen der politischen, sozialen und moralischen Problematik. –

2) Mit den vorliegenden Bemerkungen soll dargetan werden, welches Verhalten gegenüber Polen Vernunft und Anstand zur Stunde gebieten. Das macht eine Analyse des nun zum Orkan gewordenen großen Freiheitssturms für Polen erforderlich, der schon seit dem August 1980 über den „freien Westen" braust; und zu dieser Analyse führt die Befundaufnahme der schon mit vehementer Plötzlichkeit angefallenen Ergebnisse, die nicht zuletzt darin bestehen, daß, was – allzu lange schon – von Friedensbewegung und europäischem Erwachen durcheinander gebracht wurde, wieder auf den richtigen Trip gebracht worden zu sein scheint.

Ein ziemlich buntscheckiges westdeutsches und westeuropäisches Völkchen

hat sich da blitzschnell formieren und auf den raketenspeienden Vordermann von jenseits des Atlantik bringen lassen, der auch gleich mit der Patenterklärung einer „verdeckten" sowjetischen Invasion bei der Hand war und seiner Verstörung Herr zu werden wußte. Herrn Albrecht (wir erinnern uns: Folter sei nicht unter allen Umständen verwerflich) und Herrn Strauß (mit „Herz, Gedanken und Gebeten" beim polnischen Volk, obwohl die nesischen Ende der bayerischen Freiheitsachse diesmal kaum mitmachen) trieb es gar – schrecklich schon das Wort – auf die „Straße", um selbige der Friedensbewegung wegzunehmen – ein geradezu widernatürliches basisdemokratisches Treiben, dem allerdings der widersprüchlich erwartete Massenerfolg versagt blieb, der – aber bitte in Polen! – das politische System aushebeln soll. Herr Blüm, unverblümt wie immer, wenn's drauf ankommt, geht mit seinen Vorschlägen der Hilfe für das polnische „Brudervolk" gleich aufs Ganze: Die Genfer amerikanisch-sowjetischen Nachrüstungsverhandlungen müssen gegebenenfalls abgebrochen werden, in die Ronald Reagan sich mißvergnügt schicken mußte.

In unserer als Frontstadt der Freiheit bewährten Reichshauptstadt riefen und kamen alle, alle – Repräsentanten, auch die Alternativen mit ihrem ersten großen Solidaritätsbeitrag zur freiheitlich-demokratischen Einheitsfront, und der DGB des Heinz-Oskar Vetter, der nachts so intensiv von real gewordenen polnischen Verhältnissen, nämlich von einem gesetzlich verankerten Recht auf (natürlich auch „politischen") Streik mit Lohnausgleich durch den Arbeitgeber und gesicherter Absenz von Aussperrung geträumt hat, daß er tags darüber nicht einmal mehr sprechen und infolgedessen ganz unbefangen das Weltkind in der Mitte zwischen Bundeswehr und Kardinal abgeben kann. Berichtet wurde über die Berliner Protestkundgebung übrigens gleichzeitig mit den ersten gefällig in die sonst vorherrschenden „Soll"-Nachrichten eingestreuten Erwartungsnachrichten über die Ereignisse in Polen (hier über „erste" Meutereien in der polnischen Armee).

Bei SPDs, wo Regierungsschwäche durch Reagierungsstärke ausgeglichen zu werden pflegt, hapert es hier und da. Randwächter Eppler erlaubte sich sogar den vergleichenden Hinweis auf USA-gestützte Militär-Diktaturen (liegt der Völkermord in Vietnam schon soweit zurück und liegt El Salvador so fern, daß man den polnischen Ausnahmezustand auch nur im entferntesten damit auf eine Vergleichsebene bringen kann?). Aber dafür spurte der Bundesvorstand der Grünen umso prompter und exakter in die unter den gegebenen Umständen für ihn allein Betracht kommende Verhaltensrille. Als „Vorreiter" der Friedensbewegung waren sie zwar bisher in der Wahl der Stallknechte großzügig, müssen jetzt aber überlegen, „ob man künftig noch gemeinsam mit jenen gegen den NATO-Doppelbeschluß demonstrieren könne, die die Vorgänge verdrängten". „Die Haltung der GRÜNEN zu der Entwicklung in Polen ist eine grundsätzliche Frage, die bestimmend ist für alle laufenden und künftigen Aktions- und sonstige Bündnisse." Das geht an die Adresse der DKP und kann – die Tageskurse sind den Handreichungen des Verfassungsschutzes bequem zu entnehmen – an die Adresse vieler anderer „orthodox-kommunistisch beeinflußter" Verbände gehen. Es ist übrigens, was Verdrängungstendenzen im DKP-Umfeld angeht, auch nicht ganz unbegründet; der massensuggestiven Einhämmerung des Bilds vom Kampf heldenmütiger demokratischer Edlinge gegen den Würgegriff stalinistischer Repression wird gern und schief genug das schlicht die Qualitäten austauschende Negativ entgegengehalten. Immerhin: Wo der Kopf etwas aufgenommen hat, läßt sich, wenn auch vielleicht streitig, über das zulässige Maß von Verdrängungen reden. Wo mit viel Herz und

etwas Ungezogenheit der Nullzustand von Wissen und Reflexion befestigt wird, kann Nichtvorhandenes auch nicht „verdrängt" werden. „Solidarität mit Solidarność!" heißt wie beim DGB die konflikt- und konfrontationsschürende Parole des „Sozialistischen Büros" in Offenbach, das davon „überzeugt" ist, „daß die Armee den Demokratisierungsprozeß in Polen beenden und die Vormachtsstellung der abgewirtschafteten Partei wieder herstellen möchte". Wozu braucht man etwas zu wissen, wenn man seine „Überzeugungen" hat! Und sogar noch die in den endlosen schönen Diskussionen der vergangenen Jahre „herausgearbeiteten" Kategorien – hier zusammen mit dem „Spiegel" den „Bonapartismus"! Wie einfach das doch alles dem scharfen Blick hinreichend von den Deformationen des „realen Sozialismus" allergisierter, entschlossener Drittwegler erscheint, deren exzentrische Weltanschauung den irrealen Sozialismus zu ihrem kultischen Mittelpunkt macht. –

3) Für die sich tatkräftig der Ostküstenzivilisation entledigende drittklassige Regierungsgarnitur der USA, für ihre entfeinerte Politik der Weltbeherrschung durch nukleare Erpressung, war das polnische Drama ein Geschenk ihres Himmels, der die Hölle ist, die unbotmäßige Nationen notfalls in die Steinzeit zurückbombt. Sie hat es nicht zu inszenieren brauchen (und hätte das auch nicht gekonnt). Ihr zu Aktion werdendes Interesse an seiner Maximierung und Verlängerung lag umso näher. Denn für die Zwecke der Spaltung, Einseifung und Vernichtung der europäischen Friedensbewegungen und der jedenfalls mittelfristigen Bannung des Gespenstes der Abkoppelung kommt seiner Indienstnahme kein anderes Mittel an Effizienz gleich. Es bedurfte bei dieser „Polenpolitik" auch keiner Abwägung mit anderen förderungswerten Zielgütern. Auch eine Erfüllung irgendwelcher Varianten aufgeblühter Solidarność-Programmatik – syndikalistischer Sozialismusverschnitt auf ökonomischem Gebiet und „bürgerliche" Parlamentarisierung des Regierungssystems bei sanftem Erlöschen der diskreditierten PVAP – konnte, von den ohne abenteuerliche militärische Operationen außerordentlich geringen Chancen der Realisierung ganz abgesehen, kein solches Zielgut sein, hätte sie doch jeder Möglichkeit, sowjetische oder sowjetisch dirigierte Repression darzustellen, ein Ende bereitet. Der Idealfall dieser mindestens auf die rezeptionsfähige Glaubhaftmachung solcher Repression angewiesenen und die in das Räderwerk geratenen Menschen erbarmungslos verheizenden Politik wäre die langfristige bewaffnete sowjetische Intervention mit der nicht grundlosen Aussicht auf endlose Partisanenkämpfe aus dem Untergrund gewesen. Nun muß das weniger taugliche und die Wut kaum verhüllter Enttäuschung hervorrufende Geschehen des Ausnahmezustands so verwertet werden, daß jedes innerpolnische Brückenwerk der Verständigung durch „Sanktionen", die die ökonomische Misere vergrößern, ruiniert wird. Die Beteiligung der nachdrücklichst darum ersuchten NATO-Partner bei diesem Interventionsunternehmen der Krisenverlängerung ist jedoch schwer zu haben; sie suchen sich mit der Zulieferung von propagandistischem Öl zu salvieren, das ins polnische Feuer nachgegossen wird.

Es ist nicht überraschend und weiterer Bemerkungen wert, daß Mrs.Thatcher das dazu Erforderliche nachplappert. Es steht auf einem anderen, hier nicht zu behandelnden Blatt, daß Herrn Mitterrands weitschauendes Auge schon ferne Zukünfte der europäischen Abkoppelung mit intensivierten deutsch-deutschen und deutschen Ostbeziehungen in den Blick nimmt und sein kluger Kopf sich über gesamtpatriotische Erwartungshaltungen der „großen Nation" Gedanken macht. Es ist nach der „Verurteilung" des polnischen Militär-Regimes durch die EG-Staaten nicht erstaunlich, daß, wie erst Otto von Habsburg den FAZ-Lesern mit-

teilen mußte, auch der Straßburger Resonanzkörper der paraparlamentarischen EG-Administration – mit den kommunistischen Stimmen natürlich – dieses Regime einhellig „verurteilt" hat. Es kann nicht Wunder nehmen, daß die Wortführer der etablierten Besitzstände, die jede einzelne der räsonablen Errungenschaften der polnischen Erneuerung (von den unsinnigen und fragwürdigen wie der imitierten Justizialisierung von Politik kann hier nicht gehandelt werden) – von der Kaltstellung der dickfelligsten und schwerhörigsten indolenten Kanalarbeiter der PVAP bis zur Instituierung des Dialogs mit den Nicht-Etablierten – nur perhorreszieren, in den tränenreichen Krokodilsgesang einstimmen. Aber es bedarf der Aufhellung der ideologischen Verstrickungen, die die sonstige mittlere und kleine, die wilde wie die zahme, politische Fauna ein Gleiches tun läßt.

Der sich seiner Systemeinbindung nicht bewußte Drittwegler gedeiht in derselben ideologischen Klimazone wie der Dissident, dem die eigene – wahre oder eingebildete – Frustrations- und Leidenserfahrung Anlaß zur Segmentierung der Geschichte ist und der einen ungeheueren Bedarf an nachgeschaffener Legitimation für den vollzogenen Übertritt hat. Das Okular dieser Zeitgenossen ist derart mit diversen Selektions- und Ausblendungsfiltern bestückt, daß letztlich sogar die Oktoberrevolution (selbst für einen Stefan Zweig eine „Sternstunde der Menschheit") als Eröffnung unserer europäischen Zeitgeschichte außer Sicht geraten kann. Es ist daher beispielsweise für unsere Freunde in Offenbach gar keine Frage, daß der polnische Militärrat unter Jaruzelski nicht nur Versuchungen zum totalen Abräumen der gesellschaftlichen Erneuerungsbewegung ausgesetzt ist, es steht für sie vielmehr schlicht und frag- und zweifellos fest, daß die dezidierte Wende zu – nun eben jenem „Bonapartismus" vollzogen ist. Mit spielt natürlich auch in einem erheblichen Umfang Enttäuschung über das Ausbleiben von Ergebnissen, die man hierzulande gerne hätte – als ob Polen ausgerechnet uns ein solches Exempel schuldete! Als Heinrich Böll, von Dissidenten flankiert, um das Wort „Entsetzen" rang (FAZ: die „einsame Ausnahme des wieder einmal unbestechlichen Heinrich Böll"),wußte auch dieser Vertreter eines gutbürgerlichen Dritten Wegs zunächst einmal die Begründung des Entsetzens vor allem darin zu finden, daß diese polnische Entwicklung so „unerwartet" eingetreten sei. Dann freilich wurde es noch schlimmer bei der Aburteilung der „intellektuellen Winkelzüge" der Praxis der „merkwürdigen Zurückhaltung" der Deutschen, die, aus welchen Gründen auch immer, sich nicht an der propagandistisch-interventionistischen Krisenverlängerung in Polen beteiligen. „Wir leiden immer noch unter einem Schuldkomplex Polen und Europa gegenüber. . .Wir sind aber die Bundesrepublik Deutschland und nicht mehr das Deutsche Reich, und die Bundesrepublik Deutschland hat keinen Grund, Schuldkomplexe zu haben." Besser ist der komplette ideologische Heimkauf des bürgerlichen „Rebellen" in die Konsenspflicht nicht zu dokumentieren (es sei denn durch die von ihm justiziell erstrittene Vergoldung verletzter Ehre, die pflichtschuldigst mitzubejubeln die „orthodoxen Kommunisten" unseres Landes sich nicht haben nehmen lassen): Vergangen und – vergessen: Mit diesem Geschichtsverlust geht die Sensibilität für das, was Polen geschuldet ist und ihm allein helfen kann, zum Teufel.

Der Deutsche Bundestag und die gesamte bundesdeutsche Amtlichkeit haben freilich immer umgekehrt formuliert und die Identität der Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich behauptet. Das aber war nur die Artikulation derselben ideologischen Wahrheit in der Form einer juristischen Lüge. Dieser selbe Bundestag, der 1972 in einer Gemeinsamen Resolution dem Normalisierungsprozeß unüberwindliche Bremsklötze angelegt und, mit dem angeblich fortexistierenden Deut-

schen Reich in der Hinterhand, den deutschen Stachel tief in die Souveränität der Volksrepulbik Polen hineingetrieben hat, beschließt nun – selbstverständlich wieder einstimmig und ebenso selbstverständlich der CDU/CSU-Überrumpelungsinitiative folgend – die Forderung an die polnische Militärregierung, sich selbst zu beseitigen, und die Forderung an die Bundesregierung, durch Aussetzung der Wirtschaftshilfe an die Volksrepublik Polen das Ende von Unterdrükkungsmaßnahmen gegen das polnische Volk herbeizuführen. Daß gerade das zwangsläufig die Verelendung vergrößern und so den Ausnahmezustand verlängern würde weiß die Bundesregierung offenbar besser, und es kann ihr nur Erfolg bei ihren Bemühungen gewünscht werden, den von dem Panikorchester angerichteten Schaden möglichst klein zu halten.

4)Wer ernstlich darum bemüht ist, kann auch aus der bundesdeutschen Presse wesentliche Wahrheiten über die Realitäten der polnischen Krise in Erfahrung bringen. In der zunehmend auf den Reißmüller und damit auf das Niveau des Pressewesens von Tennessee (näheres darüber bei Mark Twain) heruntergekommenen FAZ (Wischnewski, anstelle von Brandt zur Sozialistischen Internationale eilend, wurde plötzlich von einem sonst wegen seiner Umtriebigkeit geschätzten zu einem „bulligen" Politiker) durfte Erik-Michael Bader den Artikel „Nicht die ‚Solidarität' hat Polen zerrüttet" absetzen (Nr. 296 v. 22. 12. 1981, S. 9). Dieser Autor versteht sich aufs Recherchieren, er leidet nicht unter den Verdrängungskomplexen „demokratischer Sozialisten" und reflektiert schlüssig in seinem ideologischen Koordinatensystem. Die Tatsache vollendeter „Zerrüttung" steht für ihn nicht in Frage. Daß dieser Zerrüttung ohne den Ausnahmezustand kein Ende bereitet werden konnte, spricht er stillschweigend aus. Über seine Schuldverteilung und Deutung der Ursachen wird man streiten können. Die These, nicht Solidarność habe Polen errüttet, ist sogar richtig. Die massive und undifferenzierte Gegenthese ist auch, abgesehen von einigen bornierten Eiferern aus der sog. Orthodoxie, nie aufgestellt worden, auch nicht von sowjetischer Seite, die freilich mit der Prädikatisierung von „konterrevolutionären" Elementen die polnische Geschichte seit 1944 einigermaßen verfehlt.

Hier kann das Buch nicht geschrieben werden, das erforderlich wäre, um die Fäden zu entwirren. Aber man sollte wenigstens wissen, daß z. B. Solidarność zwar der Name eines registrierten Massen-Vereins ist, daß es aber „die" Solidarność gar nicht gibt. Solidarność war auch von den Anfängen im August 1980 an allenfalls partiell „Gewerkschaft" und wesentlich mehr „Partei"; auf den Etikettenschwindel hat die damalige Parteiführung geglaubt, sich einlassen zu müssen. Und was an Solidarność „Gewerkschaft" war, war noch lange nicht umstandslos „Arbeiterbewegung". Das Gesamtgebilde, in dem sich alles wiederfindet, was genügend Erbitterung aufgespeichert hatte, um sich oppositionell – mit höchst unterschiedlichen Zielrichtungen – organisieren zu wollen, hat seine Handlungsstrukturen nie vereinheitlichen können. Wie wäre das auch kurzfristig möglich gewesen, wo Gruppierungen von penetranter kleinbürgerlicher Observanz, akademische und kirchliche Beraterschaft unterschiedlicher Observanz, Idealismus und Opportunismus, Reformwillen und Karrierismus, Naivität und politische Erfahrung sich erst einmal zu unorganischen Klumpen bilden, wie sie aus einem Zusammentreffen von hessischen Elternvereinen, neuen Gewerkschaften und KBW mit den diversesten Subkulturen und politisch reflexionsfähigen Minderheiten entstehen müßten, und wo auf der anderen Seite aufgedämmerte Erkenntnis alter Fehler das Begehen neuer noch nicht ausschließt? Man sollte wissen, wie das Auseinanderfallen des ökonomischen Systems, wie die Ausbeutung seiner so-

zialistischen Institute, z. B. der staatlich gestützten Preise, schamloser Bereicherung zulasten der breiten Masse Vorschub geleistet haben, ohne daß bei Vermeidung des Streikrisikos staatlicherseits dagegen vorgegangen werden konnte. Man müßte die wahrlich phantastischen Geschichtsklitterungen kennen, die infolge der Handlungs- und noch mehr der Unterlassungssünden des Regimes vor dem August 1980 die Köpfe von Millionen erobern konnten. Die Karikatur eines die Stiefel Breschnews leckenden Helmut Schmidt, die in einer französischen Zeitung erschienen sein soll, würde von vielen Polen „geglaubt" werden, die sich nicht vergegenwärtigen können, welch einen Skandal sie im Hinblick auf jene 17 Tage im September 1939 darstellt, in denen die westlichen Bündnispartner des damaligen Polen der Niederwalzung zugeschaut haben. Zu den politischen Rinnstein-Obszönitäten von „Stürmer"-Qualität, mit denen das Land im September 1981 überschwemmt wurde, gehörte die aus bundesdeutscher ideologischer Spende stammende Umsetzung der hierzulande dominierenden Geschichtsverfälschung durch manipulierende und verkürzende Darstellung der Umstände und Gründe des „Hitler-Stalin-Pakts", ein Kapitel, das mit der polnischen Jugend nicht aufgearbeitet, sondern vor ihr tabuisiert worden ist. Wer sich auch nur einiges von dem, was man eigentlich alles wissen müßte, unbefangen gegenwärtig hält, muß die Verhängung des Ausnahmezustandes und das nur so mögliche Wiedererscheinen abgetaucht gewesener staatlicher Macht in Polen mindestens für einen vertret- und verantwortbaren Rettungsversuch halten. Ich meine, daß dieser Schritt auch ein notwendiger war.

Den derzeitigen Machthabern in Polen ist bewußt, daß die „nationale Rettung" die Wiederherstellung weder der Zustände vor dem 13. Dezember 1981 noch derjenigen vor dem August 1980 erlaubt. Polen ist – und das gilt jetzt, wie es vor dem 13. Dezember 1981 gegolten hat – nur dann nicht „verloren", wenn der Weg gefunden wird, der „keine Sieger und Besiegte" schafft.

Anders lassen sich die von der Aufsplitterung der Loyalitäten geschlagenen Wunden nicht heilen. Polen darf nicht daran gehindert werden, und sei es auch nur durch die Glorifizierung seiner Eskapisten als politisch Verfolgter, den Weg der heilenden Zwänge allein zu gehen. Unser Weg zu dem von Vernunft und Anstand gebotenen Verhalten führt über die Entschleierung von Interessen, die sich als solche der Völkerfreundschaft gerieren, ohne es zu sein, und über die lernfähige Trauer über individuelle Opfer von Leben und Freiheit, die nicht weiter zu vermehren auch in unsere Hand gegeben ist.

Helmut Ridder

Der Fall Türkei

Am 11. September 1980 begann in der Türkei, unter dem Kommando der NATO-Südoststreitkräfte, das Manöver „Anvil Express". 3000 Soldaten der NATO-Alliierten waren an diesem Manöver beteiligt. Amerikanische Zeitungen sowie sowie der amerikanische Rundfunk erfuhren über den Putsch in der Türkei schon am 11. September 1980. Doch erst am 12. September 1980, am frühen Morgen, tickerten schließlich die Nachrichtenagenturen weltweit: „Die Militärs haben in der Türkei die Macht übernommen, die Parteien und das Parlament wurden aufgelöst." Der Putsch in der Türkei kam nicht so unerwartet wie die westlichen Medien verkündeten, und er wurde mit

mehr oder minder großer Erleichterung aufgenommen. Ein Zitat aus dem „Daily Telegraph" vom 13. September 1980: „Endlich gibt es in der Türkei einen zuverlässigen NATO-Verbündeten von unschätzbarem Wert, einen Gesprächspartner, mit dem der Westen mit einer gewissen Hoffnung auf eine Einigung über Geschäfte, politische und militärische Geschäfte reden kann."

Seit dem Militärputsch in der Türkei vor gut einem Jahr flossen (inklusive der zinslosen Stundung eines Kredits auf zehn Jahre) insgesamt 2,4 Mrd. DM Wirtschafts- und Militärhilfe der Bundesregierung an die Generäle in Ankara. Seit Rückkehr einer Bundestagsdelegation aus der Türkei vor einigen Monaten ist die Diskussion über die Menschenrechte in der Türkei in dem Parlament, den ethablierten Parteien und der Kirchen verstummt.

Wieviele Menschen wegen ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung in den Militägefängnissen des NATO-Landes Türkei sitzen, das auch assoziiertes EG-Land ist, weiß keiner genau; da selbst Schulen in Gefängnisse umgewandelt wurden, kann ungefähr von 150000 politischen Gefangenen ausgegangen werden. Nach ihrer Verhaftung werden die Gefangenen zuerst in einen Untersuchungsraum geschafft, müssen sich nackt ausziehen und werden geschlagen oder mit Elektroschocks traktiert; erst dann beginnt das Verhör.

Die von den Militärs am häufigsten angewandte Foltermethode nach Amnesty International ist der E-Schock, aber auch Verstümmelungen, Vergewaltigungen, der Zwang, Salz in Massen zu essen oder Scheinerschießungen gehören zum Folterrepertoire der Militärregierung in der Türkei. Entgegen aller bisherigen Erklärungen der Generale in Ankara, zuletzt geschehen beim Besuch der Bundestagsdelegation im März 1981, sie würden die Folter verbieten und bestrafen, wurden die Folterungen nach Angaben von Amnesty International systematisch fortgesetzt. Seit der Türkei-Debatte im Deutschen Bundestag im April 1981 ist die Diskussion über die Verletzungen von Menschenrechte in der Türkei im Parlament, aber auch in den Bundestagsparteien erloschen, so, als hätte sich dort alles grundlegend geändert. Gegen die Totschweige-Taktik protestieren seit dem 2. November 1981 kurdische Arbeiterinnen und Arbeiter, die in einen unbefristeten Hungerstreik getreten sind. Sie haben die folgenden Forderungen in der Öffentlichkeit bekanntgegeben:

a) Entsendung einer unabhängigen Untersuchungskommission, aus Personen, die in der breiten demokratischen Öffentlichkeit Vertrauen und Ansehen genießen, die in Türkisch-Kurdistan an Ort und Stelle die Verletzungen der Menschenrechte untersuchen.

b) Einstellung der Türkei-Hilfe durch die Bundesregierung.

c) Anhörung betreffender Kurden aus der Türkei vor dem Europaparlament und dem Europarat. (Einer von den Hungerstreikenden bestimmten Delegation soll ermöglicht werden, dort über die faktische Verletzung der Menschenrechte durch die Militär-Junta in Türkisch-Kurdistan zu berichten). Der Deutsche Bundestag soll in einer Fragestunde über die Verletzungen der Menschenrechte in Türkisch-Kurdistan debattieren.

d) Gewährung des Asylrechts für die politisch verfolgten Kurden aus der Türkei in der BRD entsprechend ihrem Grundgesetz zur Frage des Asylrechts,

e) Es muß den Vertretern der internationalen Juristenorganisation ermöglicht werden, den politischen Prozessen in Kurdistan beizuwohnen.

Rolle der Türkei innerhalb des NATO-Bündnisses

Allein schon, daß die Militär-Junta in der Türkei, innerhalb des NATO-Bündnisses,

innerhalb des Hinterhofes von Ronald Reagan stillschweigend geduldet und von Caspar Weinberger aktiv unterstützt und gelobt wird, zeigt uns hier den gleichen Trugschluß, der sowohl dem NATO-Doppelbeschluß zugrundeliegt, als auch der auf militärische Überlegenheit abzielenden Politik der Reagan-Administration. Man meint in der NATO, im eigenen Bündnis, durch Verstärkung der eigenen militärischen Machtposition den sogenannten Gegner zur Räson bringen zu dürfen. Mit gefährlichen, kaum kalkulierbaren Gegenmaßnahmen dessen, der in eine unterlegene Position gerät und sich zunehmend in seiner eigenen Sicherheit bedroht fühlt, wird nicht gerechnet. Wie stabilisierend wirkt die zunehmende Militarisierung dieser Länder, zu der Westeuropa und die USA durch massive Waffenlieferungen erheblich beitragen? Die Frage gilt vor allem für Griechenland (vor dem Papandreou-Sieg) und für die der EG assoziierte Türkei. Beide Länder sind seit dem Zweiten Weltkrieg in einen Rüstungswettlauf verstrickt, der erhebliche ökonomische Ressourcen bindet und einer der Hauptgründe für ihre Unterentwicklung ist. Dieser Wettlauf, der sich in scharfer Konkurrenz um Waffenlieferungen des Westens, aber auch in erheblichen Anstrengungen zum Aufbau eigener Rüstungsindustrien ausdrückt, hat vor allem die Türkei an den wirtschaftlichen Ruin gebracht und die politischen und sozialen Gegensätze sehr verschärft.

Innere Widersprüche

Während das Europäische Parlament die EG-Hilfe für die Türkei eingefroren hat (bei der 1. Lesung des Haushalts für 1982 billigte das Parlament einen von den Sozialisten eingebrachten Antrag, 80 Mio. europäische Rechnungseinheiten für die Türkei zunächst in die Reserve des Kapitals einzustellen), und während die Parlamentarier ihre feste Überzeugung zum Ausdruck brachten, daß die Türkei nach dem Militärputsch erst dann wieder Gelder von der EG erhalten sollte, wenn sie auf dem Weg zur Demokratie zurückgekehrt sei, geschehen ganz andere perverse Dinge in diesem Europaparlament. In der Sitzung des Europaparlaments am 19. November 1981 sprachen sich die Parlamentarier mit knapper Mehrheit (116 gegen 97 bei vier Enthaltungen) dafür aus, daß die Mitgliedsstaaten, die über Seestreitkräfte verfügen, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit ihre Überwachungsmissionen in den südlichen, nicht der NATO-Kompetenz unterliegenden Gewässern zur Sicherung des Nachschubs von Erdöl und strategisch wichtigen Rohstoffen in der EG koordinieren sowie ihre Seestreitkräfte ausbauen. Klaus Hensch (Sozialistische Fraktion) wies den Gedanken einer europäischen Seerüstung zurück. Er meinte, das Europäische Parlament könne sich nicht glaubwürdig für den Kampf gegen den Hunger in der Welt einsetzen, wenn es gleichzeitig forcierte Rüstungsanstregungen gutheiße. Ferner meinte er, dieser Beschluß des Parlaments verstieße im übrigen gegen das Grundgesetz, wenn die Bundesmarine z.B. an Manövern im Indischen Ozean teilnehme. Die Parlamentarier, die diesen Beschluß der militärischen Sicherung der Seewege unterstützt haben, teilten mit, daß die EG-Länder durch Ausbau ihrer Flotten den Schutz der Seewege selbst in die Hand nehmen müssen. „Die Zuständigkeit der NATO sollte zudem über den Wendekreis des Krebses hinaus nach Süden ausgeweitet werden. Nur aus der Position der Sicherheit heraus könne der Frieden erhalten und ein multilateraler Abrüstungsprozeß in Gang gebracht werden."

Wie wir aus diesen Zitaten aus dem Europaparlament sehen, gibt es für die europäische Friedensbewegung eine Menge zu tun. Immer mehr wird in den europäischen Gremien davon gesprochen, wie verletzlich die Nabelschnur ist, durch welche die EG mit Öl versorgt wird. Wird dies denn das Europa der Militärs?

Ich möchte noch einmal auf das Problem Militär-Junta in der Türkei und Verbindungen zur NATO und den USA zurückkommen. Es gibt eine sehr enge Verbindung zwischen der Revolution im Iran und den Entwicklungen in der Türkei. In den 70er Jahren waren die USA in diplomatischer und anderer Beziehung sehr aktiv, um ein neues Gleichgewicht im mittleren Osten herzustellen. Aber die Revolution im Iran verlief nicht nach Berechnungen der USA. Unter diesen Umständen war die Türkei das einzige Land im mittleren Osten, das die sogenannte Lücke auszufüllen vermochte, die durch den Sturz des Schahs entstanden war.

Die Vorbereitungen des Putsches in der Türkei beanspruchte ziemlich viel Zeit. Im Dezember 1978, nur wenige Monate nach dem Sturz des Schahs, wurde das Kriegsrecht in den wichtigsten Provinzen der Türkei verhängt. Die elementarsten demokratischen Mechanismen wurden absichtlich gestört. Die jährliche Inflationsrate betrug über 100%, aber die Arbeitgeber in der Türkei lehnten alle Forderungen der Gewerkschaften ab. So wurden Hundertausende von Arbeitern in eine Lage gedrängt, die keine andere Alternative als den Streik zuließ. Alle diese Maßnahmen sind absichtlich vorher geplant worden, damit die öffentliche Meinung einen Putsch befürwortet und damit mögliche Reaktionen wenigstens neutralisiert werden. Die Militär-Junta, die am 12. September 1980 in der Türkei an die Macht kam, verkündete, die Grenzen der NATO lägen beim Persischen Golf. Die Generale begannen, daß türkische Militärpotential zu modernisieren und zu verstärken. Die Militär-Junta setzte die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament auf und verbot sämtliche politische Tätigkeiten, verhaftete die Führer politischer Parteien, erließ hunderte von undemokratischen Gesetzten. Die Türkei ist heute wie ein besetztes Land, besetzt von einer Armee von einer halben Million Soldaten und von 10000 Polizisten unter dem Kommando der Militär-Junta.

In aller Offenheit verkündete die Tageszeitung „Aurore" aus Paris am 13. September 1980: „Die Türkei ist ein wunderbarer, der UdSSR vorgelagerter Flugzeugträger, dessen Verlust für das atlantische Bündnis unersetzlich gewesen wäre." Hier manifestiert sich nun, am Beispiel der Türkei, eine vollkommen neue politische Strategie sowohl der USA als auch der europäischen Staaten. Die Region des Persischen Golfes und der Anliegerstaaten ist für die USA von militärischem Interesse, um ihr Einflußgebiet zu sichern und schließlich auch neue Absatzmärkte zu erobern. Auch das bundesdeutsche und europäische Kapital hat Interesse an dieser Region wegen zunehmenden ökonomischen Schwierigkeiten. Graf Lambsdorff, Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, kann nun auf große Geschäfte hoffen durch die Politik der „Liberalisierung" der türkischen Wirtschaft, so wie sie zur Zeit durchgeführt wird. Dies geschieht alles mit der Förderung einer loyalen Staatsgewerkschaft, mit dem Verbot von Streiks. Die Türkei unter der Militär-Junta ist ein Billig-Lohnland für die Multinationalen, Arbeiter, die nicht gehorchen, werden bestraft und wenn sie streiken, werden sie von ihrem Arbeitsplatz entfernt, werden verhaftet und vor einem Gericht angeklagt.

Der militärische Aspekt

Zur Zeit können die Türkei und Ägypten alle sowjetischen See- und Luftstreitkräfte, die zum Golf oder nach Afrika vordringen wollen, kontrollieren. Kairo hat inzwischen eine „Blocking-Role" gegen die UdSSR in Afrika und im Nahen Osten. Auch die Türkei soll diese Rolle spielen, um jegliche Penetration westlicher Einflußgebiete durch die UdSSR zu verhindern. Schließlich verfügt die Türkei, wegen der geographischen Lage, über eine strategische Kontrolle über Schiffsbewegungen aus dem Schwarzen Meer ins

Mittelmeer. Es stört nicht nur die USA, sondern auch die Bundesregierung, daß die UdSSR einen schwunghaften Handel mit der Türkei betreibt. Für die Türkei ist die UdSSR die größte Einzelquelle bei der Kreditvergabe und der wirtschaftlichen Hilfe. Die UdSSR hat sich für die Türkei zu einem bedeutenden Handelspartner entwickelt. Die USA erblicken darin die Politik der Penetration durch die UdSSR, die deshalb vom Westen bekämpft wird, weil sie nach Meinung der politischen Militärstrategen nur das Ziel hat, die Türkei vom westlichen Bündnis abzuspalten.

Die Türkei ist nicht nur ein Stützpunkt von westlichem Interesse, weil von den Basen der NATO in der Türkei aus eine Reihe von sowjetischen Zielen leicht erreicht werden kann. Vielmehr ist die Türkei der wichtige politisch-militärische Vorposten gegen die revolutionären Bewegungen in Afrika und im Mittleren und Nahen Osten.

Unzweifelhaft richtete sich der Militär-Putsch genau aus diesem Grunde auch gegen die verschiedenen separatistischen Bewegungen im Osten der Türkei. Gemeint sind die Kurden, die ihr Recht auf Selbstbestimmung fordern. Sie stellen dadurch einen Unruheherd nicht nur für die Türkei als Nation dar, sondern auch für die NATO, die in Ost-Anatolien über bedeutende Radar- und Militärstützpunkte verfügt.

Vom Osten der Türkei, auf kurdischem Gebiet, ist es ein leichtes, den persischen Golf, Irak und Syrien zu erreichen. Bekräftigt wurde die politische Position von Türkisch-Kurdistan nach dem 12. September durch den Bau eines Flughafens in Hakkari, eine Provinz direkt an der iranisch-irakischen Grenze. Gebaut wir die Air-Base durch die USA. Die Türkei wird dann nicht nur ein waffenstarrendes Bastion westlicher Vorherrschaft, sondern wird auch eine Brücke zwischen den pro-westlichen islamischen Staaten und den NATO-Staaten. Schließlich übernimmt die Türkei, zumindest für die außenpolitischen Zielsetzungen der USA, eine vorragende Rolle gegenüber den Staaten der Dritten Welt, die sich noch keinem der Machtblöcke angeschlossen haben. Das „Modell Türkei", so Paul Henze, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA und zuvor CIA-Stationschef in Ankara, „ist nachahmenswert". Er nennt die Türkei ein Hort politischer Stabilität! So wird die Türkei für diese Staaten im arabischen Raum werden, was Chile für die südamerikanischen Staaten ist.

Wird also die Türkei von den USA als Sprungbrett für militärische Aktionen im persischen Golf benutzt werden? Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete am 9. Dezember 1980: „Der NATO-Vertrag bleibt eindeutig (er untersagt den Europäern ein Überschreiten der Grenzen), die Realität ist es schon lange nicht mehr." In der Vergangenheit wurde die NATO als reines Verteidigungsbündnis verstanden. Das hat sich inzwischen verändert. So wird die NATO nach Meinung von Genscher in Zukunft auch wirtschafts- und energiepolitische Entscheidungen treffen, wird zur außenpolitischen Clearing-Stelle.

Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher hat von dem türkischen Militärregime bei seinem Besuch die Zusicherung erhalten, daß Ankara zur parlamentarischen Demokratie zurückkehren will. Aber das Regime wollte sich noch auf keine konkreten Zeitpläne für die Einführung einer neuen Verfasung, für die Zulassung politischer Parteien und Abhaltung allgemeiner Wahlen für eine Volksvertretung festlegen. Man spricht davon, daß eine neue Verfassung in etwa zwei Jahren ausgearbeitet sein soll. Die türkischen Gesprächspartner versicherten gegenüber Genscher, daß das Land entschlossen sei, loyales Mitglied der westlichen Allianz zu bleiben. In Ankara werden jedoch die Einmischung des Europaparlaments und anderer Organisationen der in die inneren Angelegenheiten des Landes mißbilligt.

Wir können nur hoffen, daß es den Bundestagsabgeordneten wie Renate Schmidt, Manfred Coppik und Klausing Thüsing gelingen wird, die Türkei-Hilfe für 1982 einfrieren zu lassen, bis das Land zu einer parlamentarischen Demokratie zurückkehrt.

Die Militär-Junta verstößt gegen internationale Abkommen, wie z.B. gegen die Charta der Vereinten Nationen über die Menschenrechte, die Menschenrechtskonvention des Europarates, die Deklaration von Helsinki (KSZE) und die §§ 9 und 10 des Vertrages von Rom. Bei allen genannten Abkommen ist der türkische Staat Mitunterzeichner.

Damals als der Putsch am 12. September 1980 stattgefunden hatte, war auch leitend beteiligt der Viersternegeneral Evren, der oberste Befehlshaber der türkischen Streitkräfte, der zugleich an den NATO-Manövern teilgenommen hatte. Er und seine Generale erklärten dem türkischen Volk den Krieg. Doch schrecken unsere Politiker und Repräsentanten der NATO nicht zurück, die Foltergenerale zu unterstützen. Auf der Generalkonferenz der Nordatlantischen Versammlung hat NATO-Generalsekretär Josef Luns die Leistungen der türkischen Militärregierung gelobt. Vor den Parlamentariern sagte er, nach seiner persönlichen Meinung sei in der Türkei seit dem Putsch unglaubliches geleistet worden. („Nürnberger Nachrichten" vom 17. Oktober 1981). Und Franz Josef Strauß, der in der Türkei war, erklärte am 29. Juli 1981: „Ich bin ein Türkenfreund und für uns ist in der Türkei der Terror zurückgedrängt und das Land wieder in richtige Bahnen gelenkt worden." Und am 25. August 1981 erklärte der Vertreter der Deutschen Botschaft in der Türkei, Dr. von Hassel: „Die Bundesregierung unterstützt die heutige Regierung der Türkei gemeinsam mit den anderen befreundeten Ländern von Herzen."

Petra K. Kelly

Der NATO-Beitritt Spaniens und das Gleichgewicht

Am 10. Dezember 1981 hat sich die NATO, fast möchte man sagen als kleines Weihnachtsgeschenk, wieder einen Pluspunkt im weltweiten Poker um Einfluß und Machtpositionen gesichert: In einer „kleinen Feier" unterzeichneten die Außenminister im NATO-Rat eine Erklärung über den Beitritt Spaniens zur Allianz. Die damit eingeleitete Integration Spaniens in die NATO – immerhin die erste Erweiterung des Bündnisses seit 1955 – ist hierzulande allerdings weniger unter sicherheitspolitischen, sondern, wenn überhaupt, mehr unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten diskutiert worden: im Hinblick nämlich auf die Perspektiven der spanischen Demokratie, mit und ohne NATO. Und in der Tat gehört es ja zu den Merkwürdigkeiten dieses Beitritts, daß die NATO auch nach dem „Fall" Türkei immer noch als Garant für demokratische Entwicklung angepriesen wird. Doch – lassen wir diesen Aspekt einmal beiseite. Gerade aus bundesdeutscher Sicht gibt es nämlich noch einige andere Ungereimtheiten, über die es in diesem Zusammenhang nachzudenken lohnt.

Genau eine Woche vor der Unterzeichnung des spanischen Beitrittsprotokolls gab Helmut Schmidt vor dem Bundestag eine „Erklärung der Bundesregierung zur Sicherheits- und Friedenspolitik" ab, in der er einmal mehr seine „Grundphilosophie der Kriegsvermeidung" formulierte: Sie gehe „den Weg des Gleichgewichts der militärischen Kräfte und der gleichen Sicherheit für beide Seiten. ... Das Gleichgewichtsprinzip ist unabdingbarer Grundbestandteil jeder vereinbarten, jeder vertraglich gesicherten Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungspolitik." (vgl.

Medienkritik

POLEN? POLEN!

Wer ist nicht betroffen, und welchem denkenden, den Lauf der Welt noch mit Anteilnahme verfolgenden Menschen haben die polnischen Ereignisse nicht den Frohsinn der Festtage gedämpft. Doch spätestens seit der Proklamation des Kriegszustandes wird in unserem Land nur noch eine Sekundärschlacht geschlagen, sausen die „schnellen, meist vorschnellen Urteile. . . wie Fallbeile auf andere Überzeugungen herab", wie es der Chefredakteur der Frankfurter Rundschau (FR) zu Silvester in unfreiwilliger Selbstkritik formulierte. Franz Alt, in „Report" vom 29. 12. stieß unqualifizierte Beschimpfungen aus („Schweinereien"), Jürgen Serke, im „Stern", beklagte sich über den „Eiertanz westdeutscher Schriftsteller", die die Internierungslager in Polen nicht umstandslos „KZ's" zu nennen bereit seien und leistete sich als Intellektueller und Journalist folgende „Bild"-reife Analyse: „In Polen führt ein General Krieg im Auftrag der Sowjetunion" (1, 82). Schließlich beschwörte Peter Iden, Kulturredakteur, in der Weihnachts-FR die für sein Ressort zuständige Apokalypse: „wenn . . eine hoch entfaltete Kultur ganz und gar zerschlagen wird".

Das in solchen verbalen Ausverkauf sich steigernde *Engagement* mag nirgendwo noch tatsächliche Betroffenheit über das „entsetzliche Leiden" (Böll) in Polen enthalten, der scheinbare *heilige Zorn,* der sich nun so nach vorne drängt, gilt den anders Denkenden im eigenen Land, ja sogar im Lager des eigenen Konkurrenzkampfes um das Attribut *kritisch.* „Wo sind nun eigentlich die 300000, die in Bonn für den Frieden demonstrierten", fragte Jürgen Serke und sagt in der Überschrift seines Artikels „Danke, Herr Jaruzelski" für die gute Gelegenheit, von der eigenen Verunsicherung wieder wegzukommen.

Die Formen des Gesinnungsterrors annehmende Medienattacke wurde unterstützt durch Übertreibungen und Falschmeldungen. Spätere Berichtigungen (Andrzej Wajda, *der Trotzige,* „lebt Gerüchten über seine Verhaftung zum Trotz weiterhin in seiner großen Villa") und spärliche Informationen über die Maßnahmen der Militärs gegen Korruption und Hunger kamen zu einem Zeitpunkt, in dem die kategorische Pflichtmeinung schon nicht mehr zu erschüttern war und das Interesse erlahmte. Mehr noch: das Eingreifen sowjetischer Truppen war monatelang so oft öffentlich befürchtet, so intensiv öffentlich herbeigeredet worden, daß sich nun fast Enttäuschung breit machte und die Bereitschaft, auch die absurdesten Gerüchte zu glauben, wie etwa das von den in polnische Uniformen verkleideten Russen. Wo man so sehr tut, als müsse, als sei etwas geschehen, kann das Spiel mit dem Feuer zur Brandstiftung werden.

Es ist nicht abzusehen, wie sehr der Westen schon seit langem mitgezündelt hat. Die Misere Polens ist zwar das Produkt von Unfähigkeit, Korruption und einer schlecht durchgeführten und kurzsichtigen Wirtschaftspolitik. Aber westlichen Banken und Regierungen war es wichtiger, durch Kredite und fast unbegrenzte Investitionen das Land finanziell und technisch in die Abhängigkeit vom Westen zu bringen, als den voraussehbaren Sturz in die Katstrophe zu bremsen.

Es ist ein großes Versäumnis der linken Presse, solche Zusammenhänge nicht schon längst mit detaillierten Fakten und Hintergrundberichten aufgehellt zu haben.

Die Kampagne der rüden Emotionalisierung und Informationsverweigerung der bürgerlichen Presse ist darum umso gefährlicher, und die Konsequenzen werden gleichmütig mit einkalkuliert: daß die hier *präsentierten* Rechnungen (Türken-Junta = Polen-Junta) von den Polen *beglichen* werden müssen.

Günter Giesenfeld

Wir können nur hoffen, daß es den Bundestagsabgeordneten wie Renate Schmidt, Manfred Coppik und Klausing Thüsing gelingen wird, die Türkei-Hilfe für 1982 einfrieren zu lassen, bis das Land zu einer parlamentarischen Demokratie zurückkehrt.

Die Militär-Junta verstößt gegen internationale Abkommen, wie z.B. gegen die Charta der Vereinten Nationen über die Menschenrechte, die Menschenrechtskonvention des Europarates, die Deklaration von Helsinki (KSZE) und die §§ 9 und 10 des Vertrages von Rom. Bei allen genannten Abkommen ist der türkische Staat Mitunterzeichner.

Damals als der Putsch am 12. September 1980 stattgefunden hatte, war auch leitend beteiligt der Viersternegeneral Evren, der oberste Befehlshaber der türkischen Streitkräfte, der zugleich an den NATO-Manövern teilgenommen hatte. Er und seine Generale erklärten dem türkischen Volk den Krieg. Doch schrecken unsere Politiker und Repräsentanten der NATO nicht zurück, die Foltergenerale zu unterstützen. Auf der Generalkonferenz der Nordatlantischen Versammlung hat NATO-Generalsekretär Josef Luns die Leistungen der türkischen Militärregierung gelobt. Vor den Parlamentariern sagte er, nach seiner persönlichen Meinung sei in der Türkei seit dem Putsch unglaubliches geleistet worden. („Nürnberger Nachrichten" vom 17. Oktober 1981). Und Franz Josef Strauß, der in der Türkei war, erklärte am 29. Juli 1981: „Ich bin ein Türkenfreund und für uns ist in der Türkei der Terror zurückgedrängt und das Land wieder in richtige Bahnen gelenkt worden." Und am 25. August 1981 erklärte der Vertreter der Deutschen Botschaft in der Türkei, Dr. von Hassel: „Die Bundesregierung unterstützt die heutige Regierung der Türkei gemeinsam mit den anderen befreundeten Ländern von Herzen."

Petra K. Kelly

Der NATO-Beitritt Spaniens und das Gleichgewicht

Am 10. Dezember 1981 hat sich die NATO, fast möchte man sagen als kleines Weihnachtsgeschenk, wieder einen Pluspunkt im weltweiten Poker um Einfluß und Machtpositionen gesichert: In einer „kleinen Feier" unterzeichneten die Außenminister im NATO-Rat eine Erklärung über den Beitritt Spaniens zur Allianz. Die damit eingeleitete Integration Spaniens in die NATO – immerhin die erste Erweiterung des Bündnisses seit 1955 – ist hierzulande allerdings weniger unter sicherheitspolitischen, sondern, wenn überhaupt, mehr unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten diskutiert worden: im Hinblick nämlich auf die Perspektiven der spanischen Demokratie, mit und ohne NATO. Und in der Tat gehört es ja zu den Merkwürdigkeiten dieses Beitritts, daß die NATO auch nach dem „Fall" Türkei immer noch als Garant für demokratische Entwicklung angepriesen wird. Doch – lassen wir diesen Aspekt einmal beiseite. Gerade aus bundesdeutscher Sicht gibt es nämlich noch einige andere Ungereimtheiten, über die es in diesem Zusammenhang nachzudenken lohnt.

Genau eine Woche vor der Unterzeichnung des spanischen Beitrittsprotokolls gab Helmut Schmidt vor dem Bundestag eine „Erklärung der Bundesregierung zur Sicherheits- und Friedenspolitik" ab, in der er einmal mehr seine „Grundphilosophie der Kriegsvermeidung" formulierte: Sie gehe „den Weg des Gleichgewichts der militärischen Kräfte und der gleichen Sicherheit für beide Seiten. ... Das Gleichgewichtsprinzip ist unabdingbarer Grundbestandteil jeder vereinbarten, jeder vertraglich gesicherten Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungspolitik." (vgl.

„Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung", 116/1981, S. 998.) Eine Ungereimtheit?

In der Tat: Selbst im Bonner Verteidigungsweißbuch von 1979 steht schwarz auf weiß: „Im Mittelmeerraum sind die Seestreitkräfte der NATO denen des Warschauer Pakts überlegen." (Weißbuch 1979, S. 112.) Auf zwei Komponenten stützt sich diese Aussage: Erstens auf die immer noch überlegene Kampfkraft der 6. US-Flotte (in der Regel zwei Flugzeugträgergruppen) im Vergleich zur sowjetischen Mittelmeerflotte, der es nach dem Rausschmiß aus Ägypten an größeren Stützpunkten fehlt; und zweitens auf die Kontrolle über Bosporus und Dardanellen. Zusätzlich dazu bringt Spanien jetzt noch seine Flotte (unter anderem ein leichter Flugzeugträger und zwölf Zerstörer) und, aufgrund seiner Lage, die volle Kontrolle über die Straße von Gibraltar in die NATO ein. Ein Beitrag zum Gleichgewicht? – Das betrifft die Seemacht, der immerhin im Mittelmeerraum eine zentrale Bedeutung zukommt. Zählt man nun, was ja in der Logik derartiger Bonner Rechnungen liegt, auch das spanische Heer beim Kräftevergleich in Südeuropa mit, dann wird auch bei den Landstreitkräften die im Weißbuch noch konstatierte zahlenmäßige Unterlegenheit der NATO zu einem Vorsprung; ähnliches ergibt sich bei den Luftwaffen. Auf dem Weg zu einem regionalen Gleichgewicht im Mittelmeerraum?

Dazu kommt, daß es schon seit Jahren eine militärische Zusammenarbeit zwischen Spanien, den USA und der NATO gibt, die bei der „Berechnung" des Kräftegleichgewichts in dieser Region hätte berücksichtigt werden müssen; auch das wird sogar im Weißbuch zugegeben. (Ebd. S. 17.) Das alles hat die Gremien der NATO aber nicht daran gehindert, ebenfalls seit Jahren Rüstungsprojekte mit der „Notwendigkeit" zu rechtfertigen, das „Kräftegleichgewicht" im Mittelmeerraum „aufrechtzuerhalten". Kann man noch deutlicher demonstrieren, wie dehnbar ein Begriff ist, den der Bundeskanzler zum Schlüsselbegriff seiner Sicherheitsphilosophie gemacht hat?

Bei einem solchen Verständnis von Gleichgewicht ist auch mit Abrüstung nicht zu rechnen. Nicht nur, daß die eingeleitete und nach dem NATO-Beitritt mit Sicherheit forcierte „Modernisierung" der spanischen Streitkräfte sehr direkt eine Aufrüstung bedeutet; nein, die Sache zieht schon weitere Kreise: Griechenlands neue Regierung hat den spanischen Beitritt bereits dazu benutzt, unter anderem der Forderung nach mehr Militärhilfe für ihr Land Nachdruck zu verleihen – als Preis für ihre Zustimmung zu diesem Beitritt; dabei spielt wiederum der Konflikt mit der Türkei eine Rolle. Es sieht so aus, als werde es im Mittelmeer statt einer Rüstungsbegrenzung – für die auf dem Höhepunkt der Entspannung gewisse Chancen erhofft wurden – jetzt eine Art NATO-internes Wettrüsten geben, für dessen Kosten wir dann mit aufkommen müssen, „Sparpolitik" hin, „Sparpolitik" her! Wie paßt das in das Denkmodell von Abrüstung im Gleichgewicht?

Des Kanzlers Gleichgewichtskonzeption hat allerdings nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Seite, die vielleicht noch wichtiger ist: Die Zusammenarbeit zwischen Ost und West. „Diese Zusammenarbeit", so sagte Helmut Schmidt in derselben Regierungserklärung, „muß sich zu einer politischen Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West entfalten." Und in diesem Zusammenhang habe die BRD „eine wichtige Rolle dabei zu spielen, daß die beiden Weltmächte den Dialog miteinander nicht abreißen lassen und daß sie mit Mäßigung und Augenmaß bei der Verfolgung ihrer jeweils eigenen Interessen einander gegenübertreten." („Bulletin", 116/1981, S. 996.)

Nun ist die Aufnahme Spaniens in die NATO zweifellos ein Beispiel für Au-

Aktion Abo '82

Ein wichtiges Buch
für einen neuen Abonnenten*)

Für jeden neuen Abonnenten, der durch Ihre Vermittlung die „Blätter" bestellt, erhalten Sie kostenlos einen Titel Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags im Wert von bis zu 20,– DM (Prospekt anfordern).

Die 80er Jahre haben als ein Jahrzehnt großer, grundsätzlicher Auseinandersetzungen begonnen. Die Frage Krieg oder Frieden stellt sich in neuer Schärfe. Vieles steht auf dem Spiel – all das, was an Fortschritten in Richtung Frieden und Abrüstung, Befreiung von Hunger und Unterentwicklung, in Richtung Demokratie und Emanzipation bisher erkämpft wurde bzw. heute durchsetzbar wäre.

In dieser Situation – das sagen alte und neue Leser – ist eine Zeitschrift wie die „Blätter" wichtiger denn je.

Die „Blätter" orientieren

– auf Schlüsselfragen, auf die politischen Brennpunkte der Auseinandersetzung, auf ihre Ursachen und Konsequenzen
– immer mit dem Blick auf das Wesentliche, auf Handlungsmöglichkeiten und Alternativen,
– auf Ansatzpunkte für ein effektives Zusammenwirken aller Strömungen der demokratischen Bewegung.

Die „Blätter" – ein „Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition" („Bayernkurier")

Vom Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, gegen die Notstandsgesetze in den 60ern, für die Durchsetzung der Entspannungspolitik
bis zum Kampf gegen Neutronenbomben und „Nachrüstung", gegen alle Formen der Rechtsentwicklung, des Demokratie- und Sozialabbaus,
für die breite Entfaltung der neuen Friedensbewegung und für den überfälligen Durchbruch zur Abrüstung.

Die „Blätter", im dritten Jahrzehnt –
Monat für Monat für einen wachsenden Leserkreis: Analysen, Kommentare und Berichte, Dokumente und Chronik zu den wesentlichen Fragen der Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

---

*) Wenn Sie einen neuen Abonnenten geworben haben, schicken Sie bitte die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte ausgefüllt **und vom Abonnenten unterschrieben** an den Verlag. Sofern der neue Bezieher die „Blätter" für mindestens ein Jahr bestellt und sie im vergangenen Jahr nicht abonniert hatte, können Sie auf der Bestellkarte einen Buchwunsch angeben. Streichen Sie dazu auf der Rückseite der Karte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch das Wort „Werber". Darunter tragen Sie bitte in Blockschrift **Ihre** vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile Titel und Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein.

genmaß. Seine Lage macht Spanien zu einem strategisch wichtigen Land, nicht nur für die Kontrolle des westlichen Mittelmeers und des Ostatlantik, sondern auch im Hinblick auf Konflikte außerhalb Europas: Es spielt eine Rolle als Luft- und Versorgungsstützpunkt auf dem Weg nach Nahost, als „Brücke nach Afrika" und, mit den Kanarischen Inseln, sogar als vorgeschobener Posten im Südatlantik. Das ist genau der Grund dafür, daß vor allem die USA gerade jetzt daran interessiert sind, Spanien möglichst eng in das westliche Bündnis einzubinden: Nicht nur zur verteidigungspolitischen Verstärkung der „Südflanke" der NATO, sondern auch zur sogenannten „Stabilisierung" des gesamten Mittelmeerraums als Verbindung zwischen Europa und den Regionen, die Washington zur Zeit besonders interessieren – dem Nahen und Mittleren Osten. Insofern ist es kein Zufall, daß sich der NATO-Rat auf derselben Sitzung, bei der Spaniens Beitritt unterzeichnet wurde, auch mit dem Thema Interventionen außerhalb Europas und mit möglicher Unterstützung der „Rapid Deployment Force" (Schnelle Eingreiftruppe) beschäftigt hat.

Genau hierin liegt aber auch die besondere Brisanz dieses Beitritts: Sie liegt nicht nur darin, daß jede Erweiterung eines Militärbündnisses zu Zeiten verschärfter Konfrontation politische Signalwirkung haben muß; sondern auch darin, daß die NATO ihren Einflußbereich gerade in einer Region vorschiebt, die heute zu den sicherheitspolitisch explosivsten der Welt gezählt werden muß. Angesichts dieser Bedeutung wäre es verständlich, wenn die UdSSR im Mittelmeer genau das kommen sieht, was die Bundesregierung bei den Mittelstrekkenwaffen so sehr fürchtet, nur mit anderen Vorzeichen: Nämlich eine „sich aus einer regionalen . . . Überlegenheit ergebende Gefährdung des globalen Gleichgewichts". („Aspekte der Friedenspolitik", S. 26f.) Sowjetische Proteste gegen den spanischen Beitritt sind in der Tat verständlich; bei der NATO in Brüssel werden sie jedoch heruntergespielt mit Äußerungen, deren Tenor teilweise zu sein scheint: Spanien war immer unser Einflußbereich, da sollen die sich nicht aufregen. Daß in anderen Fällen ähnliche Argumente der UdSSR energisch zurückgewiesen werden, stört dabei natürlich nicht. – Ist das alles etwa das, was der Bundeskanzler unter „Mäßigung" und unter „Partnerschaft" versteht?

Fassen wir zusammen: Praktisch seit dem Tode Francos bemühen sich vor allem die USA um die Integration Spaniens in die NATO. (Vgl. „Blätter", 10/1981, S. 1161ff.) Mit der Gleichgewichtsphilosophie des Bundeskanzlers, die konsequente Entspannungsphilosophie sein will, ist diese Integration aber kaum vereinbar. Sie ist vielmehr Ausdruck einer ganz anderen „Gleichgewichts"-politik, einer Politik, die etwas anderes meint, auch wenn sie die gleichen Begriffe benutzt: Deren Prinzip nicht Entspannung oder „Sicherheitspartnerschaft" ist, sondern Machtkonkurrenz, die „Gleichgewicht" und Rüstungskontrolle dieser Maxime unterordnet und die mit „Mäßigung" nur die Mäßigung der anderen Seite meint.

Wenn Helmut Schmidt seine Prinzipien ernst nähme, dann hätte er also seit langem schon, entsprechend der zitierten „wichtigen Rolle" der Bundesrepublik, gegen den spanischen Beitritt seine „Stimme zu Gehör bringen" müssen, wie er das nennt. Er hat nichts derartiges getan. Statt dessen soll er sogar persönlich den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou darum gebeten haben, seinen Widerstand gegen diesen Beitritt aufzugeben.

Deutlicher konnte Schmidt kaum zeigen, wie selektiv er mit seinen eigenen Prinzipien umgeht. Und wie berechtigt die Frage ist: Welche Gleichgewichtspolitik vertritt der Bundeskanzler denn nun wirklich?

Martin Ax

„Die ganze Welt ist Sache der NATO“*)

Der globale Herrschaftsanspruch der USA unter der Reagan-Administration

Von Bernd Greiner

Von der *Logik der Sache* her fällt es nicht schwer, Reagans Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik als hoffnungslos anachronistisch und zum Scheitern verurteilt zu erkennen. Gleichermaßen unproblematisch ist der Nachweis, daß es dergleichen Politiken und Ideologien in den USA nach 1945 schon immer gegeben hat und daß bereits die „erste Auflage“ dieser Politik in den 50er Jahren scheiterte. Daß es „begrenzte Atomkriege“ nicht geben kann – für jeden mit der Materie Befaßten eine Binsenweisheit. Daß die UdSSR nicht erpreßbar ist, Gewalt gegen die Dritte Welt notwendig befreiende Gegengewalt erzeugt, daß Konflikteskalation auf Dauer nicht „rational“ ist – welches sind die Lehren der vergangenen Jahrzehnte, wenn nicht diese?

So richtig dergleichen Hinweise einerseits sind, sie sind zugleich vom Erkenntniswert her verkürzt und politisch nur bedingt orientierend. Denn sie erklären weder das Beharrungsvermögen Reaganscher Politik, noch schärfen sie den Blick für deren Absichten und mögliche Konsequenzen. Kurz: sie erfassen nicht die *Logik der Macht,* die Logik einer aus der Defensive formulierten, mit maximaler Offensivorientierung und Entschlossenheit ausgestatteten Interessenpolitik. Diese mag zwar „illusionistisch“ sein, ist deshalb aber noch lange kein „Irrsinn“. Klassenborniertheit ist nie psychotisch: sie gebietet Methoden, die nicht hehrer Rationalität, sondern blanker Machterhaltung und -expansion gehorchen. Eben darum verbannte das Bürgertum schon frühzeitig die „reine Vernunft“ aus dem Reich der Politik in das Reich der Philosophie.

Reagans „Logik der Macht“ ist daher noch lange nicht „naturnotwendig“, aber eben systembedingt – wie Hans-Jochen Gamm am „Abschreckungsbegriff“ exemplarisch gezeigt hat[1]). Bleibt also zu fragen: Wie sieht diese systembedingte „Logik der Macht“ im einzelnen aus, welche Ziele verfolgt und welche Mittel reklamiert sie? Diese Frage kam m. E. in der bisherigen Debatte über amerikanische Außenpolitik zu kurz; sie steht daher im Mittelpunkt des folgenden Aufsatzes.

*) Alexander M. Haig, vgl. Anm. 35.

1) Hans-Jochen Gamm, Über den amerikanischen Begriff der „Abschreckung“. Sozialpsychologische Reflexionen, in: „Blätter“, 9/1981, S. 1057–62.

I. Das Politikverständnis

> *„Sie sagten: ‚Aber wir sind im Frieden', und ich sagte Ihnen, Senator, ‚es gibt auch wichtigere Dinge'." (Alexander Haig)*[2]

> *„Es wird Ihnen auffallen, daß der Präsident von der ‚Schaffung' des Weltfriedens – nicht von dessen ‚Erhaltung' oder ‚Sicherung' sprach." (Eugene Rostow)*[3]

> *„Auf der anderen Seite akzeptiere ich jedoch ohne Einschränkung die Worte von George Washington: ‚Für den Krieg bereit zu sein, ist eines der wirksamsten Mittel, um den Frieden zu erhalten'." (Ronald Reagan)*[4]

> *„Glauben Sie, daß es Krieg gibt?" – „Die Situation für die freie Welt in den achtziger Jahren ist meiner Meinung nach so, daß wir mit größeren Risiken konfrontiert sind." (Alexander Haig)*[5]

> *„Die Schrecken des letzten Jahrzehnts haben uns alle daran erinnert, daß Frieden nicht das Natürliche ist." (Eugene Rostow)*[6]

Für viele nicht unerwartet, aber im Vergleich mit vergangenen Präsidentschaftswahlen dennoch erstaunlich bleibt, daß die während des Wahlkampfs verkündeten *Lageanalysen* und *Leitlinien* künftiger Politik[7]) unbesehen in das politische Programm der neuen Regierung übernommen wurden. Der *Hauptadressat* sei selbstverständlich die UdSSR: die während der Entspannungsphase vertretenen Prinzipien politischer Gleichberechtigung und militärischer Parität hätten sich als prinzipiell untauglich erwiesen. Kurz, die Entspannung sei „tot"[8]). Nicht nur habe die Sowjetunion unter dem Deckmantel der Rüstungskontrolle hemmungslos aufgerüstet, sondern sie sei auch der Hauptnutznießer und eigentliche Anheizer der Instabilität in der Dritten Welt, die zu unerträglichen Positionsverlusten geführt habe. Die Bedrohung habe „globale" Dimensionen angenommen und sei daher nur langfristig zu bewältigen – ein Sofortprogramm müsse aber für das krisen- und kriegsträchtige Südwestasien entwickelt werden. Nach den Erfahrungen mit dem Ölboykott 1973 und der iranischen Revolution 1978 sei jederzeit mit einer revolutionären Zuspitzung der innenpolitischen Labilität im „Krisenbogen" zwischen Pakistan und Ägypten zu rechnen.

Um dieser Gefahren Herr zu werden, müsse in Abkehr vom Illusionismus des letzten Jahrzehnts erneut das Militär als *Hauptmittel* des Krisenmanagements glaubhaft dargestellt und eingesetzt werden können; zugleich solle eine höhere Risikobereitschaft an die Stelle kompromißlerischer Scheinlösungen tre-

2) Alexander Haig am 9. Januar 1981 vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats, zit. n. Bernd Greiner, Haig – Original und Fälschung, in: „Blätter", 10/1981, S. 1161–63, hier S. 1161.
3) Eugene Rostow, Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 6. Oktober 1981, in: „Amerika-Dienst" (AD), Nr. 43 v. 7. 10. 1981, S. 2/3.
4) Ronald Reagan, Rede vor der Abschlußklasse in West Point am 27. 5. 1981, in: AD, Nr. 25 v. 10. 6. 1981, S. 3.
5) Alexander Haig, Interview mit „stern", vollständiger Text in: AD v. 28. 8. 1981, hier S. 16.
6) Eugene Rostow, Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, a.a.O., S. 2.
7) Vgl. Bernd Greiner, Kräfteverschiebung in der amerikanischen Politik, in: „Blätter", 12/1980, S. 1426–44; vgl. Horst Dippel, Die außenpolitischen Vorstellungen der amerikanischen Neokonservativen, in: „Europa-Archiv", 17/1980, S. 529–39; die Wahlplattform der Republikaner ist nachzulesen in: „Blätter", 8/1980, S. 1012–22.
8) So Richard Pipes, eines der tonangebenden Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrats, hier zit. n. FAZ v. 20. 3. 1981.

ten – erst die Vernachlässigung dieser politischen Prinzipien habe den Machtverlust der Vergangenheit möglich gemacht. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre bestehe das *Hauptproblem* darin, die politisch aus dem Ruder laufenden Bündnispartner auf eine neue Gemeinschaftlichkeit zu verpflichten, d.h. in die Lösung der *Hauptaufgabe* der 80er Jahre arbeits-, kosten- und risikoteilig einzubinden: die Wiederherstellung *amerikanischer Hegemonie,* die von der Reagan-Regierung maximalistisch als souveräne Orientierungskompetenz in allen entscheidenden außenpolitischen Fragen und insbesondere als Anerkennung amerikanischen Krisenmanagements verstanden wird[9]).

Diesem politischen Programm liegt ein strikt *dichotomisches, bipolares Weltbild* zugrunde, wie es exemplarisch bereits 1947 von Harry S. Truman in der „Truman-Doktrin" formuliert worden war: die Welt der „Freiheit" und der „Sklaverei" stehen sich in einem *Entscheidungskampf* gegenüber. Da jedwede Niederlage der „Freiheit" (ob politisch, militärisch oder wirtschaftlich) ohnehin Untergang bedeutet, muß der Sieg mit politischen und/oder militärischen Mitteln unter allen Umständen davongetragen werden. Die politische Kraft des Sozialismus (in Gestalt funktionierender gesellschaftlicher Modelle und mehrheitsfähiger politischer Programme und Bewegungen) müsse gebrochen werden; dieses Ziel zu erreichen sei „lebenswichtig".

Der *Zwei-Welten-Theorie* zufolge ist der Sozialismus natürlich eine größere Gefahr als der Faschismus. Für die Reagan-Regierung sind daher sog. „autoritäre Diktaturen" in jedem Fall und grundsätzlich bündnisfähig im Kampf gegen den „Totalitarismus"[10]). „Totalitäre Regimes" seien nicht allein unzivilisiert und unmenschlich, sondern geradezu Irrläufer der Evolution: „. . . Kommunismus ist eine Verirrung, ist für Menschen keine normale Art und Weise des Zusammenlebens . . ." (Ronald Reagan)[11])

Selbstverständlich gehört die Wiederbelebung des amerikanischen Missionarismus, die Idee des gotterwählten Volkes, das das „neue Jerusalem" errichtet habe, zu dieser Vorstellungswelt – keine größere Rede, in der nicht das Bild der USA als Hort der Zivilisation und Freiheit penetrant ausgeleuchtet würde.

Dieses Weltbild ist nicht bloße Propaganda oder ideologisches Mittel zu einem machtpolitischen Zweck. In der Zeit des Kalten Krieges wie heute taucht es auch in allen nicht für die öffentliche Verwendung vorgesehenen Lagebeurteilungen und Diskussionen amerikanischer Politiker auf, ist also im Prozeß der politischen Konturierung ursprünglicher Herrschaftsinteressen ein

9) Die Diskussion ist zu verfolgen in zahlreichen Kompendien über die US-Politik der 80er Jahre. Vgl. u. a.: W. Scott Thompson (Ed.), National Security in the 1980s. From Weakness to Strength, Institute for Contemporary Studies, San Francisco 1980; William Van Cleave/W. Scott Thompson, Strategic Options for the Early Eighties. What can be done?, National Strategy Information Center, New York 1979; Peter Duignan/Alvin Rabushka, (Eds.), The United States in the 1980s, The Hoover Institution, Stanford University 1980.

10) Zu dieser in der Reagan-Regierung gängigen Unterscheidung vgl. etwa Norman Podhoretz, The Future Danger, in: „Commentary", Vol. 71, No. 4, April 1981, S. 33ff.

11) Ronald Reagan, Pressekonferenz am 16. 6. 1981, zit. n. „Wireless Bulletin from Washington" (WB), Nr. 112 v. 17. 6. 1981, S. 3.

durchaus handlungsorientierender Faktor. Aber dennoch spiegeln die aus der Propaganda bekannten Motive nur die Oberfläche dieses Weltbildes. Die machtpolitische Rationalität der Rückkehr zu den Prinzipien des Kalten Krieges basiert auf tiefergehenden Annahmen. In der gebotenen Kürze lassen sich diese folgendermaßen zusammenfassen:

a) *Soziale Prozesse* seien prinzipiell nach den Erfordernissen freier Kapitalverwertung und politischer Herrschaftsmaximierung der kapitalbesitzenden Klassen *steuerbar*. Konflikte könnten zwar nicht vermieden, aber mit dem entsprechenden sozial-technischen „Know-how" und einer Kosten-/Nutzen-effektiven Kombination von Repression/Integration und präventiver Krisenplanung bereinigt werden (technokratisch-kybernetisches Politikverständnis). Mit Blick auf die Dritte Welt heißt das z. B.: Sozialer Wandel kann entweder aufgehalten oder in prowestliche Bahnen gelenkt werden. Die Reagan-Minister kleiden diese Annahme in die Formel, der gegenwärtige Trend der Weltpolitik müsse aufgehalten und dann in sein Gegenteil verkehrt werden. Strukturell sei der erforderliche Handlungsspielraum gegeben; ob er genutzt werde, hänge von der „richtigen Politik" ab: in Vietnam z. B. sei das richtige Ziel mit einer fehlerhaften und zaudernden Politik verspielt worden.

b) *Subjektive Faktoren* seien ausschlaggebend für den Erfolg aller Politik. Entscheidend sei die Mobilisierung des kollektiven *Willens* aller Beteiligten, die Verfolgung einer von Widersprüchen bereinigten Politik, orientiert an richtigen Einsichten der mit ungebrochener Autorität ausgestatteten Führung.

Sozio-ökonomische Strukturen sind in diesem Verständnis randständig. Zwar habe das weltweite „Chaos" vielfältige Ursachen (Bevölkerungswachstum, Armut, religiöse Kämpfe, Wirtschaftskrisen etc.), zum „Problem" würden diese Faktoren aber erst durch den von außen herangetragenen „sowjetischen Einfluß". Sozialistische Ideen und Bewegungen seien nicht lokal-originär, sondern von Moskau subjektiv ferngesteuerte Elemente. Insofern sei die UdSSR in der Tat für alle wesentlichen Probleme verantwortlich, eben die Zentrale des „internationalen Terrorismus".

Demzufolge ist jeder Erfolg einer sozialistischen und/oder nationalen (Befreiungs-)Bewegung Beweis einer langfristig orientierten, aggressiven Außenpolitik der UdSSR und wird verbucht als Erfolg Moskaus und Verlust der USA (innerhalb dieses Denkansatzes eine durchaus logische Folgerung, die darüberhinaus offenbar wirksam kapitalistische Bilanzierungstechniken in die Außenpolitik verlängert). Erfolge für die USA werden sich erst dann einstellen, wenn Druck auf die „Revolutionszentrale" Moskau ausgeübt, d. h. diese in ihrer politischen, ökonomischen und militärischen Bewegungsfreiheit nachhaltig eingeschränkt wird. Richard Pipes: Die USA seien entschlossen, „den Sowjets das anzutun, was sie uns angetan haben, in Äthiopien, Angola, Afghanistan und anderswo"[12]).

12) Richard Pipes, zit. n. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 20. 3. 1981.

Erst wenn die „Abirrungen" des letzten Jahrzehnts überwunden, neues „Selbstvertrauen", „Willen" und „Autorität" gewonnen sind, können die Praktiken des „Terrorismus" durchkreuzt und weltpolitische Stabilität zurückgewonnen werden. Dabei wird auch dem Rückhalt in der Bevölkerung hoher Wert beigemessen – Vietnam sei schließlich an der mangelnden innenpolitischen Unterstützung gescheitert. Die „Steuerbarkeit" der außenpolitischen „Aufklärung" verkommt allerdings – wie bisherige Theorie und Praxis unter Reagan zeigen – zur Meinung, die Öffentlichkeit ließe sich nach der Pawlowschen Methode beliebig konditionieren. Daß man mit ideologischem Säbelrasseln in Westeuropa z. B. genau das Gegenteil der gewünschten antisowjetischen Kreuzzugsstimmung erzeugen könnte, wurde und wird nicht oder zu spät erkannt.

c) Alle politische Zukunftsplanung sei nicht zu orientieren an der Vermeidung des „schlimmsten Falls", sondern auf die effektive Steuerung dieses sog. „worst case" auszulegen. Dabei wird folgendes Krisenszenario unterstellt: Subjektive Unzulänglichkeiten und politische Planungsfehler der Vergangenheit haben eine global instabile Situation geschaffen. Innenpolitische Machtverschiebungen in rohstoffreichen Ländern können durch den Dominoeffekt eskalieren und ganze Regionen „destabilisieren". Da die UdSSR – egal, ob direkt darein verwickelt oder nicht – der alleinige Nutznießer dieses Chaos sein wird, ist eine Konfrontation mit ihr unausweichlich. Ein aus der Eskalation lokaler Krisen resultierender Weltkrieg ist jederzeit möglich, denn die Gegenseite – halte sie an der gegenwärtigen Doktrin und Politik fest – lasse wegen ihres Konfliktkurses immer weniger Auswege offen. Paul Nitze: Die „Kreml-Führer" wollen „die Welt . . . Sie halten es . . . für unwahrscheinlich, daß der Westen ihnen zugestehen wird, die Welt kampflos zu übernehmen"[13]).

Die Schlußfolgerung lautet: Eine Fortsetzung der bisherigen Politik treibe unweigerlich in die Katastrophe, da sie ohnmächtig alle Positionsverluste und damit eine schleichende Kapitulation hingenommen habe. Dieser Trend könne nur aufgehalten werden durch eine Erhöhung des Einsatzes: durch erhöhte Risikokalkulation und höhere Kostenerwartung. Das größere Risiko müsse aber unter allen Umständen in Kauf genommen werden, da die Alternative unter den gegebenen Bedingungen eben Selbstaufgabe sei. Selbst dann könne der „schlimmste Fall", also der Weltkrieg, nicht ausgeschlossen werden – trotz oder wegen des höheren Einsatzrisikos sei eine Krise möglicherweise mit politischen Mitteln nicht mehr zu „managen". Zukunftsplanung heißt also: Vermeidung kriegerischer Kriseneskalation und eines daraus möglicherweise resultierenden Weltkrieges so weit wie nötig, Vorbereitung auf diesen Fall so weit wie möglich.

Diese Art „Rationalität" verbirgt sich hinter den ständig wiederholten Warnungen, zur „Politik der Stärke" könne es keine Alternative geben, das

13) Paul Nitze, Strategy in the Decade of the 1980s, in: „Foreign Affairs", Vol. 58, Fall 1980, S. 82–101, hier S. 90.

„Überleben" des Westens stehe auf dem Spiel und die 80er Jahre würden zur gefährlichsten Zeit nach 1945. Dies ist die klassische Logik der *Politik am Rande des Abgrunds:* sich auf die Katastrophe vorbereiten, sie durch die eigene „Risikopolitik" potentiell offenhalten und sie gegebenenfalls in Kauf nehmen mit der Überzeugung, in diesem Fall immer noch mehr „retten" zu können als durch die Hinnahme „politischer Niederlagen" an der Peripherie des von Washington beanspruchten Machtbereichs.

d) In diesen Szenarien über *Krise* und *Krieg* spiegelt sich die gedankliche Weiterentwicklung der genannten Grundannahmen über die prinzipielle Steuerbarkeit sozialer Prozesse durch einen sich über objektive Strukturen hinwegsetzenden kollektiven politischen Willen der Regierungssubjekte. *Eskalationskontrolle* und *Schadensbegrenzung* sind die Stichworte: versage die Krisenkontrolle, so könne eine „richtige Politik" auch die Eskalation zähmen und das Chaos strukturieren. Die zu Beginn der 60er Jahre von Herman Kahn[14]) unter militärstrategischen Aspekten entwickelte Theorie der stufenweisen Eskalation und ihrer rationalen Steuerbarkeit wird somit unter Reagan zur planerischen Ratio nicht nur der Militär-, sondern auch und gerade der Außenpolitik.

Genau in diesem Zusammenhang sind die Vorstellungen amerikanischer Strategen über begrenzte Atomkriege zu sehen. Für die Bewertung der Reaganschen Außenpolitik bleibt dabei der Hinweis nebensächlich, daß in der militärischen Planung seit ca. 1957 auf die Option begrenzbarer (Atom-) Kriege hingearbeitet wird. Entscheidend ist vielmehr die Frage, an welchen Maximen die politische Planung ausgerichtet ist: ob die weitestgehende Vermeidung kriegerischer Konflikte mit diplomatisch-politischen Mitteln die Richtschnur ist oder die Vorbereitung auf einen als wahrscheinlich oder gar unvermeidlich erachteten Krieg (ob „begrenzt" oder „kontrolliert unbegrenzt") im Mittelpunkt politischer Theorie und Praxis steht. Diese Alternative umschreibt genau den Unterschied zwischen Entspannung und Kaltem Krieg (der Begriff „kalter Krieg" signalisiert bereits die Möglichkeit des Umschlags in einen Schieß-Krieg) – und die Reagan-Administration hat sich in bewußter Absetzung von der Entspannungspolitik der 70er Jahre für letztere Option entschieden.

Damit stellt sich die Frage nach der „politischen Strategie": In welches politische Gesamtkonzept sind die Konfliktszenarien integriert, von welchem Kosten-/Nutzen-Kalkül und welcher Erfolgserwartung wird ausgegangen?

II. Die politische Strategie: Interessen und Schwerpunkte

1. Ost-West-Beziehungen

> *„Die Sowjets wissen besser als wir, daß das russische Volk die Bolschewiken haßt, und die anderen Völker hassen beide, die Russen und die Bolschewiken. . . . Aber wie viele tyrannische Regime sind denn überhaupt zusammengebrochen – wenn*

14) Herman Kahn, Eskalation, München 1960.

nicht durch Niederlagen im Krieg? Wir wollen das gewiß nicht tun. Man kann nur hoffen, daß das, was jetzt in Polen und Osteuropa geschieht, ein Signal ist auch für einen Wandlungsprozeß innerhalb der Sowjet-Union . . ." – „*Die Sowjetunion stellt eine sehr ernste Bedrohung dar. . . . Wir sind alle der Meinung, daß das gestoppt werden muß. . . . Und es muß dadurch gestoppt werden, daß wir sie mit unannehmbaren Risiken konfrontieren . . .*"[15])

Wichtig und dennoch oft vernachlässigt ist die Einschätzung der inneren Struktur der UdSSR durch die Reagan-Regierung. Hier dominiert die von Reagan persönlich auf eine griffige Formel gebrachte Meinung, die UdSSR und mit ihr der gesamte Kommunismus seien „irgendein bizarres Kapitel in der menschlichen Geschichte, dessen letzte Seiten augenblicklich geschrieben werden."[16]) Im Grunde genommen stehe die UdSSR am Rande des inneren Zusammenbruchs. Ausgehend von einem Zerfall des „Imperiums" außerhalb der Staatsgrenzen, reiche die Schwäche bis „ins Mark ihres Systems"[17]).

Bei der „Beweisführung" fehlt keines der kruden Versatzstücke, wie sie aus den 50er Jahren bekannt sind. In Anspielung auf Churchills 1946er Rede über den „Eisernen Vorhang" sieht Richard Allen heute „einen Eisernen Vorhang innerhalb des Eisernen Vorhangs – und dies ist der innere Vorhang, der zur gewaltsamen Unterwerfung des sowjetischen Volkes benutzt wird"[18]). Für Reagan ist in der UdSSR „alles, was nicht Zwang ist, verboten . . . Die Bürger dieser Gesellschaft haben bezüglich der Regierung kaum mehr zu sagen als ein Strafgefangener bezüglich der Gefängnisverwaltung"[19]).

Politisch wird in traditionell-stereotyper Manier daraus gefolgert: Wenn die staatlichen, politischen und militärischen Kommandozentralen der UdSSR hinreichend geschwächt sind, werden die Dämme brechen und eine interne Opposition im Verbund mit nationalistischen Unabhängigkeitsbestrebungen ethnischer Minderheiten die politische Struktur des Sowjetstaates zerschlagen. Diese Erwartung geht mittlerweile auch in Diskussionsbeiträge von Gegnern der Reaganschen Hochrüstungspolitik ein. Gary L. Guertner etwa vertritt die These, daß eine effektive militärische Zielauswahl im Kriegsfall den atomaren Holocaust von den USA abwenden könne. Würden die hauptsächlich im großrussischen Siedlungsgebiet konzentrierten Industrieanlagen und die mehrheitlich aus Großrussen rekrutierten konventionellen Verbände für den ersten Fronteinsatz durch gezielte Schläge ausgeschaltet und die übrigen, angeblich nach Unabhängigkeit strebenden Nationalitäten von der Kriegführung bewußt verschont, so sei der gesellschaftliche Zusammenbruch der ihrer Führung und zentralen materiellen Ressourcen beraubten UdSSR und damit das Ausbleiben eines mit Interkontinentalraketen geführten Schlagabtauschs wahrscheinlich. Weniger ein gigantisches Aufrüstungsprogramm als die geopolitische, innere Verwundbarkeit der UdSSR sei eine mög-

15) „Spiegel"-Gespräch mit Eugene Rostow, in: „Der Spiegel", 30/1981, S. 89, 85; Hervorh. v. Verf.
16) Ronald Reagan, Rede an der Universität von Notre Dame am 16. 5. 1981, im: WB, Nr. 95, 20. 5. 1981, S. 4.
17) Alexander Haig, Rede an der Universität von Syracuse, in: FAZ v. 11. 5. 1981; vgl. Walter C. Clemens, Will the Soviet Empire Survive 1984?, in: WB, Nr. 129 v. 13. 7. 1981, S. 11–13.
18) Richard Allen, Rede in New York City am 31. 5. 1981, in: WB, Nr. 102 v. 2. 6. 1981, S. 10.
19) Reagan, Rede in West Point, a.a.O., S. 2.

liche „Sieg-Option" und begründete Hoffnung auf einen „begrenzbaren" Krieg[20]).

Die Reagan-Regierung geht von der Vorstellung aus, diese „strukturelle Schwäche" sei bereits in Friedenszeiten durch gezielte Steuerung ausnutzbar. Wie jede Diktatur werde die UdSSR mit zunehmenden Schwierigkeiten im Inneren und Äußeren[21]) entweder expansiv-unberechenbar oder erpreßbar. Amerikanische Machtentfaltung und militärische Überlegenheit könne den Expansionsschub aufhalten und damit der Sowjetführung das wichtigste Instrument zur Kompensation innerer Konflikte aus der Hand schlagen. Damit rücke auch die Kapitulation vor den innenpolitischen Schwierigkeiten näher.

Da also die sowjetische Führung einmal vor der Wahl stehen werde, „das kommunistische System auf friedlichem Wege zu reformieren oder in den Krieg zu ziehen"[22]), sei es folglich die Aufgabe amerikanischer Politik – so Weinberger –, sicherzustellen, „daß dieses sowjetische Imperium, wenn es denn aufgrund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem großen Knall"[23]).

Das höhere Risiko einer Konfrontationspolitik erscheint somit als „machbare" Beschleunigung eines historisch „notwendigen" Zerfalls. Da die Sowjet-Führung nur die Sprache der „Macht" verstehe, könne nur eine überlegene Militärmacht ihr politische Zugeständnisse abpressen. Die erschreckend einfache, aber politisch äußerst wirksame Konsequenz lautet daher: Je mehr gegen die UdSSR direkt und indirekt einsetzbare Rüstung, desto besser. Mit jedem neuen amerikanischen Waffensystem rücke der gesellschaftliche Bankrott der UdSSR näher.

Die Reagan-Regierung hat in ihrem ersten Jahr so ziemlich *alles* getan, um diesen Grundkonsens in praktische Politik umzusetzen. So wurden die bilateralen Beziehungen in einer den 50er Jahren entlehnten Manier „vereist". Und zwar durch: die Verteufelung der Gegenseite als einer nicht mit normalen diplomatischen Mitteln zu behandelnden Macht (Reagan: Die Sowjets nähmen sich das Recht heraus, „jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen, zu betrügen, um ihr Ziel zu erreichen"[24]); eine maximalistische Definition der „sowjetischen Gefahr" („. . . sowjetische Macht und kommunistische politische Systeme verkörpern die grundsätzlichste Bedrohung der Menschenrechte in der heutigen Welt"[25]); und eine ebenso maximalistische Betonung der eigenen Forderungen (ändere die UdSSR nicht substantiell ihre „Doktrin" und ihr „Verhalten", so drohe von ihrer Seite eine Wiederauflage der Hitlerschen Kriegspolitik)[26]).

20) Gary L. Guertner, Strategic Vulnerability of a Multinational State: Deterring the Soviet Union, in: „Political Science Quarterly", Vol. 96, No. 2, Summer 1981, S. 209–23.
21) Vgl. u. a. Alexander Haig: „Diese Gegenreaktion kommt zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Aussichten der Sowjets zum Schlechten verändern." Rede in New Orleans am 11. 8. 1981, in: AD, Nr. 35 A, 19. 8. 1981, S. 10.
22) Richard Pipes, zit. n. FAZ v. 20. 3. 1981.
23) „Spiegel"-Interview mit Caspar Weinberger, in: „Der Spiegel", 40/1981, S. 145 ff., hier S. 150.
24) Zit. n. „Die Welt" v. 31. 1./1. 2. 1981; vgl. Richard Staar, Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen in den achtziger Jahren, in: „NATO-Brief", Nov./Dez., 6/1980, S. 20–26, hier S. 20.
25) Allen, Rede in New York City, a.a.O., S. 10.

Dergleichen Propaganda ist nicht nur funktional für die Verschlechterung bilateraler Beziehungen und die Feindbild-Legitimation eines neuerlichen Rüstungsschubs, sondern reflektiert zugleich den dogmatischen Kern gegenwärtiger amerikanischer „Ostpolitik". Die Reagan-Regierung hat keinen Begriff sowjetischer nationaler Sicherheit und Interessen – insofern ist dem ehemals stellvertretenden Außenminister George Ball zuzustimmen, hier werde Politik durch Besessenheit ersetzt[27]).

Konsequenterweise glaubt die Reagan-Regierung daran, ihre maximalistischen (Langzeit-)Ziele seien gegen die UdSSR in erpresserischer Weise durchsetzbar. Es nutzt deshalb wenig, nur auf die antiquierte Realitätsferne dieser Haltung und auf ihr notwendiges Scheitern hinzuweisen – schon allein deshalb, weil niemand in der Reagan-Regierung die historischen Erfahrungen des wiederholten Fehlschlags dieser Konzepte ernst nimmt. Dies wäre nicht weiter schlimm, wiederholte sich die Geschichte nur als Farce – sie kann sich bekanntlich aber auch als Tragödie wiederholen. Umso ernster sind derartige Bestrebungen von allen Betroffenen zu nehmen. Rudolf Augstein ist zuzustimmen, wenn er schreibt: „Jeder Tag bringt Statements, die, da und solange man sie ernst nehmen muß, den Gedanken an Krieg nahelegen, den Gedanken eher an den Großen als an den begrenzten Krieg."[28])

2. *Militär und Außenpolitik*

> *„Die furchterregendste Bedrohung für die Sowjetunion wäre die Zerstörung oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihres politischen Systems. Daher sollten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Schlüsselfiguren der Führung, ihre Kommunikationsmittel und -wege und einige ihrer innenpolitischen Kontrollinstrumente zu zerstören. . . . Wenn es gelänge, die Moskauer Bürokratie zu eliminieren, zu beschädigen oder zu isolieren, dann könnte die UdSSR sich in eine Anarchie auflösen."*[29])

> *„Die tatsächliche Hauptgefahr . . . ist nicht ein Kernwaffenkrieg . . ., sondern die Zwangslage, in die sich der Westen begibt, wenn er den Nuklearkrieg mehr als alles andere fürchtet." (Eugene Rostow)*[30])

Bis spät in die 50er Jahre dominierte in den politikplanenden Kreisen der USA die Vorstellung von der Atomwaffe als *„winning weapon"*[31]). Sie sei ein geeignetes Instrument, um in politischen Krisensituationen erfolgreich Druck

26) Aus einer ganzen Flut möglicher Hinweise vgl. stellvertretend die „offizielle" Version in Alexander Haigs Rede in West-Berlin, Die demokratische Revolution und ihre Zukunft, in: AD, Nr. 40 v. 16. 9. 1981, S. 7.
27) George W. Ball, Das Weiße Haus reaktiviert die Besessenheit vom Kalten Krieg, in: „International Herald Tribune" v. 9. 7. 1981; vgl. Richard J. Barnet, Wie es zur neuen Politik der Stärke kam, in: Wilhelm Bittorf (Hrsg.), Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher, Reinbek 1981, S. 171–93.
28) Rudolf Augstein, Also sprach Caspar Weinberger, in: „Der Spiegel", 41/1981, S. 20.
29) Colin S. Gray/Keith Payne, Victory is Possible, in: „Foreign Policy", No. 39, Summer 1980, hier zit. n. der deutschen Übersetzung, in: „Blätter", 12/1980, S. 1502 ff., hier S. 1506.
30) Eugene Rostow, zit. n. FAZ, v. 27. 11. 1981.
31) Für die Anfangsphase vgl. Gregg Herken, The Winning Weapon. The Atomic Bomb in the Cold War 1945–1950, New York 1980; vgl. Michael S. Sherry, Preparing for the Next War. American Plans for Postwar Defense, 1941–45, New Haven, London 1977.

auszuüben und Zugeständnisse zu erzwingen, und – falls das Krisenmanagement am Rande des Abgrunds scheitere – um im Kriegsfall durch strategische Luftangriffe den „entscheidenden Schlag" zu führen, den Sieg im Atomkrieg davonzutragen. Die zwischenzeitlich von mehreren „Denkschulen" kontrovers geführte Diskussion über Militärstrategie im Atomzeitalter wird seit mehreren Jahren erneut von diesen sog. *„warfighters"* zunehmend beeinflußt – d.h. von jener Schule, die nicht die Bedingungen der „politischen Abschreckung" durch Atomwaffen in den Mittelpunkt der Überlegungen stellt, sondern das Scheitern der politischen Krisenbewältigung zum Ausgangspunkt der Überlegungen macht[32]). Erste Priorität ist also, sich konzeptionell und materiell auf nukleare Kriegführung vorzubereiten – und zwar mit der orientierenden Maxime, daß es zum „Sieg" keine Alternative geben könne. In den Worten Caspar Weinbergers: „Und falls die Abschreckung versagt, müssen wir gewinnen können, um zu überleben."[33]) Leon V. Sigal, unter Carter politischer Berater im Außenministerium, faßte diesen Trend bereits im Frühjar 1979 in die Worte: „. . . die Strategen denken wieder einmal das Undenkbare – und erwägen Umstände, unter denen die USA einen Nuklearkrieg beginnen und führen würden."[34])

Die ideologisch-konzeptionellen Prämissen, unter denen diese Diskussion geführt wird, decken sich weitgehend mit dem oben entwickelten allgemeinen Verständnis von Außenpolitik in der Regierung Reagan:

a) Wie erwähnt, ist der Ausgangspunkt nicht die Vermeidung, sondern das kosteneffektive Management des „schlimmsten Falls". Die von der militärischen und zivilen Führung propagierte „Global Strategy" geht davon aus, daß die Gefahren der Kriseneskalation und der direkten Konfrontation mit der UdSSR in den 80er Jahren wegen der „Instabilität" der Dritten Welt dramatisch zunehmen. Die verschiedenen „Sicherheitszonen" seien nicht mehr voneinander zu trennen – aus Nahost z. B. schlage der Funke automatisch auf Europa und/oder Ostasien über, und insofern sei die *„ganze Welt"* *„Sache der NATO"*[35]).

Die Antwort auf diese Gefahr sei eine flexible Strategie horizontaler Eskalation, die die Konfliktausweitung kontrolliert und im Konfliktverlauf die eigenen Bedingungen diktiert: man dürfe nicht nur im Zentrum der Krise reagieren, sondern müsse Offensiven starten „in anderen Regionen und versuchen, die Schwächen des Aggressors, wo auch immer vorfindlich, auszunutzen"[36]). Das heißt zunächst – laut Weinberger – Kalkulation eines konventionellen

32) Vgl. Alan Tonelson, Nitze's World, in: „Foreign Policy", No. 35, Summer 1979, S. 74–87.
33) Caspar Weinberger vor dem New York Council on Foreign Relations, in: WB, Nr. 113 v. 18. 6. 1981, S. 4.
34) Leon V. Sigal, Rethinking the Unthinkable, in: „Foreign Policy", No. 34, Spring 1979, S. 35–52, hier S. 36; vgl. Militärpolitik Dokumentation e.V. (Hrsg.), Die Illusion der Kriegsverhinderung durch Abschreckung, „Militärpolitik Dokumentation" Heft 22 (1981), vgl. Dimitri K. Simes, Disciplining Soviet Power, in: „Foreign Policy", No. 43, Summer 1981, S. 33–53.
35) Alexander Haig, zit. n. „Der Spiegel", 6/1981, S. 105.
36) Weinberger vor dem New York Council on Foreign Relations, a.a.O., S. 5; vgl. United States Military Posture for FY 1982. An Overview by General David C. Jones, USAF, Chairman of the Joint Chiefs of Staff. US Government Printing Office, Washington, D.C., 1981.

Krieges an mehreren Fronten oder – laut Reagan – Drohung mit einer bewußt unkalkulierbar gehaltenen „Vergeltung" und zwar – hier liegt der entscheidende Punkt – für nicht näher spezifizierte Übergriffe des „Kommunismus" (und eben nicht nur für sowjetische „militärische Vorstöße").

Für die materielle Vorbereitung heißt das in erster Linie Auf- und Ausbau der amerikanischen Interventionskapazitäten. Im Gegensatz zu den langfristig zu veranschlagenden Entwicklungen im nuklearen Waffenarsenal könnten hier in relativ kurzer Zeit „Verbesserungen" erzielt werden durch: Vorratshaltung von Waffen; verbesserte militärische und zivile Lufttransportkapazitäten; Ausbau der Marine und Erhöhung ihrer Mobilität; zusätzliche Basen in Übersee, insbesondere in der zentralen Krisenregion Südwestasien; Aufbau hochspezialisierter, in ständiger Alarmbereitschaft stehender Einsatztruppen; rasche Militärhilfe an Krisenregionen; effektive industrielle Notstandsplanung und Anlage der entsprechenden Kapazitäten[37]). Entsprechend geht der Löwenanteil der militärischen Zuwachsraten in den konventionellen Bereich und hier vor allem an die Marine[38]).

Diese monetäre Verteilung besagt jedoch wenig über das militär-strategische Konzept in seiner Gesamtheit. Dieses geht davon aus, daß ein regionaler, aber an mehreren Fronten ausgetragener Konflikt mit konventionellen und/oder nuklearen Gefechtsfeldwaffen möglicherweise nicht mehr führbar ist und folglich jederzeit in einen Weltkrieg umschlagen kann.

Auch für diesen Fall eines umfassenden Krieges unterstellen die „war-fighters" die Fähigkeit der *Steuerbarkeit, Eskalationskontrolle* und *Schadensbegrenzung* in einer für den „Sieg" optimalen Weise. Das Stichwort dazu: *Eskalationsdominanz.* Man brauche die materielle Fähigkeit, aus überlegener Position heraus dem Feind auf allen Stufen der Kriegsführung größeren Schaden anzudrohen, als dieser Feind einem selbst in der Gegenreaktion zufügen kann. D.h.: „Immer den Finger zuerst am Drücker haben und dem Gegner die ‚Option' aufzwingen, ob er es noch schlimmer haben oder einlenken will."[39]) Habe die UdSSR die Sinnlosigkeit weiterer Gegenschläge erkannt, werde sie „Zurückhaltung"üben, sich also den amerikanischen Bedingungen fügen.

„Eskalationsdominanz" erscheint der Reagan-Regierung durch zweierlei Mittel herstellbar: flexible Punktzielauswahl *(flexibility)* – ermöglicht durch qualitativ neue, endphasengesteuerte Präzisionswaffen – und Sicherung eines Großteils der eigenen Systeme vor Gegenschlägen *(survivability)* – d.h. Optimierung der Schadensandrohung beim Gegner und Minimierung der Verwundbarkeit des eigenen Nuklearpotentials. Konzeptionell treibt Reagan damit eine bereits unter Präsident Ford und Verteidigungsminister Schlesinger begonnene Entwicklung weiter.

37) Zusammenstellung nach US Military Posture for FY 1982, a.a.O.; Auszüge sind enthalten in: WB, Nr. 26 v. 6. 2. 1981, S. 1ff.
38) Vgl. u.a.: „Aviation Week and Space Technology", Vol. 115, No. 12 v. 21. 9. 1981 (Special Report: Navy Pushes Equipment Update); vgl. „Der Spiegel", 22/1981, S. 148–58.
39) Wilhelm Bittorf, „Euroshima, mon futur", in: „Der Spiegel", 7/1981, S. 111.

Wichtiger noch sind freilich die auf eine „nuclear war-fighting capability" ausgelegten langfristigen Beschaffungsprogramme unter Reagan. Um nur einige Maßnahmen zu nennen: Offenhaltung der Option unverwundbarer Interkontinentalraketen (MX), Produktion von über 17000 (!) neuen Atomsprengköpfen in den 80er Jahren (gegenwärtiger Stand: 9200)[40], neue, mit Trident-II-Raketen bestückte Atom-U-Boote der „Ohio"-Klasse, Optimierung der Überlebensfähigkeit der zu 70% see- und luftgestützten Interkontinentalwaffen, neue Langstreckenbomber (B-1 und sog. radarsichere Bomber), see-, land- und luftgestützte Cruise Missiles, nukleare Mittelstreckensysteme langer Reichweite und maximaler Präzision, Miniaturisierung der Gefechtsfeldwaffen, Verbesserung der Kommandostruktur, Zivil- und Luftverteidigung, Raketenabwehr.

Unabhängig davon, ob diese Langzeitprogramme politisch und ökonomisch zu verwirklichen sein werden (bei der MX mußten bereits Einschränkungen gemacht werden, die die „Unverwundbarkeit" in Frage stellen), bleiben als politisch ausschlaggebende Faktoren festzuhalten:

b) Die „war-fighter"-Gruppe favorisiert noch immer die Vorstellung, über technologische Durchbrüche erneut in den Besitz einer „winning weapon" zu kommen. Ohne Rücksicht auf soziale, politische und ökonomische Bedingungsfaktoren der Kriegsführung erscheint allein die „technische Machbarkeit" als das entscheidende Kriterium der glaubhaften Androhung von Krieg und der siegreichen Führbarkeit.

c) Diese technologisch-kybernetischen Modelle militärischer Konflikte teilen die Prämissen der oben dargelegten Politik kosteneffektiver Risikomaximierung: Die Sowjetunion erscheint, erhöhe man Einsatz und Risiko, prinzipiell erpreßbar. Sie könne einer konzentrierten westlichen Technologiemobilisierung nicht standhalten, und die durch Präzisionswaffen mögliche Zerstörung ihrer politischen Kommandozentralen eröffne die Aussicht auf staatliche Desintegration unmittelbar nach Kriegsbeginn[41].

Das heißt: Die mit dem neuerlichen amerikanischen Rüstungsschub sich notwendig verändernden Sicherheitsbedürfnisse und Bedrohungswahrnehmungen auf seiten der UdSSR werden an keiner Stelle reflektiert. Wohl auch deshalb nicht, weil neben militärischen auch politische Gründe für die angeblich unverzichtbare Entwicklung und Stationierung neuer Waffensysteme herangezogen werden: selbst eine geringfügige nukleare Überlegenheit (was immer man sich darunter vorstellen mag) erhöhe den Kampfwert konventioneller Interventionsstreitkräfte, vergrößere dadurch den politischen Handlungsspielraum gerade in Krisenzeiten und sei darüberhinaus wesentlich für die politische Festigung des westlichen Bündnisses.

d) Zu dieser „Politik der Stärke" gehört es traditionell, die gültige Militärdoktrin (in diesem Fall die „flexible Erwiderung") in der Öffentlichkeit unter

40) Angabe nach „Militärpolitik Dokumentation", Heft 22, a.a.O., S. 82.
41) Dieser Gedanke wird ausführlich entwickelt in Gray/Payne, Victory . . ., a.a.O., und findet sich auch bei Nitze, Strategy . . ., a.a.O., S. 92.

dem Aspekt der Kriegsführung und nicht der Konflikteindämmung zu rekapitulieren. Reagans Äußerungen zum „begrenzten Krieg" und Haigs Visionen „atomarer Warnschüsse" sind daher keine „neue" Doktrin, sondern signalisieren die Erhöhung des politisch-militärischen Einsatzes auf der Basis der gültigen Doktrin[42]). Aus dieser Perspektive gibt es in der Tat Wichtigeres als Frieden und Wichtigeres als Verteidigung des eigenen Landes/Bündnissystems: nämlich den Sieg über einen Feind, dessen Gesellschaftssystem als Preis des Sieges liquidiert wird.

Der *Ersteinsatz* nuklearer Waffen auf *allen* möglichen Eskalationsebenen ist für die „war-fighters" daher keine mögliche Folge des Konfliktverlaufs, sondern Voraussetzung zur ihrer Meinung nach rationalen und effektiven Steuerung des Krieges[43]).

Eine politische Wertung dieser militärstrategischen Leitlinien läßt sich auf den folgenden Nenner bringen: Krieg wird auch im Atomzeitalter wie zu Clausewitz' Zeiten verstanden als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und als Risiko der eigenen Politik bewußt kalkuliert. Eine auf kriegsträchtige Risiken und militärische Superiorität gestützte „Wiederherstellung der Weltordnung" geht bis an die Grenze des Krieges – und versteht sich konsequenterweise selbst als Politik „short of war" (wie der aus den Dokumenten des Kalten Krieges geläufige Audruck lautet). In dieser grundsätzlichen Orientierung liegt die Hauptgefahr gegenwärtiger amerikanischer Außenpolitik; wichtig ist nicht, ob es „Pläne" für einen (begrenzten) Krieg gibt, sondern daß eine solche Möglichkeit im Zentrum der politischen Risikoerwartung und -kalkulation steht und man zugleich davon ausgeht, diese Risiken nicht nur in „Friedenszeiten" zu eigenen Bedingungen managen zu können, sondern der Konflikteskalation auch im Kriegsfall Herr zu sein. Die eigentliche Gefahr sind also sich allmählich zuspitzende lokale oder regionale Krisen, die – wie alle historische Erfahrung zeigt – durch ständig erhöhte „Einsätze" der sicheren Katastrophe zutreiben.

3. *Entwicklungspolitik als „militärische Sicherheitspolitik"*

> *„Die rein militärischen Schwierigkeiten bei einer Besetzung der Ölfelder sind in lächerlichem Ausmaß übertrieben worden."*[44])
>
> *„Verteidigungsminister Weinberger und ich betrachten die amerikanischen Verteidigungsausgaben in Kombination mit Waffenlieferungen und Sicherheitshilfe als ein integriertes strategisches Programm, um . . . unsere Interessen in aller Welt zu verteidigen." (Alexander Haig)*[45]) *„Die ganze Welt ist in der Tat Sache der NATO." (Alexander Haig)*[46])

42) Zur NATO-Doktrin und Nuklearstrategie vgl. K.-Peter Stratmann, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981.

43) Vgl. Sigal, Rethinking . . ., a.a.O., S. 37, über die „war-fighters": „. . . in war there is no substitute for victory."

44) Walter Laqueur, Containment for the 80's, in: „Commentary", October 1980, S. 39.

45) Alexander Haig vor dem Militärausschuß des Senats am 30. 7. 1981, in: AD, Nr. 33 v. 5. 8. 1981, S. 9.

46) Alexander Haig, s. Anm. 35.

Die Reagan-Regierung beurteilt die Länder der Dritten Welt nur nach militärstrategischen Gesichtspunkten. Sie hat keinen Begriff eines eigenständigen nationalen Entwicklungsinteresses dieser Länder. Im neokonservativen Jargon heißt das: Die Erfahrung etlicher Jahrzehnte habe gezeigt, „daß die politischen Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt heute besser wären, hätte es wenig oder gar keine Entwicklungshilfe gegeben, wären die Handelsbeziehungen und Kontakte im allgemeinen auf einem Minimum gehalten worden. . . . viele Länder . . . können gefahrlos links liegen gelassen werden, um in ihrem eigenen Saft zu schmoren. Dies trifft aus offensichtlichen geopolitischen Gründen wahrscheinlich nicht auf Zentralamerika zu. Auch nicht auf den Mittleren Osten"[47]). Auch nur der Versuch eines politischen Arrangements mit der linken Opposition in den Entwicklungsländern sei Verrat an den nationalen Interessen der USA – so urteilt etwa Jeane Kirkpatrick, Reagans UNO-Botschafterin, in ihrer Generalabrechnung mit Carters Lateinamerika-Politik[48]).

Auf dieser Linie lag denn auch die bisherige Politik: Einfrieren und/oder Kürzung der amerikanischen Beiträge für langfristige Entwicklungsprojekte der Weltbank, des IWF etc. und stattdessen bilaterale, an politisches Wohlverhalten geknüpfte Unterstützungsleistungen; „Entwicklungshilfe" hauptsächlich über private Kapitalinvestitionen; politische „Stabilisierung" der Empfängerländer durch exzessive Militärhilfe und Waffenverkäufe – Maßnahmen, die offiziell als die wichtigsten politischen Instrumente hochgelobt werden; demonstrative Bündnispolitik mit Aufrüstung sog. „autoritärer Regimes" (Militärdiktaturen faschistischen Typs) zur Unterstützung ihres Kampfes gegen „totalitäre Diktaturen".

In wichtigen Punkten mag sich diese Politik nur in der Rhetorik, in der Praxis hingegen nicht oder wenig von vorherigen US-Regierungen unterscheiden. Wesentlich ist m. E. etwas anderes – nämlich die Rückkehr zu einer *Vor-Vietnam-Konzeption:* die zentrale Erfahrung des Vietnamkrieges sei nicht, daß man diesen Krieg nicht hätte führen sollen, sondern daß man ihn mit dem falschen Konzept, unzureichenden Mitteln und mangelnder Eskalationsbereitschaft geführt habe. Man dürfe eben „nie eine militärische Operation . . . unternehmen ohne den Willen und die Mittel (einschließlich der innenpolitischen Unterstützung) zum Sieg"[49]). Da es kein „zweites Iran" geben dürfe, müsse möglicherweise ein „zweites Vietnam" riskiert werden. Somit verengt sich die Wahrnehmung der Dritten Welt auf die Perspektive eines militärischen Roll-back des Sozialismus und eines Rohstoffkrieges[50]).

47) Laqueur, Containment . . ., a.a.O., S. 40.
48) Jeane Kirkpatrick, U.S. Security and Latin America, in: „Commentary", January 1981, S. 29ff.
49) Podhoretz, Future Danger . . ., a.a.O., S. 42.
50) Zu einer umfassenden Darstellung der Reaganschen Optionen in der Entwicklungspolitik vgl. 97th Congress, 1st Session: Committee Print, Soviet Policy and United States Response in the Third World. Report prepared for the Committee on Foreign Affairs U.S. House of Representatives, March 1981. U.S. Government Printing Office, Washington, D.C.

In der Praxis ergeben sich daraus zwei Probleme: Erstens müssen regionale Schwerpunkte gesetzt werden. Unumstritten ist, daß *Südwestasien* das zentrale Demonstrationsobjekt amerikanischer Weltmacht sein soll – die Frage der Ölversorgung erscheint weniger als ökonomisches Problem denn als Kampffeld zur Wiederherstellung der politischen und militärischen Hegemonie der USA. Der Großteil der „Sicherheitshilfe" fließt konsequenterweise in den Nahen Osten – die wichtigsten Empfängerländer des für 1982 beantragten Wirtschaftshilfefonds sind Israel (785 Mio. Dollar), Ägypten (750 Mio.), Türkei (300 Mio.) und Pakistan (100 Mio.)[51]). Offenbar noch unentschieden ist, ob man, dem Rat der extremen Rechten folgend[52]), das Risiko einer parallelen Eskalation in Zentralamerika bzw. Afrika eingehen solle. Wahrscheinlich ist hier in nächster Zeit noch „Zurückhaltung" zu erwarten, da die erforderlichen Kapazitäten für solche Unternehmen noch nicht vorhanden sind und die politischen Kräfteverhältnisse einer unterschiedslosen Fronteröffnung zuwiderlaufen. Freilich bedeutet dies noch lange nicht, daß El Salvador und Nicaragua nicht durch „Stellvertreter" wie Chile, Argentinien und Honduras ausgeblutet werden können oder daß man gegenüber Kuba auf die Schaffung ständig neuer Unruheherde (z.B. durch bakteriologische Kriegsführung) verzichtet.

Damit ist auch das zweite Problem angesprochen: Wie kann man einen ausreichenden militärischen Handlungsspielraum wiederherstellen und zugleich sicherstellen, daß die USA auch im Falle einer Konfliktausweitung auf andere Kernregionen (in erster Linie Westeuropa) das Gesetz des Handelns bestimmen? Für Südwestasien ist das Szenario vorgegeben. Im Jahresbericht des Vereinigten Generalstabes heißt es dazu: „Die Vereinigten Staaten müssen darauf vorbereitet sein, sich einer wahrscheinlichen Konfrontation mit der UdSSR in der Region während der 80er Jahre zu stellen. Die Optionen für den Einsatz der US-Streitkräfte reichen von einer ständigen Präsenz der Marine bis hin zu Vorbereitungen auf einen größeren Konflikt mit sowjetischen Streitkräften."[53]) Ob sich diese Konfrontation aus Beistandsverpflichtungen oder der simplen Tatsache ergibt, daß die USA mit militärischem Großeinsatz an der Südgrenze der UdSSR operieren, ist zunächst nebensächlich – auf alle Fälle müßten die Sowjets von einem Eingreifen abgeschreckt werden, indem man sie – in den Worten von General Jones – „ständig mit der sicheren Aussicht konfrontiert", „daß ein militärischer Übergriff gegen amerikanische oder alliierte Interessen einen Konflikt heraufbeschwört, dessen geographische Ausdehnung, dessen Ausmaß und Grad der Gewaltanwendung über das hinausgeht, was sie zu riskieren bereit sind"[54]).

Das gegen die „Schwachstellen" der UdSSR glaubhaft einsetzbare Drohpotential scheint endlich gefunden: die als „Nachrüstung" verkauften eurostra-

51) Nach „Frankfurter Rundschau" v. 24. 10. 1981.
52) Beispielhaft die Position der extremen Rechten vertritt etwa Podhoretz im erwähnten Aufsatz „Future Danger".
53) U.S. Military Posture for FY 82, hier zit. n. WB . . ., Nr. 26 v. 6. 2. 1981, S. 25; Hervorh. v. Verf.
54) Ebd., S. 13.

tegischen Präzisionswaffen Pershing und Cruise Missile passen genau in dieses Szenario. Wilhelm Bittorf faßt den Wert dieser erstschlagsfähigen Systeme prägnant zusammen: „Im Kreml-Bunker pulverisiert zu werden ohne die Chance einer Gegenreaktion: diese Furcht soll die Sowjet-Führer in letzter Instanz zu weltweitem Wohlverhalten zwingen."[55]) Insofern dienen diese Waffen in der Tat der „Abschreckung" – nämlich dazu, einen immer stärker bedrohten Gegner von der Reaktion auf militärische Grenzüberschreitungen der USA „abzuschrecken". Genau darauf zielte Eugene Rostow mit der Bemerkung, es gehe künftig um die „durch die *Abschreckung* gestützte . . . *Wiederherstellung der Weltordnung*"[56]).

Durch die Androhung selektiv-chirurgischer Schläge gegen die politischen, militärischen und administrativen Nervenzentren der UdSSR, durch nuklearen Flankenschutz also, glaubt man sich freie Hand bei Rohstoffkriegen zu schaffen – zugleich in der makabren Spekulation darauf, einen möglicherweise dennoch daraus resultierenden Atomkrieg gegen die UdSSR mit „begrenzten Mitteln" auf eine Region (eben Europa) und zu „kalkulierbarem Schaden" begrenzt zu halten.

Daß die Reagan-Regierung von dem durch nichts zu beweisenden Dogma ausgeht, in Krisenzeiten die Nerven zu behalten und ohne Rückgriff auf Krieg, d.h. durch diplomatisch-politisches Ausspielen des Drohpotentials, zum gewünschten Ergebnis zu kommen, ändert erstens nichts am abenteuerlichen Charakter dieser Planung und zweitens nichts daran, daß die Option des begrenzten Rohstoff- und Atomkrieges integral zu diesem Konfliktszenario gehört. Deshalb braucht morgen noch kein Weltkrieg auszubrechen, aber die ernstzunehmende Drohung steht, im *Krisenfall* – wie es Earl Ravenal formuliert – wegen Südwestasien die Welt in Brand zu setzen[57]).

Nicht zuletzt aus der möglichen Perspektive eines „Euroshima" folgert, daß die Achillesferse dieser Politik die Beziehungen zu den Verbündeten sein werden.

4. *Bündnispolitik – Erpressung als Prinzip?*

> *„Amerikas Hauptproblem in Europa sind paradoxerweise nicht die Sowjets, die mehr oder weniger berechenbar sind, sondern seine Verbündeten, die dies nicht sind."*[58])
>
> *„Solange nicht in allen kritischen Regionen der Welt Stabilität erreicht ist, kann kein Gebiet und kein Land damit rechnen, eine privilegierte Freistatt zu sein, die gegen die epidemische Gewalt immun wäre, die an so vielen Orten tobt." (Eugene Rostow)*[59])

55) Bittorf, „Euroshima . . .", a.a.O., S. 111.
56) Eugene Rostow vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats am 22. 6. 1981, in: AD, Nr. 28 v. 1. 7. 1981, S. 4; Hervorh. v. Verf.
57) Earl C. Ravenal, Doing Nothing, in: „Foreign Policy", No. 39, Summer 1980, S. 28–39.
58) Laqueur, Containment . . ., a.a.O., S. 36.
59) Rostow, Rede vor der Deutschen Gesellschaft f. Ausw. Politik, a.a.O., S. 3; Hervorh. v. Verf.

Die USA sollten sich „entschließen, in unseren Rüstungsprogrammen fortzufahren, gleich ob die Nachrichten vom Verhandlungstisch günstig oder ungünstig sind." (Eugene Rostow)[60]

In der praktischen Politik wie der wissenschaftlichen Politikberatung sind die Inhalte und Strukturen künftiger Bündnisbeziehungen seit Jahren heftig umstritten[61]). Daher kann zunächst die Feststellung nicht überraschen, daß die Reagan-Regierung darin auch das hauptsächliche Problem bei der Verfolgung ihrer globalen Ziele sieht.

Die erklärte Absicht ist die Wiederherstellung *hegemonialer* amerikanischer Führung innerhalb des Bündnisses. Zu diesem Zweck erscheinen die unter Carter (zumindest konzeptionell) favorisierten Konzepte formal gleichberechtigter Politikplanung, -koordination und -realisierung zwischen den USA, Westeuropa und Japan (Trilateralismus) untauglich. Die Aufgabe sei nicht die kompromißhafte Annäherung verschiedener Standpunkte und damit die Festschreibung eines erweiterten politischen Handlungsspielraums der Verbündeten, sondern westliche Einheit auf Grundlage einer in den Kernpunkten von den USA vorab formulierten Strategie. Auf Dauer untragbar seien die divergierenden entspannungspolitischen Vorstellungen (gerade die BRD und Frankreich müßten hier Korrekturen vornehmen[62])) sowie die westeuropäische „Vernachlässigung" des „Sicherheitsaspekts" in den Beziehungen zur Dritten Welt[63]): man könne sich nicht einerseits auf amerikanische Sicherheitsgarantien für das eigene Land verlassen und andererseits die (militärische) Sicherung des kapitalistischen Weltsystems vernachlässigen; auch sollten die Westeuropäer nicht länger die gegen die USA gerichtete Konkurrenz um Rohstoffe und Märkte über die „Abwehr des Kommunismus" stellen. Daher – so Weinberger – sei es „unverzichtbar, daß wir eine effektivere ‚Arbeitsteilung' entwickeln, auf deren Basis unsere NATO-Verbündeten und Japan gebeten werden, sich uns anzuschließen, um mehr zur gemeinsamen Verteidigung beizutragen"[64]).

Alle bündnispolitischen Grundsatzerklärungen der Reagan-Regierung wiederholen dieses Grundmuster: Da die nationalen Interessen der USA identisch seien mit dem Kollektivinteresse der „freien Welt", könne es zu dem von den USA vorgeschlagenen Kurs der Krisenpolitik keine Alternative geben[65]).

Dabei wird natürlich nicht übersehen, daß eine funktionierende Arbeitsteilung zu amerikanischen Bedingungen kurzfristig nicht herzustellen ist. Zu-

60) Rostow vor dem Außenpolitischen Ausschuß, a.a.O., S. 7.

61) Vgl. jüngst: Karl Kaiser/Winston Lord/Thierry de Montbrial/David Watt, Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1981; U. Alexis Johnson/George R. Packard, Die gemeinschaftlichen Sicherheitsinteressen Japans, der USA und der NATO, in: „NATO-Brief", 1 und 2/1981, S. 10ff., 14ff.

62) Vgl. Nitze, Strategy . . ., a.a.O., S. 87f., 98.

63) Vgl. Committee Print, Soviet Policy and U.S.response, a.a.O., S. 11ff.

64) Caspar Weinberger vor dem Senate Armed Services Committee, in: WB, Nr. 44 v. 5. 3. 1981, S. 23; Hervorh. v. Verf.

65) Vgl. Nitze, Strategy . . ., a.a.O., S. 97, 101; die in den letzten Monaten in verschiedenen westeuropäischen Hauptstädten gehaltenen Reden von Vertretern des US-Außen- und Verteidigungsministeriums (z. B. Carlucci, Clark und Eagleburger) wiederholen an auffällig exponierter Stelle diese Argumentation.

gleich aber bedürfe es eines Sofortprogramms, um die gröbsten Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Dieses Sofortprogramm konkretisiert die allgemeine Forderung nach einer engeren Verzahnung von Politik und Militär: der politische Zusammenhalt der NATO sei nicht mehr gewährleistet ohne eine gemeinsame militärische Kontrolle der Rohstoffquellen in Südwestasien und ohne die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa. Offensichtlich wollen die USA den letzten noch verbliebenen Bereich hegemonialer Macht innerhalb des Bündnisses, ihre militärische Stärke, funktionalisieren, um die politische Hegemonie wiederherzustellen. Rohstoffe und Raketen sind die Hebel dieser Politik.

Im Zentrum der amerikanischen Diskussion stehen folgende Bedingungen: Wichtigstes Mittel zur Sicherung der Rohstoffzufuhr sei die Fähigkeit zu und die Drohung mit militärischer Intervention; allein die USA sind imstande, die dafür notwendigen Mittel zu mobilisieren, und ihnen obliegt daher auch die politische Entscheidung über die Verwendung des Militärs; gleichwohl muß insbesondere Westeuropa politisch und militärisch an den Risiken dieser Politik „beteiligt" werden: entweder durch erhöhte Aufwendungen an der NATO-Zentralfront in Europa, um den USA den Rücken für Operationen im Nahen und Mittleren Osten freizuhalten, oder aber durch direkte Beteiligung an der Interventionsstreitmacht. In erster Linie aber muß Westeuropa bereit sein, politisch und militärisch die Risiken und Kosten einer durch Rohstoffkriege jederzeit möglichen und kalkulierten Konfrontation mit der UdSSR mitzutragen, d. h.: Westeuropa soll bereit sein, das mit Rohstoffkriegen unmittelbar verbundene Atomrisiko zu teilen, und zwar mit dem höchstmöglichen und nach außen demonstrativ zur Schau gestellten politischen Einsatz, nämlich der Landstationierung[66]) der Mittelstreckensysteme.

Damit wären die Erfolgsaussichten der „Risikopolitik" in amerikanischer Sicht wesentlich verbessert. Eine auf diese Weise neuerlich in die Zange genommene UdSSR könne – so die Spekulation – dem Druck westlicher, kollektiv vorgetragener „Stärke" und „Entschlossenheit" auf Dauer nicht standhalten. In jedem Fall könne sie in Krisensituationen dadurch „abgeschreckt" werden – damit der Westen in Ruhe die „Weltordnung wiederherstellen" kann. Auf diese Weise könnte der in den 70er Jahren beobachtbare „Emanzipationsprozeß" der Verbündeten aufgehalten oder rückgängig gemacht werden, ohne daß die Verbündeten auf die politischen Gratifikationen eines durch „Krisen- und Risikopolitik" erweiterten gesamtwestlichen Handlungsspielraums verzichten müßten.

Die mit dieser Orientierung verbundenen Probleme liegen auf der Hand: Westeuropa wäre die Geisel amerikanischer Drohpolitik, seine Überlebenschancen wären bei einem Versagen des Krisenmanagements gleich Null. Allzu offensichtlich ist die „Rohstoffsicherung" nicht Zweck amerikanischer Politik, sondern nur Mittel bei der verzweifelten Anstrengung, um jeden Preis

66) Eine Seestationierung würde zwar den gleichen Zweck „selektiver Schläge" ermöglichen, aber den politischen Demonstrationseffekt einbüßen.

Weltmacht „Nr. 1" zu bleiben. Gezielte Eskalationsversuche in Südwestasien könnten daher von Anfang an auf westeuropäischen und japanischen Widerstand stoßen (die amerikanischen Differenzen mit Frankreich und England in der Indochina-Politik der 50er Jahre sind hier aufschlußreich). Auch ist nur schwer einzusehen, wieso die vielbeklagten politischen „Alleingänge" der Verbündeten auf Dauer ausgerechnet durch amerikanische Maximalpositionen verhindert werden sollen – zumal die USA definitiv auf die Bündnispartner angewiesen sind: Ohne deren gesellschaftliche Potenzen muß die vorgeschlagene Politik bereits im Ansatz kläglich scheitern.

Abseits aller Spekulationen über den möglichen Ausgang dieser Gratwanderung zwischen notwendigen bündnispolitischen Rücksichtnahmen einerseits und dem Festhalten an Maximalpositionen andererseits bleibt für das erste Jahr Reagan zu konstatieren: Die USA haben in dieser Zeit klar zu erkennen gegeben, daß erpreßt werden soll, was durch gemeinschaftliche Verständigung nicht erreicht werden kann. Viele Beispiele bieten sich an – Hochzinspolitik, multilaterale Entwicklungshilfe, Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, Lateinamerika-Initiativen etc. –, keines ist freilich in dieser Hinsicht so aufschlußreich wie die Debatte über den NATO-Raketenbeschluß: der sog. „Verhandlungsteil" des „Doppelbeschlusses" spielte für die USA von Anfang an keine Rolle[67]). Dennoch erschienen Verhandlungen über diese Frage unumgänglich – in erster Linie aus innenpolitischer Rücksichtnahme auf Westeuropa. Die sog. „Nullösung" schien Reagan das geeignetste Instrument: propagandistisch effektiv, baut der Vorschlag in der Sache darauf, „daß Moskau ihn nicht annehmen kann"[68]). (Mit dieser Taktik setzte sich bezeichnenderweise das Pentagon gegen mehr auf taktische Flexibilität orientierende Vorschläge aus dem Außenministerium durch[69]).)

Auf die Frage des „Spiegel": „Ist die Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik sowie der Cruise Missiles . . . überhaupt verhandelbar?" antwortete der „Abrüstungsbeauftragte" Eugene Rostow mit verblüffender Offenheit: „Nein. Dies ist eine Verpflichtung, eine Entscheidung, die von der NATO getroffen wurde. Es wäre das Ende von allem, wenn die NATO Entscheidungen fällt und dann entdeckt, daß die Sowjetunion ein Veto dagegen besitzt."[70]) Der zweite Teil der Antwort ist besonders aufschlußreich. Neben den militärstrategischen Aspekten darf und kann es nach amerikanischer Lesart aus politischen Gründen keine Zurücknahme der Stationierungsentscheidung geben – eine Wiederholung des „Neutronenbombendebakels" unter Carter würde die *Bündnisfrage* stellen.

Indem die Pershing-Debatte zur bündnispolitischen Grundsatzentscheidung hochgespielt wird, die politischen Kosten eines westeuropäischen Ausstiegs also maximalisiert werden, greifen die USA auf ihre letzten Trümpfe politi-

67) Vgl. Bernd Greiner, NATO-Aufrüstung: US-Doppelspiel mit Tradition, in: „Blätter", 7/1981, S. 774–777.
68) FAZ v. 19. 11. 1981.
69) Nach „Die Zeit" v. 6. 11. 1981, S. 3.
70) „Spiegel"-Gespräch mit Eugene Rostow, in: „Der Spiegel", 30/1981, S. 87. Dutzende anderer Äußerungen aus der US-Regierung gehen in die gleiche Richtung.

scher Disziplinierung und Erpressung zurück – im Hoffen darauf, daß die wichtigsten NATO-Partner und allen voran die BRD eher bereit sind, das Atomrisiko zu teilen als irreparablen Schaden an einem Bündnis hinzunehmen, das zur staatlichen „raison d'être" dieser Länder gehört.

Es ist hier nicht der Ort, die damit verknüpften Fragen zu erörtern – wichtig ist in unserem Zusammenhang vielmehr zweierlei: Erstens bleibt – obwohl die Bundesregierung mit ihrer Immunisierungsstrategie der amerikanischen Position in allen wichtigen Punkten bisher nachgegeben hat[71]) – diese Form einer in Konfliktsituationen erpresserisch werdenden Bündnispolitik die entscheidende Schwachstelle amerikanischer Politik. Zweitens wird mit dem Kampf gegen Pershing II und Cruise Missiles (gleichgültig ob land- oder seegestützt) nicht nur über die Stationierung von Erstschlagssystemen und damit über militärisch extrem destabilisierende Kräfteverschiebungen entschieden, sondern auch und gerade über ein Kernstück amerikanischer Maximalpolitik unter Reagan. Nur wenn diese konzeptionell und praktisch scheitert, wird sich auch ein politischer Weg finden lassen, um die auf breiter Ebene sich vollziehende waffentechnologische Entwicklung verschiedenster Erstschlagskapazitäten (also zielgenauer Waffen zur Zerstörung gehärteter Punktziele) aufzuhalten.

Insofern haben die Reagan-Minister in der Tat allen Grund, die westeuropäische Friedensbewegung zu verteufeln – und insofern braucht die Friedensbewegung auch einen langen Atem, um zu verhindern, daß die Strukturen internationaler Beziehungen noch konflikt- und eskalationsträchtiger werden, als sie es ohnehin schon sind. Im Schatten von Nuklearwaffen bleibt keine Zeit, darauf zu warten, bis sich die „Logik der Macht" im Illusionismus der Eskalationskontrolle auflöst.

China in den 80er Jahren

Von Jean-Pierre Rouleux

Scharfe Auseinandersetzungen entgegengesetzter Gruppierungen in der chinesischen Führung; ein tiefer Riß innerhalb der KP Chinas, der dadurch hervorgerufen wurde, daß die eine Hälfte der Parteimitgliedschaft aus Personen besteht, die sich in der Periode der „Kulturrevolution" ausgezeichnet ha-

71) Bei dieser Argumentation wird davon ausgegangen, daß Westeuropa weder den Anstoß gegeben hat zum NATO-Raketenbeschluß noch in der Special Consultative Group der NATO in ernstzunehmender Weise auf die US-Position hat einwirken können – was im einzelnen freilich an dieser Stelle nicht nachgewiesen werden kann.

ben, während die andere Hälfte aus Personen besteht, die in unterschiedlichem Grad durch diese politische Kampagne gelitten haben; ökonomische Mißerfolge, bedingt durch das Fehlen einer einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Konzeption; die Apathie der Bevölkerung nach den ständigen politischen Massenkampagnen der letzten Jahrzehnte und ihr Vertrauensschwund gegenüber der Staatsführung; der wachsende Unglaube der Parteibasis an die „avantgardistische Rolle" der Partei; der außenpolitische Kurswechsel unter Deng Xiaoping – dies alles bildet das Erbe, mit dem China in die 80er Jahre eingetreten ist.

Unter den Bedingungen einer angespannten Weltlage zu Beginn dieses Jahrzehnts und der zu erwartenden Ost-West-Konfrontation gewinnt die Frage nach der Entwicklung Chinas als eines wesentlichen Faktors der Weltpolitik an Bedeutung.

I. Die Lage in der KP Chinas und der Ausgang des Machtkampfes – Antwort auf die Fragen der Zukunft?

Im Verlauf der ersten Hälfte der 80er Jahre wird in der Pekinger Führungsspitze ein Generationswechsel unvermeidlich. Die Lösung dieser Frage hängt eng mit den Ergebnissen des XII. und XIII. Parteitages der KP Chinas und der Zusammensetzung des Zentralkomitees der Partei und des Politbüros zusammen, die auf diesen Parteitagen gewählt werden. Das Statut der chinesischen KP sieht hierzu vor, daß ein Parteitag „einmal in fünf Jahren" einzuberufen ist. Der XII. Parteitag, der eigentlich schon 1981 abgehalten werden sollte, ist auf 1982 verschoben, und entsprechend dieser neuen Planung wird der XIII. KP-Parteitag voraussichtlich erst 1987 stattfinden. Die entstandene Verzögerung (übrigens nicht die einzige in der Geschichte der KP Chinas: der IX. Parteitag tagte zum Beispiel 1969 mit über fünfjähriger Verspätung) ist darauf zurückzuführen, daß sich die Fraktionen in der Pekinger Führungsspitze in personellen Fragen und über die wirtschaftspolitische Konzeption zutiefst uneinig sind.

Die Gruppierung um Deng Xiaoping, die heute in der Politik Pekings den Ton angibt, unternimmt seit dem Tod Maos und Zhou Enlais im Jahre 1976 den bislang erfolgreichen Versuch, mit Blick auf den XII. Parteitag die Frage der Besetzung entscheidender Machtpositionen in ihrem Sinne zu lösen. Parteigänger Dengs sitzen bereits jetzt in führenden Partei- und Staatsämtern. So neben Deng selbst, der als Vizeparteichef und seit Juni 1981 auch als Vorsitzender der Militärkommission des Zentralkomitees fungiert, Hu Yaobang als Vorsitzender der KP, Zhao Ziyang als Premier des Staatsrates, Chen Yun als 1. Sekretär der Disziplinkontrollkommission des ZK, Geng Biao als Verteidigungsminister u. a.

Bei ihrem Bemühen, sich weiter erfolgreich durchzusetzen und bereits jetzt die Weichen für die Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees und des Politbüros zu stellen, sieht sich die Deng-Fraktion zwei komplizierten Herausforderungen gegenüber:

Erstens muß sie die Hälfte der Parteibasis von der Beteiligung an der Lösung dieser Frage fernhalten, diejenigen nämlich, die in die KP Chinas in den Jahren der „Kulturrevolution" eingetreten sind (d.h. ungefähr 19 Mio. Menschen). Aber gerade dieser Teil der KP-Mitglieder ist verhältnismäßig jung und besonders aktiv. Was *zweitens* die andere Hälfte der Parteimitglieder und deren führende Exponenten betrifft, die der KP schon vor der „Kulturrevolution" angehörten, so muß Deng, will er seine Ziele erreichen, diejenigen unter ihnen isolieren oder ihren Einfluß maximal reduzieren, die von den Rotgardisten nicht oder kaum angegriffen wurden und die heute in vielem die Ansichten Deng Xiaopings nicht teilen (d.h. die sogenannten „Zentristen" mit Ye Jianying und Li Xiannian an der Spitze).

Hiervon ausgehend hat Deng Xiaoping in Vorbereitung der Wahl der Delegierten und der Entschließungen des XII. KP-Kongresses schon vor fast zwei Jahren, in einer Rede vom 16. Januar 1980, den Gedanken der Notwendigkeit einer „Säuberung" der Partei ins Spiel gebracht. Im Zuge dieser „Parteireinigung" sollen 30 bis 40% der Aktivisten der „Kulturrevolution" und jene Veteranen, die nicht auf dem Boden der Postulate Dengs stehen, aus der Partei entfernt werden. Die (französische) Tageszeitung „Liberation" nennt in diesem Zusammenhang die Zahl von 18 bis 36 Millionen betroffener chinesischer Kommunisten.

Daß es Deng Xiaoping mit seinen Absichten ernst ist, sollte der Ende 1980 in Peking gegen die „Viererbande" der maoistischen Linken um die Mao-Witwe Jiang Qing und gegen sechs Angehörige der „Lin-Biao-Clique" arrangierte Gerichtsprozeß deutlich machen. Gegen Jiang Qing und ihren engen Vertrauten Zhang Chunqiao wurde die Todesstrafe verhängt, deren Vollzug jedoch auf zwei Jahre ausgesetzt wurde.

Damit hatte Deng Xiaoping im Vorfeld des XII. Parteitages die angekündigte „Säuberung" praktisch schon anrollen lassen. Weitere Prozesse, so der gegen den ebenfalls 1976 verhafteten Mao-Neffen Mao Yuanxin, sind trotz vorsichtiger Dementis aus Peking zu Beginn des Jahres 1981 nicht ausgeschlossen, insbesondere seit Hua Guofeng, Vorsitzender der KP Chinas seit 1976 und stärkster Widersacher Dengs, auf dem 6. ZK-Plenum Ende Juni 1981 des höchsten Parteipostens enthoben und kaltgestellt wurde.

Mit massenwirksamen Polittribunalen und der Säuberungswelle gedenkt die Gruppierung um Deng Xiaoping ihre Gegner in der Partei einzuschüchtern, ihre Aktivitäten zu paralysieren und zum anderen größere eigene Manövrierfähigkeit für die Zeit vor und während des Parteitages zu gewinnen. Auf diesem Wege könnte Deng für sich vorteilhafte Ergebnisse auf dem XII. Parteitag, vor allem in Kaderfragen, vorprogrammieren.

In den fünf Jahren seit dem Tode Maos gelang es der Gruppierung um Deng Xiaoping, die „Emporkömmlinge der Kulturrevolution" aus der Führung des Staatsrates zu eliminieren und sie fast vollständig aus dem Politbüro des ZK der KP Chinas zu verdrängen. (So schon auf der 5. ZK-Tagung des 11. ZK im Februar 1980 die Mitglieder der sogenannten „Kleinen Viererbande", Wang

Dongxing, Ji Dengkui, Wu De und Chen Xilian.) Darüber hinaus wurde der Einfluß der erwähnten „Zentristen" in der chinesischen Führung eingeschränkt. Auf der bereits genannten 6. Tagung des ZK wurden Ye Jianying und Li Xiannian an die zweite bzw. fünfte Stelle in der Hierarchie des sieben Mitglieder zählenden Ständigen Komitees des Politbüros, des höchsten Entscheidungsgremiums der Partei, vorgeschoben. Für Hua Guofeng blieb nur der „unbedeutende" siebente Rang. Das Plenum des ZK stellt ein bedeutendes, aber eben nur vorläufiges Etappenziel bei der 1980 begonnenen Formierung der neuen chinesischen Führungsspitze mit Deng Xiaoping, Hu Yaobang, dem ehemaligen Generalsekretär des ZK und jetzigen Vorsitzenden der KP Chinas, sowie Zhao Ziyang, dem seit September 1980 amtierenden Premierminister des Staatsrates, dar.

Die Welt ist nunmehr Zeuge, wie Deng und seine Anhänger unter den Parteiveteranen alles tun, um bis zu ihrem altersbedingten Abtritt von der politischen Bühne die von ihnen geschaffene neue Führungshierarchie nicht nur in der Zentrale zuverlässig zu festigen, sondern auch auf der mittleren und der lokalen Ebene durch die Einsetzung verhältnismäßig junger Kader zu stärken.

Aber selbst wenn es Deng Xiaoping in bestimmtem Maße auf dem XII. Parteitag der KP Chinas gelingen sollte, seine Kaderpolitik durchzusetzen, werden die allgemein gespannte Lage in der Partei, die Widersprüche und Gegensätze zwischen den einzelnen Fraktionen und deren Repräsentanten in der Pekinger Spitze diesen „Sieg" Dengs wieder in Frage stellen. Hinzu kommt, daß aufgrund des hohen Alters von Deng (78) und vieler anderer Veteranen in der Führung schon in drei bis fünf Jahren nach ihrem politischen Abgang neue Leute maßgeblichen Einfluß auf die Politik Chinas ausüben werden. Da sie weder über die Erfahrungen noch den traditionellen Rückhalt ihrer Vorgänger in der Partei oder in der Armee verfügen, werden sie gezwungen sein, mehr auf die Stimmungen und Forderungen in Partei und Volk zu hören. Einige von ihnen werden in dieser Hinsicht neue Wege gehen, andere werden die Linie ihrer Lehrer verfechten. Daraus ist zu folgern, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung auch auf dem XIII. Parteitag nicht geringer sein werden als gegenwärtig.

Da die von der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses (NVK) der VR China im Juni/Juli 1979 angekündigte und zunächst auf drei Jahre bemessene „Regulierungsperiode" zur Stabilisierung der Wirtschaft jetzt bis zur Mitte der 80er Jahre verlängert wurde und noch dazu von der „Säuberung" der Partei begleitet sein soll, werden folglich die eigentlichen Hauptgegensätze über Wege und Methoden der weiteren Entwicklung Chinas, über die Strategie in der Innen- und Außenpolitik erst vor dem XIII. Parteitag der KP Chinas (also 1987) voll aufbrechen und dann in ihrer ganzen Tragweite auf dem Parteitag ausgetragen werden. In dieser Auseinandersetzung werden schließlich noch unbekannte oder bisher nur wenig in Erscheinung getretene Personen die entscheidende Rolle spielen.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß Deng Xiaoping, Hu Yaobang und Zhao Ziyang auch dann noch ihre führenden Positionen innehaben, so ist es doch außerordentlich fraglich, daß sie in allen wesentlichen Fragen einer Meinung sein werden. Schon heute, da sie noch ihrem Förderer Deng Xiaoping verpflichtet sind, lassen sich bei Hu Yaobang und Zhao Ziyang unterschiedliche Auffassungen vor allem in Grundfragen der Innenpolitik erkennen. Während Zhao Ziyang für die breite Einführung kapitalistischer Mechanismen in die Wirtschaft des Landes und die stärkere Nutzung der Marktregulierung, für die Inanspruchnahme der Hilfe seitens westlicher Industrieländer (der USA, der Bundesrepublik und Japans) zur Durchsetzung der „Vier Modernisierungen" in großem Maßstab eintritt, trägt sich Hu Yaobang vor allem mit der Sorge darüber, daß das Land auf diesem Wege seine „rote Farbe" verlieren könnte, und orientiert sich deshalb enger am Kurs des „Stützens auf die eigene Kraft". Die Frage, wie sich diese Meinungsverschiedenheiten bis zu jenem Zeitpunkt entwickeln werden, da die Phase der „Regulierung" zu Ende geht und konkrete Pläne aufgestellt werden müssen, was diese Pläne für das Ende der 80er Jahre vorsehen und wer für sie die Verantwortung zu tragen haben wird, ist vorläufig schwer zu beantworten.

Die Geschichte Chinas zeugt bis in die jüngste Vergangenheit davon, daß für dieses Land eine *einzelne* Führerpersönlichkeit charakteristisch ist. Offenbar laufen die Veränderungen in der Führung auf einen solchen Zustand hinaus. Die Zukunft aber muß zeigen, ob diese Rolle Hu Yaobang oder Zhao Ziyang zufallen wird oder ob nicht sogar Hua Guofeng seine alte Stellung wieder aufbauen kann, indem er sich der Unterstützung der während der „Kulturrevolution" eingetretenen 18 Millionen Parteimitglieder bedient, die natürlich keinerlei Absicht erkennen lassen, freiwillig aus der KP Chinas auszuscheiden oder die von ihnen noch besetzten Funktionen freizumachen. Nicht zu vergessen sind dabei die Massen der Unzufriedenen aus den untersten Schichten der chinesischen Bevölkerung, die schon heute für eine bessere soziale Lage rebellieren. Offen bleibt weiter, ob die Führung nicht sogar von einem bis heute Unbekannten übernommen wird. Diese Frage wird zwar mit Sicherheit am Ende der 80er Jahre klar sein. Außer Zweifel steht jedoch auch, daß ihre Lösung von harten Macht- und Flügelkämpfen, vor allem in der Führung selbst, aber auch in der Partei insgesamt, begleitet sein wird.

II. Eine Ideologie für die 80er Jahre?

Die Zerschlagung der „Viererbande" und die Machtergreifung Deng Xiaopings ließen im chinesischen Volk die Hoffnung keimen, daß die Schrecken der „Kulturrevolution" für immer der Vergangenheit angehören. Immerhin sind während der innenpolitischen Kämpfe und Unruhen der letzten 15 Jahre Millionen Menschen ums Leben gekommen, von denen der Großteil auf die Zeit der „Kulturrevolution" entfällt. So war es nicht verwunderlich, daß das in dieser Zeit in China herrschende politische System von der vierten Tagung des ZK der KP Chinas im September 1979 als „Diktatur eines durch und durch

verfaulten und finstersten Faschismus mit einer Beimischung von Feudalismus" eingeschätzt wurde.

Das Land leitete die Realisierung der Pläne Dengs zur Umwandlung Chinas in einen mächtigen, industriell entwickelten Staat ein. In diesem Zusammenhang erwarteten viele, sowohl in China selbst als auch außerhalb seiner Grenzen, daß sich die neue Führung von den dogmatischen maoistischen Positionen der Gleichmacherei, der Konsumentsagung und des permanenten Klassenkampfes weitestgehend distanzieren würde und solche Erscheinungen wie geistig-kulturellen Verfall, politische und juristische Rechtlosigkeit der Masse des Volkes, Bildungsmisere, wissenschaftlich-technische Rückständigkeit und die internationale Isolierung Chinas zu überwinden trachten würde. Gegründet waren derartige Hoffnungen auf die sich Ende 1978 entfaltende Demokratiebewegung und solche symbolhaften Einrichtungen wie die „Mauer der Demokratie" in Peking, an der jedermann sogenannte „dazibaos" (Großwandzeitungen) anbringen und so in die politische Tagesdiskussion eingreifen konnte. Von einer Überwindung der Ära der „Kulturrevolution" versprachen sich viele, daß sich zumindest die Verfolgung eines politischen und wirtschaftlichen Modells ähnlich dem Jugoslawiens durchsetzen würde.

Die „Demokratiebewegung", die bis heute andauernde Diskussion über die Bewertung der Rolle Maos (Stichwort „Entmaoisierung") und Angebote über lukrative Investitionen in der chinesischen Wirtschaft an westliche und japanische Firmen dienten zugleich dem Zweck, China nach dem Tode Maos für den Westen salonfähig zu machen, seine „Wiedergeburt" darzustellen und nachzuweisen, daß von China keine Gefahr für den Westen ausgehe.

Die nachfolgende Entwicklung der Ereignisse zeigte jedoch bald, daß vor allem die Erwartungen nach mehr Demokratie zu hoch angesetzt waren und vieles von dem, was vorübergehend auf diesem Gebiet geduldet worden war, nur der Erzeugung eines äußeren Scheins gedient hatte. Schon im März 1979 erklärte Deng Xiaoping auf einer Arbeitsberatung des ZK in einer Rede („Liberation" v. 22. Dezember 1979): „. . . mögen sie Massenzeitungen ankleben, wir werden unterdessen einige der bekannten Personen aus der Organisation zum Schutz der Menschenrechte verhaften . . . Auf diese Weise bleibt zumindest sichtbare Demokratie, nicht für uns, denn wir werden sie nicht beachten, jedoch als gewisse Reklame für die Ausländer."

Dabei blieb es jedoch nicht. Man hatte in der chinesischen Führung bereits erkannt, daß sich die in China entwickelnde Bewegung für Demokratie und Menschenrechte und das Aufkommen einer regelrechten Dissidentenpresse der Kontrolle der Partei- und Staatsorgane zu entziehen drohte und sich sogar gegen das eigene Regime zu wenden begann. Im November 1979 wurde der „Mauer der Demokratie" die Totenglocke geläutet.

Inzwischen, nach der Eliminierung der „Vier großen Freiheiten" (freie Meinungsäußerung, freie Aussprache, große Debatten und Anbringen von Wandzeitungen) aus der Verfassung, ist in China eine neue Welle des Abbaus der

zaghaften Demokratisierung angelaufen, und Deng Xiaoping bedient sich der gleichen Methoden der ideologischen Indoktrination und politischen Unterdrückung von Oppositionellen und Dissidentengruppen wie seine einstigen Gegner. Erinnert sei an das Schicksal des Oppositionellen Wei Jingshen, der im Oktober 1979 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. In der Tat, in der Entwicklung der politischen Situation in China sind seit dem Machtantritt Dengs die gleichen Kampagnen nach maoistischem Muster zu beobachten, wie sie zuvor gang und gäbe waren. Die „Vier Modernisierungen" erinnern an eine zu groß geratene Neuauflage des „Großen Sprungs" vom Ende der 50er Jahre und lassen in etwa das gleiche Schema erkennen: Zunächst das „Aufblühen" der Demokratie und die vorübergehend duldsame Haltung gegenüber Dissidenten, der das gleiche Ende folgt wie der Kampagne „Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wetteifern", die Mao zu Beginn des Jahres 1957 eingeleitet hatte und zur Aufspürung seiner vermeintlichen Gegner mißbrauchte.

Deng Xiaoping erweist sich als „pragmatischer Maoist". Wenn er in der Vergangenheit selbst mehrfach seine Ämter verlor (so in der „Kulturrevolution" und bei seinem zweiten Sturz durch die „Viererbande" im April 1976), dann nicht hauptsächlich wegen seines Auftretens gegen Mao in prinzipiellen Fragen der Wirtschaft oder der Ideologie, sondern wegen seiner möglichen Rolle im Kampf um die Macht und im Ergebnis der Intrigen seiner Widersacher, die ihn mit Recht als einen gefährlichen Rivalen für die Zeit der Mao-Nachfolge ansahen. Und jetzt rechnet Deng nicht etwa deshalb mit den Emporkömmlingen der „Kulturrevolution" ab, weil sich seine Position in grundsätzlichen ideologischen oder wirtschaftspolitischen Fragen so sehr von der ihren unterscheidet, sondern weil er bzw. seine inzwischen von ihm eingesetzten Anhänger sich andernfalls kaum auf die Dauer an der Macht halten könnten.

Das Hauptproblem, vor dem Deng Xiaoping bei der Ausschaltung der linksmaoistischen Opposition stand und noch immer steht, zeigte sich besonders offenkundig während des Prozesses gegen die „Viererbande". Das eigentlich Unmögliche sollte möglich gemacht werden: Die zur engsten Umgebung Maos zählenden und in dessen Namen waltenden Gegenspieler Dengs zu verurteilen, ohne das bei großen Teilen der Bevölkerung und der Partei verklärte Bild des „großen Steuermanns" restlos zu zerstören; die Position Hua Guofengs zu untergraben, ohne gleichzeitig Mao ins Zweilicht zu bringen, der Hua zu seinem Nachfolger bestimmt hatte. Vor allem die Witwe Maos, Jiang Qing, berief sich im Prozeßverlauf darauf, stets im Auftrage Maos gehandelt zu haben. In ihren Berichten über den Prozeß schreibt die „Peking-Rundschau" vom 13. Januar 1981: „Jiang Oing . . . behauptete, sie habe in der ‚Kulturrevolution' bei allem ‚in Vertretung des Vorsitzenden Mao Zedong' oder ‚gemäß seinen Anweisungen' gehandelt."

Es ist Deng Xiaoping nicht nur gelungen, in den Augen des chinesischen Volkes das Bild Maos bis zu einem bestimmten Grade ungetrübt fortwirken zu lassen, sondern sogar, sich zum obersten Richter über das Erbe Maos auf-

schwingend, dessen verbliebenes Ansehen und wesentliche theoretische Leitsätze von Mao für sich zu nutzen. Deng selbst prägte die Kompromißformel (in seiner Eröffnungsrede auf der erweiterten Sitzung des Politbüros des ZK der KP Chinas vom August 1980), daß „die Verdienste Maos als primär und seine Fehler als sekundär" zu betrachten seien.

Wenn man die innenpolitische Entwicklung Chinas für die 80er Jahre prognostiziert, ist deshalb davon auszugehen, daß Deng Xiaoping und seine Gruppierung sich vorläufig an der Macht behaupten werden und daß die ideologische Grundlage ihrer Politik der Maoismus sein wird. Zwar wird sich eine Modifizierung seiner nichtprinzipiellen Seiten im Sinne einer pragmatischen Auslegung fortsetzen, jedoch unter Beibehaltung des Wichtigsten am Maoismus – des Zieles, China mit allen Mitteln in den mächtigsten Staat der Erde zu verwandeln.

III. Ökonomie und Außenwirtschaft

Die 1976 Mao ablösende neue chinesische Führung mußte bekennen, daß ihre Vorgänger es nicht verstanden hatten, dem Land ein effektives und angemessenes Programm für den wirtschaftlichen Aufbau zu geben und daß die maoistischen Experimente die ökonomische Entwicklung Chinas um Jahrzehnte zurückgeworfen hatten. Der „Sabotage der Viererbande" und der wirtschaftlichen Stagnation der zehn Jahre seit Beginn der „Kulturrevolution" wurde von der neuen Führung Chinas in den Jahren 1977/78 ein auf zehn Jahre (1976–1985) angelegter, monströser Investitions- und Entwicklungsplan zur Verwirklichung der „Vier Modernisierungen" – in Industrie, Landwirtschaft, Militärwesen und Wissenschaft und Technik – entgegengestellt. So plante man im Februar 1978 (1. Tagung des V. NVK) im Rahmen der Schaffung von 14 mächtigen industriellen Basisgebieten nicht weniger als 120 Großprojekte, darunter 10 Eisen- und Stahkomplexe, 9 NE-Komplexe, 30 Kraftwerke und 5 Schlüsselhäfen auf- oder auszubauen. Importaufträge zur Errichtung dieser Industriebetriebe wurden in Milliardenhöhe an westliche Industrieländer, vor allem an Japan, vergeben.

Doch bald zeigte sich die Irrationalität dieser Planung. Die „Peking-Rundschau" schrieb in ihrem Neujahrsartikel 1981 rückblickend: „. . . wir (waren) nur noch auf Erfolge aus, so daß wir einige unrealistische Lösungen und zu hohe Ziele aufstellten und den Umfang des Investbaus, der bereits die Finanzkraft des Staates übertraf, weiter überzogen." Schon ein Jahr später, im Jahre 1979, wurde diese alte Planung verworfen und ein Kurs der „Regulierung, Umgestaltung, Konsolidierung und Niveauhebung der Volkswirtschaft" beschlossen. Das auf der dritten Tagung des NVK im September 1980 bestätigte neue ökonomische Programm, welches eine grundlegende Wende in der ökonomischen Politik des Landes vorsah, wurde schon 1981, d.h. nur wenige Monate nach seiner Bestätigung, auf unbefristete Zeit vertagt und die Periode der „Regulierung" der Wirtschaft bis Mitte der 80er Jahre verlängert.

Die Rechnung für die gigantische Fehlplanung der Wirtschaftspolitik Deng Xiaopings bezahlen nun diejenigen unter den westlichen Unternehmen (der japanische Konzern Mitsubishi, die Firmen Schloemann-Siemag, Mannesmann, Lurgi, US-amerikanische und australische Gesellschaften u.v.a.), die der China-Euphorie ins Netz gegangen waren. So wurden im Januar 1981 japanische Firmen von der chinesischen Seite in Kenntnis gesetzt, daß Anlagenimporte mit einer Vertragssumme von rund 1,5 Mrd. US-Dollar gestrichen oder verschoben werden.

Schon Ende 1980 trat die VR China vom Bau der zweiten Stufe des Hüttenkombinates Baoshan bei Schanghai, an dem Japan beteiligt ist, zurück. Die folgende Stornierung des Imports von einem runden Dutzend petrochemischer Anlagen aus Japan, der einen weiteren Verlust von 3 Mrd. DM mit sich brachte, verstärkte die Verbitterung in japanischen Regierungs- und Geschäftskreisen. Die japanische „Asahi Evening News" (vom 18. Februar 1981) schrieb: „„Der wirkliche Verlust, so geben Regierungsoffizielle an, besteht im Rückschlag in das Vertrauen der chinesisch-japanischen Wirtschaftskooperation."

Hinzu kommt, daß China keine Möglichkeiten zur Kompensation der Verluste seiner Partner aufzuweisen hat, wie zum Beispiel durch die ausgleichende Lieferung von Erdöl. Im Gegenteil, schon Ende 1980 mit über 3 Mrd. Dollar Auslandsverschuldung belastet, nahm die VR China im März 1981 Kredite beim Internationalen Währungfonds in Höhe von 1,1 Mrd. DM auf.

Im Neujahrsartikel 1981 der „Remnin Ribao" (Pekinger Volkszeitung) wurde die aktuelle Wirtschaftslage als „Krise in der Finanzwirtschaft und Wirtschaft Chinas" eingeschätzt. Im gleichen Artikel wurde weiter eingestanden, daß die bisher zwei Jahre währende Phase der „Regulierung" der Volkswirtschaft in Wirklichkeit dazu geführt hat, daß die „Disproportionen in der Volkswirtschaft größer geworden sind und sich die finanziell-ökonomischen Schwierigkeiten verstärkt haben". Was die Verlängerung der „Regulierung" bis 1985 angesichts solcher Entwicklungen wie wachsender Inflation und Preissteigerung, nach wie vor verfehlter Investitionspolitik, konzeptionslosem Experimentieren mit privatwirtschaftlichen Mechanismen, ungelöster Infrastrukturprobleme und steigenden Staatshaushalts- (10 Mrd. Dollar) und Außenhandelsdefizits (ca. 2 Mrd. Yuan für 1980) mit sich bringen wird, kann man nur raten.

Es ist schwerlich damit zu rechnen, daß der XII. Parteitag schon ausreichende Antworten auf diese Fragen geben kann. In der Praxis steht vor den Wirtschaftsexperten Chinas die Aufgabe, mit dem Kurs der „Regulierung" die Disproportionen in der Volkswirtschaft zu beseitigen, eine reale, an den Erfordernissen orientierte Planung einzuführen und das Vakuum an administrativen und wissenschaftlich-technischen Kadern zu füllen, das im Ergebnis der verantwortungslosen Politik in den vorangegangenen Jahren auf diesem Gebiet entstanden ist. Selbst wenn China von ernsthaften Rückschlägen und Naturkatastrophen verschont bleibt, bedeutet der jetzt eingeschlagene Kurs, daß

China zumindest bis Mitte der 80er Jahre hinsichtlich der weiteren ökonomischen Entwicklung und der Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung auf der Stelle treten wird.

Mit anderen Worten, die Hauptauseinandersetzung in den Fragen der ökonomischen Langzeitperspektive Chinas wird erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre stattfinden. Sie wird hauptsächlich den XIII. Parteitag der KP Chinas prägen. Da sich zu diesem Zeitpunkt eine neue Generation in der Pekinger Führung gefestigt haben wird, sich neue Führer herauskristallisieren und agieren werden, ist es außerordentlich fraglich, daß sie das von der dritten Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im September 1980 angenommene neue Wirtschaftsprogramm und den „Regulierungskurs" ihrer Vorgänger ohne einschneidende Korrekturen fortführen werden. Bei aller Unwägbarkeit des wirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Kurses der VR China in der zweiten Hälfte der 80er Jahre kann man schon jetzt mit Sicherheit davon ausgehen, daß um diese Frage harte Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Fraktionen in der chinesischen Führung bevorstehen, die sich in dem Maße verstärken werden, wie die Termine zur Annahme konkreter Beschlüsse auf diesem Gebiet näherrücken.

Zu diesen Beschlüssen gehören auch solche zu so prinzipiellen Fragen wie Ziele, Prioritäten und Entwicklungstempo der verschiedenen Gebiete der Wirtschaft, das Verhältnis zwischen Nutzung der eigenen Kräfte und Hilfe seitens westlicher Industrieländer, Tiefe und Tempo der Verwirklichung der vorgesehenen Reformen u.a.m.

Wohin die Wirtschaft Chinas im Ergebnis dieser Streitigkeiten treibt, kann man vorläufig nicht voraussagen.

IV. Führung und Armee

Von Deng Xiaoping stammt der Ausspruch, daß, „wenn die alte Generation abtritt, bei der Größe Chinas und dem Fehlen einer starken Macht Auseinandersetzungen der Militärs beginnen können, angesichts derer die Kulturrevolution als eine Spielerei von Halbwüchsigen" anmuten würde. 1978, als diese Prognose Dengs in der VR China verbreitet wurde, spielten er und seine Gruppe noch nicht die entscheidende Rolle in der chinesischen Führung. Der Verbreitung dieser Aussage lag offensichtlich die taktische Überlegung Dengs zugrunde, seine Rivalen einzuschüchtern und den Weg zur ungeteilten Macht in der Partei und im Staat für sich zu ebnen.

Jetzt, da die Gruppierung Dengs in der chinesischen Führung das Sagen hat, muß sie sich ernsthaft um die Belange der Armee kümmern. Diese hat mit einer Vielzahl von Problemen zu kämpfen. Seit dem Sturz von Verteidigungsminister Lin Biao 1971 hat dieses Ressort in seinem Ansehen bedeutend gelitten und der Einfluß der Militärs ist relativ zurückgegangen. Das übrige haben dazu die wenig erfolgreiche „Strafaktion" der VBA (Volksbefreiungsarmee) gegen Vietnam, die zunehmende Veralterung der Waffensysteme und Ausrü-

stung, die auch auf das Militärbudget übergreifenden Sparmaßnahmen im Staatshaushalt (Kürzung des Verteidigungsetats für 1980 um rund 3 Mrd. Yuan) und der wachsende Bewerbungsstrom Freiwilliger, zumeist Arbeitsloser, die einfach nur in der Armee unterkommen wollen, beigetragen.

Doch dies alles macht noch nicht einmal die Hauptursache der wachsenden Unzufriedenheit in der Armeeführung und bei den sich auf die Armee stützenden Führungskreisen aus. Sie ist vielmehr darin zu suchen, daß Deng Xiaoping bedeutende Anstrengungen unternimmt, die VBA stärker unter Kontrolle zu nehmen, ihren Einfluß auf die strategischen politischen Entscheidungen zu beschneiden und sie in die Schranken ihrer eigenen Aufgaben zu weisen. Dengs Bestrebungen sind darauf gerichtet, „die Armee in die Kasernen zu jagen", d.h. mit dem Zustand ein für allemal Schluß zu machen, der während der „Kulturrevolution" eingerissen war, als Kommandeure der VBA sich in Entscheidungsbefugnisse von Partei und Staat massiv einmischten und dabei teilweise sogar das entscheidende letzte Wort sprachen. Die Unzufriedenheit der Führung der VBA über diese Entwicklung und die Einschränkung der Rolle der Armee im politischen Entscheidungsprozeß in China hat für die chinesische Führung ein neues, ernstes Problem entstehen lassen, das zur Verschärfung der Instabilität im Lande beiträgt.

Um dem Unmut in führenden VBA-Kreisen zu begegnen, versucht Deng Xiaoping seit längerem, vor allem Schlüsselpositionen in der Armee mit eigenen Leuten zu besetzen. Dabei trifft er jedoch nach wie vor auf einen fast geschlossenen Widerstand, vor allem der ranghöchsten alten Kaderoffiziere.

Vier der ehemals zehn Marschälle der VBA, Ye Jianying (84), Liu Bocheng (90), Nie Rongzhen (83) und Xu Xiangqian (80) sind noch am leben. Sie teilen als Politbüromitglieder die „zentristischen" Ansichten des noch einflußreichen Ye Jianying, der die Posten eines der jetzt sechs Stellvertreter des Vorsitzenden der KP Chinas und des Vorsitzenden des Ständigen Komitees des NVK bekleidet. Ihm stehen weitere hochgestellte Militärs (der im März 1981 abgelöste Verteidigungsminister Xu Xiangqian, Xu Shiyou und (mit einem Fragezeichen) Generalstabschef Yang Dezhi sowie die Militärregionskommandeure Yang Chengwu und Li Desheng nahe.

Auf der dritten Tagung des V. NVK gelang es Deng Xiaoping nicht in vollem Maße, alle vier ehemaligen Marschälle unter dem Vorwand ihres hohen Alters von ihren staatlichen Posten zu entfernen: Von ihren Funktionen als stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Komitees des NVK wurden nur Nie Rongzhen und Liu Bocheng und von der Funktion des stellvertretenden Premiers des Staatsrates Xu Xiangqian entbunden. Xu wurde allerdings, wie bereits erwähnt, im März 1981 auf dem Posten des Verteidigungsministers durch Geng Biao abgelöst. Entgegen allen Bemühungen Dengs verblieb Ye Jianying vorläufig in seiner Funktion des Vorsitzenden des Ständigen Komitees des NVK.

Trotz weiterer Teilerfolge Deng Xiaopings, wie die Übernahme des Vorsitzes in der Militärkommission des ZK im Juni 1981, demonstriert die alte Armee-

führung an der Schwelle der 80er Jahre, daß sie nicht ohne weiteres seinem Druck nachzugeben gewillt ist. Diesen Umstand muß Deng weiter berücksichtigen. Schon die relative Milde, mit der die im Pekinger Prozeß Ende 1980 mitangeklagten Militärs davonkamen (sie wurden nicht zum Tode, sondern zu Haftstrafen zwischen 16 und 18 Jahren verurteilt), machte dies deutlich.

Unter diesen Bedingungen will die Gruppierung um Deng Xiaoping die geplante „Säuberung" der Partei, die auch in der Armee großes Ausmaß annehmen soll, zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen.

Man kann mit Sicherheit annehmen, daß es Deng auf dem XII. Parteitag der KP Chinas gelingen wird, den Einfluß der überalterten Marschälle in der Partei und in der Armee noch mehr einzuschränken. Berücksichtigt man ihr hohes Alter, so werden sie auf jeden Fall in der ersten Hälfte der 80er Jahre von der politischen Szene abtreten und damit Dengs Gruppierung die Durchsetzung ihrer Linie in der Armee erleichtern.

Da jedoch gegenwärtig die mittlere und untere Führungsschicht der Armee hauptsächlich aus Kadern gebildet wird, die in der „Kulturrevolution" aufgestiegen sind und deren „Säuberung" Deng auf dem XII. Parteitag erst noch durchsetzen muß, ist die Lösung der Aufgabe keineswegs leicht.

Die neue Generation, die in der chinesischen Führung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre Fuß fassen wird, wird den Kampf um den Einfluß in der Armee zweifellos fortsetzen, und dieser Kampf wird in hohem Maße von den Ergebnissen der Säuberungskampagne und der Haltung der Armee zu dieser Kampagne abhängen.

Unabhängig davon hat die Armee in den innenpolitischen Auseinandersetzungen der 80er Jahre ein gewichtiges Wort mitzureden.

V. Sozialpolitik und die Lage der Bevölkerung

Geduld und Opferbereitschaft werden gemeinhin zu den grundlegenden nationalen Eigenarten der Chinesen gezählt. Angesichts der miserablen Lebensverhältnisse in der jetzigen Situation zeigt sich jedoch immer öfter, daß auch die größte Langmut des chinesischen Volkes gewisse Grenzen kennt. Für immer häufiger auftretende Revolten, spontane Aufstände und Unruhen gibt es eine Reihe von Ursachen.

Schon über mehr als zwei Jahrzehnte hält das Chaos in der Wirtschaft an, und der Lebensstandard ist extrem niedrig. Die in den letzten Jahren verfügten Lohnerhöhungen und die 1978 wieder eingeführten Leistungsprämien sind durch die Preissteigerungen längst wieder unwirksam gemacht worden. Die Versprechungen der Nachfolger Maos zur Anhebung des Wohlstandes verstummen in dem Maße, wie die Unrealisierbarkeit der utopischen Wirtschaftspläne immer sichtbarer wurde. Im Lande gibt es gegenwärtig rund 20 Millionen Arbeitslose, und die Lebensmittelversorgung kann nicht gewährleistet werden. Im Jahre 1978 betrug die Getreideerzeugung das 1,7fache im Vergleich zu 1949, dem Gründungsjahr der Volksrepublik. Da aber im glei-

chen Zeitraum die Bevölkerung sich ebenfalls verdoppelt hat (die Zuwachsrate beträgt pro Jahr fast 13 Millionen, und somit wird die VR China im Jahre 1982 die Milliardengrenze überschreiten), stagniert die Getreideproduktion pro Kopf nunmehr seit drei Jahrzehnten. Noch Anfang 1981 gab es Pressemeldungen über eine Hungersnot in China, die fast 50 Millionen Menschen erfaßt haben soll, und die Überschwemmungskatastrophe in der wirtschaftlichen Paradeprovinz Sichuan im Juli des gleichen Jahres wird zur Verschärfung der Lage beitragen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung wurde für China von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der UNO mit rund 260 Dollar weit geringer als von der chinesischen Führung offiziell angegeben eingeschätzt.

Im Gesundheits- und Bildungswesen sieht die Bilanz nicht besser aus: Auf 1000 Chinesen kommt bestenfalls ein voll qualifizierter Arzt, und der niedrige Ausbildungsstand von 150 bis 200 Millionen, die während der „Kulturrevolution" zur Schule gingen, zeigt sich auch im Fehlen faktisch einer ganzen Generation des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die VR China, die mit Schanghai die größte Stadt der Welt hat und sich jetzt schon mit Problemen der Urbanisierung herumzuschlagen hat, muß in den kommenden Jahren mit einer Landflucht ohnegleichen rechnen. Dabei sind noch nicht einmal die Fragen im Zusammenhang mit dem Zurückfluten Millionen Jugendlicher in die Städte nach ihrer Verschickung zur Arbeit auf dem Land gelöst. Das steigende Gefälle zwischen Stadt und Land und das zu erwartende unterschiedliche Entwicklungstempo von reichen und ärmeren ländlichen Gebieten werden die Arbeitsplatzbeschaffung in den Städten stets zwingender auf die Tagesordnung setzen.

Die Inkonsequenz und Widersprüchlichkeiten des sozialökonomischen Kurses der chinesischen Führung, das ständige Austragen von Differenzen über die Wege der weiteren Entwicklung Chinas auf dem Rücken des Volkes, begleitet vom Gerangel um Macht und Einfluß, rufen zwangsläufig Unsicherheiten in den morgigen Tag hervor und führen zu einer Vertrauenskrise gegenüber der Führung. Auf diesem Nährboden sinkt die Arbeitsproduktivität, wächst die Kriminalität besonders unter den Jugendlichen und gedeihen Korruption und Schwarzhandel. Im Januar 1981 forderte die „Remnin Ribao" die strenge Bestrafung derjenigen, die einen schwunghaften Schmuggel mit Waren aus Hongkong, Macao und Taiwan in die Provinzen Guangdong, Fujian, Zhejiang u.a. betreiben.

Die gegenwärtige Führung Chinas, bemüht, die wachsende Unzufriedenheit zu dämpfen, andererseits scheinbar nicht fähig, einen konstruktiven Weg hierfür zu präsentieren, schlägt den „bewährten" Kurs der Repressionen ein. Davon zeugt die Niederschlagung der Schanghaier Jugendrevolte vom Februar 1979, bei der Zehntausende vom Land entwichener Jugendlicher ihr Wohn- und Arbeitsrecht in der Stadt geltend zu machen versuchten und das öffentliche Leben der Stadt beinahe lahmlegten. Ein anderes Beispiel ist die Mitte Mai 1981 erlassene Verordnung des Staatsrates über die Zulassungsbe-

dingungen für ausländische Journalisten in China. Diese Verordnung dient letztlich dazu, die Verbreitung der Führung nicht genehmer regimekritischer Stimmungen aus der Bevölkerung zu unterbinden und den Kontakt von ausländischen Berichterstattern zur oppositionellen und Dissidentenbewegung zu verhindern.

Befürchtungen aus den polnischen Ereignissen führten bereits zu Vorkehrungen: Anfang April 1981 schrieb die „Peking-Rundschau", daß „ungerechtfertigte Streiks" nicht zugelassen werden dürften.

Der gegenwärtig zu beobachtende repressive Kurs Pekings muß aber die allgemeine politische und soziale Instabilität schüren und führt das Land an den Rand einer erneuten sozialen Explosion. Eine solche Explosion kann Realität werden, wenn die Umschaltung des Kurses des Landes von „links" auf „rechts", die Dengs Gruppierung verfolgt, keine spürbaren Ergebnisse im Aufschwung der Wirtschaft des Landes und der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung bringt.

Am 17. Januar dieses Jahres schrieb die „Pekinger Volkszeitung" in einem Artikel unter der Überschrift „Politische Stabilität – die Garantie für die Regulierung der Wirtschaft", daß man nur unter den Bedingungen der politischen Stabilität die „komplizierte Aufgabe der Regulierung der Wirtschaft lösen kann". Werden diese Bedingungen nicht geschaffen, drohe dem Land ein „langes Chaos".

Es drängen sich drei Fragen auf:

1. Können die Bedingungen für die politische Stabilität vor Abschluß der Kampagne zur „Säuberung" der Partei geschaffen werden?

2. Kann politische Stabilität im Lande eintreten, wenn dauernde Veränderungen in der Führungsspitze vor sich gehen und in der Führung selbst keine einheitlichen Vorstellungen über die Wege der weiteren Entwicklung Chinas, auch für die nächsten Jahre, vorhanden sind?

3. Ist Stabilität möglich, wenn breite Massen der Bevölkerung nicht an die Fähigkeiten ihrer Führung glauben und diese eine merkliche Erhöhung des Lebensstandards auf absehbare Zeit nicht garantieren kann?

Die Befürchtungen der Autoren des erwähnten Artikels über ein „langes Chaos" scheinen bereits die Antwort zu sein.

VI. Außenpolitik

Seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 hat die Pekinger Führung wiederholt strategische Umorientierungen ihrer Außenpolitik vollzogen.

Im ersten Jahrzehnt war man auf ein Bündnis mit der Sowjetunion eingegangen, dem schließlich der Bruch mit Moskau und der bis heute andauernde chinesisch-sowjetische Konflikt folgten. In der 60er und 70er Jahren diente

die Außenpolitik der VR China der Verwirklichung der Rolle eines Führers der Länder der Dritten Welt. Dieses Vorgehen verlangte China bedeutende Ausgaben ab, um denjenigen Staaten der Dritten Welt ökonomische Hilfeleistungen zu gewähren, die nach Ansicht Pekings in den verschiedenen Regionen Asiens und Afrikas und in der Blockfreien-Bewegung eine gewisse Schlüsselrolle einnahmen. Da diese Länder jedoch politisch durchaus nicht einheitlich waren, in einer Vielzahl von ihnen Formen eines stabilen politischen Regimes fehlten und die Führer vieler dieser Länder bezüglich der Ziele und Absichten Pekings mißtrauisch blieben, brachte auch diese außenpolitische Linie nicht die gewünschten Erfolge und belastete nur zusätzlich den ohnehin schon schmalen Haushalt. Erinnert sei nur an das Scheitern der ökonomischen und politischen Strategie Pekings in Afrika sowie in Süd- und Südostasien.

Die Nachfolger Maos änderten nach dem Scheitern dieser Linie die Hauptrichtung der Außenpolitik erneut und suchten die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA, den Ländern Westeuropas und Japan. Sie rechneten dabei vor allem darauf, spürbare Hilfe bei der Entwicklung und Modernisierung ihrer Volkswirtschaft zu erhalten. Die neue Führung war sich dabei von Anfang an im klaren, daß der Westen einem Staat, der sich als sozialistisch bezeichnet und der von einer kommunistischen Partei geführt wird, ökonomische oder gar militärische Hilfe und noch dazu auf dem letzten Stand von Wissenschaft und Technik nur für einen gewissen Preis gewähren würde.

So waren konkrete Handlungen gegen die ehemaligen Bündnispartner notwendig, die, neben außenpolitischen Schritten, besonders in der Propaganda sichtbar wurden. (Deng Xiaoping bezeichnete in diesem Sinne einmal den „Mund als stärkste Waffe" Chinas.)

Diese Kurswechsel der Außenpolitik der VR China in den vergangenen Jahrzehnten entsprachen der Auffassung Deng Xiaopings; und die heutige chinesische Führung hat sie als eine Variante taktischen Vorgehens in der Außenpolitik akzeptiert: „Es ist nicht wichtig, ob die Katze weiß oder schwarz ist, die Hauptsache ist, daß sie Mäuse fängt."

Man kann erwarten, daß der XII. Parteitag der KP Chinas den bisherigen Kurs der Annäherung der VR China an den Westen auch für die erste Hälfte der 80er Jahre bestätigt.

Für die langfristige Perspektive ist jedoch wahrscheinlich, daß die großen Erwartungen der chinesischen Führung, für die Preisgabe der „roten Farbe" Chinas vom Westen beständige und garantierte Hilfe in großem Maßstab zu erhalten, mehr und mehr der Enttäuschung Platz machen werden. Hier geht es nicht so sehr darum, daß sich China dem Westen in globalen Fragen nicht weit genug anzunähern bereit sein könnte, die Zustimmung zum Entschluß des amerikanischen Präsidenten, mit der Produktion der Neutronenwaffe zu beginnen, beweist dies erneut, sondern darum, daß im Westen die Erkenntnis reifen könnte, daß ihm in Gestalt Chinas im Falle erfolgreicher Verwirkli-

chung der „Vier Modernisierungen" ein neuer und mächtiger Konkurrent auf den Weltmärkten erwachsen wird. Nachdem die USA nach dem Zweiten Weltkrieg Japan zu einer beispiellosen wirtschaftlichen Renaissance verhalfen, haben sie und ihre europäischen Partner heute mit der japanischen „Exportaggression" großen Stils Sorgen. Es wäre mithin völlig naiv zu glauben, daß man diesen Fehler wiederholen wird, sich noch dazu einen Rivalen selbst heranzieht, dessen Bevölkerungspotential zehnmal größer als das Japans ist.

Die Zusammenarbeit des Westens mit China wird sich zweifellos fortsetzen. Dies gilt auch für das Gebiet der militärischen Zusammenarbeit. Sie wird jedoch zu verhindern wissen, daß China ein ökonomisches und militärisches Potential erlangt, welches dem Westen gefährlich wird.

Die chinesische Führung wird unbedingt feinfühlig auf die Besonderheiten der Politik des Westens auf diesem Gebiet reagieren, und verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß sie schon heute die Grenzen ihrer Annäherung an den Westen sieht.

Für die Haltung des Westens wie für die Haltung der VR China gilt in dieser Frage das, was der ehemalige Botschafter der USA in der UdSSR, Malcolm Toon, warnend sagte: „Es ist selbstverständlich gut, mit China (dem Westen) normale Beziehungen herzustellen. Aber wir wären nicht klug, wenn wir annehmen würden, daß in der fernen Perspektive die Chinesen (der Westen) unsere Freunde bleiben werden. Sie sind nicht geneigt, das zu tun."

Berücksichtigt man das Dargelegte, ist es durchaus möglich, daß irgendwann in der zweiten Hälfte der 80er Jahre oder auch danach auf dem XIII. oder XIV. Parteitag der KP Chinas in der Außenpolitik der VR China wiederum eine Veränderung vor sich geht. Diese Veränderung kann auch dadurch angeregt werden, daß 1985 in der VR China die Periode der „Regulierung" der Wirtschaft zu Ende gehen wird und dann vor der Führung wieder scharf die Frage über die Auswahl des weiteren Weges für den wirtschaftlichen Aufbau stehen wird und neben der Anlage neuer Kapazitäten unbedingt die Frage der Rekonstruktion der alten auftauchen wird, die bekanntlich mit technischer Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten errichtet wurden. All das kann die chinesische Führung anregen, den gegenwärtigen außenpolitischen Kurs an der Seite des Westens aufzugeben und einen „Kurs der Mitte" zwischen den USA und der Sowjetunion einzuschlagen, der auf eine Ausnutzung beider Mächte hinausliefe mit dem Ziel, China in eine global dominierende Hegemonialmacht zu verwandeln.

aufgrund der Tatsache, daß er sich patriarchalischer Formen, Verhaltensweisen, und Methoden bedient, verschieden. Insofern erfordert das Nachdenken über Krieg und Frieden auch die Entwicklung von Gedanken über diesen Zusammenhang und über gesellschaftliche Alternativen, in denen weder die Unterdrückung der Frau noch militaristisches Gedankengut Platz haben.

Funktion und Folgen der Berufsverbote

10 Jahre „Radikalenerlaß" und die Perspektiven des Widerstandes

Von Erich Roßmann

Am 28. Januar 1972 wurde von den Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt jener Ministerpräsidentenbeschluß verabschiedet, der seither die Plattform für die Politik der Berufsverbote in der Bundesrepublik abgibt. Allen vorangegangen war Hamburgs sozialdemokratisch geführter Senat, der mit einem eigenen Erlaß im November 1971 die Welle der „Radikalenhatz" einleitete. Verantwortliche sozialdemokratische Minister hatten damit der Forderung der CDU/CSU entsprochen, gemeinsam „den Radikalismus von linksaußen" zu bekämpfen. Wie so oft schon in unserer Geschichte wurde das Gespenst einer Volksfront heraufbeschworen, das die Republik – zumal an Schulen und Hochschulen – bedrohe. Nach einer „Definition" von Schelsky in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10. 12. 1971 reichte „die strategische Einheit des linken Radikalismus von der DKP und ihrer universitären Unterorganisation Spartakus über die verschiedensten anarchistischen Gruppen bis hin zu Führung der Jungsozialisten und gewichtigen Teilen der Jungdemokraten". In dieses Schema eines innenpolitischen Feindbildes gliederte Schelsky weiter „große Teile der westdeutschen Journalisten und der jüngeren Theologen beider Konfessionen sowie wesentliche Gruppen der jüngeren Lehrerschaft" ein. Rainer Barzel von der CDU gab damals die Parole aus, es müsse verhindert werden, „daß der außenpolitischen Öffnung zum kommunistischen Osten nicht auch die innenpolitische folgt".

Zwar richtete sich diese Kampagne zunächst „nur" gegen die Kommunisten. Doch in der konkreten Praxis der Berufsverbotepolitik waren bald auch linke Sozialdemokraten, radikale Liberale und engagierte Christen betroffen. Darüber hinaus stand hinter dieser Kampagne das Kalkül rechtskonservativer Kräfte, gesellschaftliche Entwicklungen zu verhindern, die nach den innenpolitischen Erstarrungen im Kalten Krieg im Zeichen der Entspannung auf „mehr Demokratie" zielten. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß Willy Brandt als einer der Betreiber des „Radikalenerlasses" diesen später als „Irrtum" bezeichnen mußte, freilich ohne daraus grundsätzliche politische Konsequenzen zu ziehen. Die heutige Bilanz zeigt nicht nur, daß sich in diesen zehn Jahren eine gespenstische Schnüffelpraxis herausgebildet hat und in etwa fünftausend „Fällen" Berufsverbotsmaßnahmen praktiziert wurden, sie belegt vor allem die unglaubliche Mißachtung und Bedrohung der demokratischen Grundrechte sowie die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas. Diese Tendenz wurde besonders sichtbar an der Politik verantwortlicher CDU/CSU-Politiker und der Praxis der von ihnen regierten Länder.

Die Justiz hat in dieser Zeit widersprüchliche Entscheidungen gefällt und auf den unteren Ebenen oft zugunsten der Betroffenen entschieden. Dort, wo sie restriktive Urteile fällte, hat sie sich als Gesinnungsjustiz selbst bloßgestellt. Dabei boten gerade die Obergerichte und deren Richter in Berufsverboteverfahren wegen ihrer Verwicklung in die faschistische Unrechtspraxis oft genug Anlaß zu erheblichen Zweifeln an ihrem „jederzeitigen Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung". So waren an Berufsverbote-Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts beispielsweise der Bundesrichter Dr. Edmund de Chapeaurouge beteiligt, der vor 1945 nationalsozialistische „Rassenschande"-Urteile mitverantwortete und der Bundesrichter Dr. Rudolf Weber-Lortsch, der als Oberregierungsrat vor 1945 beim Reichskommissariat für die besetzten norwegischen Gebiete und als höherer SS-Führer im Polizeidienst beim Reichskommissariat Ukraine in Nikololajewsk tätig war.

Die Politik der Berufsverbote – begleitet durch ausgedehnte Behördenwillkür und eine rigorose Gesinnungsschnüffelei – hat den beabsichtigten Einschüchterungseffekt nur bedingt erreicht. Demgegenüber hat sie neues und breites demokratisches Engagement herausgefordert. Demokraten aller politischen Lager haben von Anfang an Widerstand entwickelt, der die Betreiber im In- und Ausland in Schwierigkeiten brachte und sie zum Lavieren zwang. Vor diesem Hintergrund kam es besonders in den SPD-regierten Ländern zu neuen Richtlinien und Verfahrensmodifikationen, die allerdings der unseligen Praxis kein grundsätzliches Ende setzten.

Sowohl die Tatsache, daß in den meisten sozialdemokratisch regierten Ländern durch Einstellung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz die Zahl der Berufsverbotsfälle zurückging, als auch der Umstand, daß die Berufsverbieter für die Konstruktion neuer „Fälle" nach immer fragwürdigeren Begründungen suchten, kann zunächst als ein Erfolg für die breite in- und ausländische Solidaritätsbewegung gegen die Berufsverbotepraxis unseres Lan-

des gewertet werden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß mit der „Liberalisierung" in bezug auf die reinen Zahlen eine politisch gefährliche Verschärfung in bezug auf die einzelnen „Fälle" einherging. So wurde in Nordrhein-Westfalen die Berufsverbotepraxis auf immer mehr Bereiche des Öffentlichen Dienstes ausgeweitet. Neben Lehrern waren es Beamte und Angestellte in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes, die mit Disziplinarmaßnahmen überzogen und bedroht wurden. Eine deutliche Veränderung und Verschärfung ließ sich insbesondere bei Art und Inhalt der Vorwürfe feststellen, mit denen Berufsverbote begründet wurden: Neben der Mitgliedschaft in der DKP und in anderen als „verfassungsfeindlich" eingestuften Organisationen, dem Engagement für Frieden, bezogen sich die Vorwürfe auch auf die Behandlung von Gewerkschaftsfragen im Unterricht und auf Sympathiebekundungen gegenüber Hausbesetzern.

In den CDU/CSU-regierten Ländern, besonders in Bayern und Baden-Württemberg, wurde zumeist eine rigide Praxis ausgeübt, die dazu führte, daß Pazifisten und Sozialdemokraten ebenso wie Angehörige der DKP verfolgt und als „verfassungsfeindlich" diffamiert wurden. Die zwischen den CDU/CSU-Kultusministern abgestimmte Politik des Ausbildungsverbotes (Nichtzulassung zur Lehrerausbildung) ist dafür ebenso ein Indiz wie die Ausweitung der Berufsverbotepraxis auf Lebenszeitbeamte und ganze Berufsgruppen, wie auf Ärzte in Niedersachsen. Diese Politik der CDU/CSU-Landesregierungen verfolgt erkennbar auch das Ziel, in SPD/FDP-regierten Ländern erkämpfte Verbesserungen rückgängig zu machen – bei verschärfter Anwendung der auch in SPD/FDP-Ländern nach wie vor gültigen, wenn auch nicht in vergleichbarem Maße angewandten, antikommunistischen Begründungsmechanismen – und die Diskussionen über Berufsverbote durch eine unbewegliche Praxis zu ersticken.

Heute, zehn Jahre nach Beginn der Berufsverbotepolitik, stehen wir an einem entscheidenden Eckpunkt, an dem sich die Regierenden anschicken, das Instrumentarium der Disziplinierung und Vernichtung sozialer Existenzen noch gezielter als vor Jahren als Pressionsmittel gegen die vielfältigen demokratischen Bewegungen im Lande einzusetzen. Vor dem Hintergrund krisenhafter Entwicklungen und der Atomkriegsbedrohung wächst das Engagement der Bürger gegen Rotstift- und Rüstungspolitik, für den Frieden und eine menschenwürdigere Umwelt. Die Herrschenden suchen in dieser Situation auf ihre Art einen Ausweg aus dem Dilemma, indem sie rigoros den Abbau demokratischer Rechte betreiben. Damit einher geht der Versuch, das gesellschaftliche Klima durch Diskriminierung und Kriminalisierung ganzer Gruppen und durch verschärfte antikommunistische Kampagnen noch mehr zu vergiften. Das zeigt sich beispielhaft an dem Polizeieinsatz und dem sich anschließenden skandalösen Prozeßverlauf gegen die Hausbesetzer in Nürnberg, ebenso wie in der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen der Sprecher des Volksbegehrens gegen die Startbahn West. Über ihnen allen schwebt das Damoklesschwert des Berufsverbotes. Während, wie in Frankfurt, demokratische Bürgerproteste niedergeknüppelt werden, fordert zur

gleichen Zeit der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes die massive Einschränkung des Demonstrationsrechtes.

In behördlichen und gerichtlichen Entscheidungen und neuerdings vermehrt auch auf der politischen Ebene der Kommunen wird als Indiz für mangelnde Verfassungstreue vorgehalten: Die Unterzeichnung des Krefelder Appells, die Unterstützung von Aufrufen gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, die politische Bekämpfung der Politik der Berufsverbote als kommunistisch gelenkte Aktion sowie die studentische Wahrnehmung des politischen Mandats an den Hochschulen. Nicht zufällig wurden im Zeichen zunehmender staatlicher Repressionen zahlreiche Disziplinarverfahren – besonders im Post- und Bahnbereich – gegen kommunistische Lebenszeitbeamte durch die Bundesregierung betrieben, die bisher vor solchen verfassungswidrigen Übergriffen sicher schienen.

Eine zugespitzte und handhabbare Verschärfung für den Gesamtbereich des Öffentlichen Dienstes wurde im Jahre 1981 besonders aktiv von Postminister Gscheidle betrieben. Er strebte einen Präzedenzfall mit Pilotfunktion für alle künftigen „Fälle" an und glaubte in der Person des Fernmeldehauptsekretärs Hans Peter, der fast dreißig Jahre ohne jeden Makel im Dienste der Bundespost stand, das geeignete „Opfer" gefunden zu haben. Nach gemeinsamer Beratung mit den Bundesministern Baum, Vogel und Huonker im Frühjahr 1981 wurde Bundesdisziplinaranwalt Claussen angewiesen, gegen das (Hans Peter) freisprechende Urteil aus erster Instanz vom Frühjahr 1980 Berufung einzulegen. Ein zwischenzeitlich Hans Peter angebotener Angestelltenvertrag erwies sich als taktische Finte und war derart diskriminierend, daß er von dem Posthauptsekretär nicht akzeptiert werden konnte. Peter wäre nicht nur von seinem bisherigen Arbeitsplatz versetzt worden, er hätte sich im Falle der Annahme des Vertrages obendrein praktisch selbst als „Sicherheitsrisiko" bezichtigen müssen.

Anders war zuvor die Entwicklung im Bereich der Bundesbahn verlaufen. Hier konnte durch die Regelung zwischen Verkehrsminister Hauff und mehreren von der Entlassung bedrohten Beamten die Existenzvernichtung verhindert werden. Sie wechselten ohne Diskriminierung ins Angestelltenverhältnis über und können an ihrem Arbeitsplatz weiterhin ihren Beruf ausüben.

Das am 29. Oktober gegen Hans Peter durch den 1. Disziplinaranwalt des Bundesverwaltungsgerichtes ergangene Urteil soll nunmehr offensichtlich als Alibi für das weitere Vorgehen gegen zahlreiche Beamte, Angestellte und Arbeiter in Bund und Ländern dienen. Diese Entscheidung fällt in eine Zeit verschärfter Konflikte um die Rotstiftpolitik im Öffentlichen Dienst und der Auseinandersetzung zwischen Postgewerkschaft und Bundesminister Gscheidle über die Anwendung des Disziplinarrechts gegen aktive Gewerkschafter. Bundesdisziplinaranwalt Claussen verglich in seinem Plädoyer die Weigerung Hans Peters, seine Gesinnung zu verraten, mit der Bereitschaft eines Beamten zur Teilnahme am Streik. Damit wird erkennbar, daß das Berufs-

verbot für Hans Peter gleichzeitig gewerkschaftliches Engagement trifft. Es atmet den Geist des Kalten Krieges und ist ein Rückfall in vordemokratische Zeiten. Immer häufiger wird der Begriff des „Sicherheitsrisikos" in derartige Verfahren eingeführt. Angehörige des Öffentlichen Dienstes werden damit den „Sicherheitsregeln" der NATO für den „Konfliktfall" unterworfen.

Dazu stellten zahlreiche Pastoren, die sich im November 1981 an die EKD-Synode wandten, fest: „Es geht hier nicht nur um den Ruf und die Existenz eines einzelnen Menschen mit guter Dienstbeurteilung, sondern vielmehr um die Gefahr einer erneuten antikommunistischen Hysterie, die alle Erfolge der Entspannungspolitik zunichte zu machen droht." Der Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" wies auf die Verantwortung der Bundesregierung für dieses Urteil hin und stellte fest: „Wenn der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nach dem Peter-Urteil erklärt, daß ‚mit politisch Andersdenkenden . . . eine demokratisch gebotene argumentative Auseinandersetzung geführt werden sollte, anstatt sie auszugrenzen', so ist ihm zuzustimmen. Angesichts der aktuellen Berufsverbotsverfahren wird aber offenkundig, daß die SPD noch weit davon entfernt ist, die – so Brandt – ‚als verhängnisvoll erkannten Folgen des Extremistenbeschlusses aus dem Jahre 1972 zu beseitigen'. Glaubwürdig wird die SPD erst dann, wenn den Worten ihres Vorsitzenden konkrete Taten in der Regierungspolitik folgen."

Die Entscheidung gegen Hans Peter legt ein verfassungswidriges Staatsbild und einen dem Grundgesetz fremden Demokratiebegriff zugrunde. Sie verlangt die Vernichtung der persönlichen und politischen Identität des Betroffenen und zerstört seine soziale Existenz. Nach diesem Modell schickt sich jetzt der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) an, gegen 23 Lehrer disziplinarrechtlich vorzugehen, die zur Landtagswahl im März 1982 für die DKP kandidieren wollen oder bei früheren Wahlen kandidiert haben. Damit wird die Wahrnehmung legaler Rechte diskriminiert. Das Instrumentarium, das hier zur Illegalisierung der DKP eingesetzt wird, kann nach der jeweiligen politischen Regierungskonstellation jederzeit auch gegen andere legale politische Parteien und Organisationen angewandt werden.

Diese Entwicklung kennzeichnet die Funktion der Berufsverbote. Nach zehn Jahren Berufsverbot setzen die Regierenden zu einem neuen Angriff an, um den Handlungsraum demokratischer Bewegungen einzuengen.

In dieser Situation hat die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" zum 23./24. Januar 1982 zu einer Internationalen Konferenz nach Hannover eingeladen. Dort soll die zehnjährige Auseinandersetzung gegen Berufsverbote und Repressionen aufgearbeitet und angesichts aktueller Gefahren die Perspektive für die Verteidigung demokratischer Rechte diskutiert werden. In dem Aufruf zu dieser Konferenz, der vom Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" herausgegeben wurde, heißt es: „Angesprochen sind alle, die sich für den Frieden, für soziale und demokratische Rechte engagieren. Wenn das Eintreten für den Frieden Berufsverbot oder andere Diskriminierungen zur Folge hat, wenn das Recht, sich in zugelassenen Parteien

zu organisieren, mit der Entlassung aus dem Dienst zerstört wird, wenn Betriebsräte und Jugendvertretungen bespitzelt werden oder gewerkschaftliche Forderungen als verfassungsfeindlich diffamiert werden, wenn der Protest gegen die Wohnungsnot zusammengeknüppelt wird, wenn immer öfter Demonstrationen verboten werden, steht doch die gemeinsame Frage: Wie können alle Demokraten gemeinsam die notwendigen Handlungs- und Aktionsfreiheiten sichern, wie können die demokratischen Rechte gemeinsam verteidigt werden?"

Alle Bürger unseres Landes sind darüber hinaus aufgerufen, durch eine breite politische und materielle Kampagne Hans Peter und alle Betroffenen solidarisch zu unterstützen.

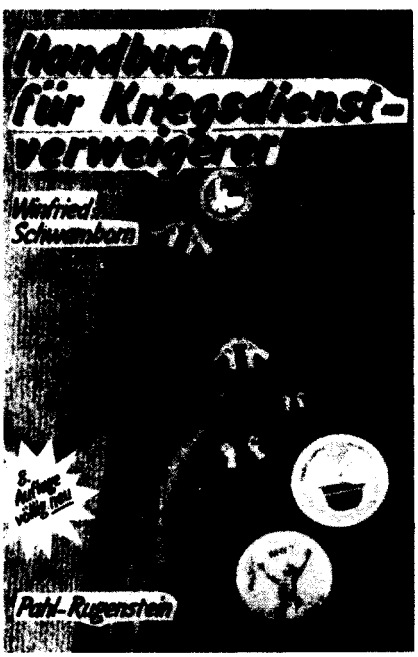
Immer deutlicher wird der Zusammenhang zwischen den sich entwickelnden und in der Auseinandersetzung stehenden Bürgerbewegungen und den gegen sie gerichteten Einschränkungen demokratischer Rechte. Es erweist sich als notwendig, noch größere und gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, die demokratische Bewegung zur Verteidigung der Grundrechte zu verbreitern und zu stärken, um eine politische Entscheidung zur Beendigung der Berufsverbotepolitik durchzusetzen. Das wäre ein Sieg für die Sache der Demokratie.

neu

Winfried Schwamborn
Handbuch für Kriegsdienstverweigerer
8., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage
Kleine Bibliothek Band 18
210 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, DM 9,80

Das Handbuch, 1972 erstmals erschienen, ist zehntausenden von Kriegsdienstverweigerern ein zuverlässiger Ratgeber bei der Vorbereitung auf die Gewissensprüfung geworden. Das fast neue Handbuch stellt noch stärker als bisher darauf ab, dem Leser Impulse für die individuelle Gewissensentscheidung zu geben. Aphorismen, Sprüche und Karikaturen lockern den Text auf. Neu aufgenommen ist auch ein kleines Lexikon mit wichtigen Stichwörtern zur Kriegsdienstverweigerung. Der Anhang mit Literaturliste und Anschriften der Beratungsstellen ist wesentlich erweitert und aktualisiert.

Pahl-Rugenstein



Frauen und Friedensbewegung

Überlegungen zur aktuellen Diskussion

Von Edith Laudowicz

Keine Tagung, keine Konferenz, kein Parteitag, ohne daß die Fragen der Abrüstung, des NATO-Doppelbeschlusses oder etwa die geplante Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr nicht in der einen oder anderen Weise Gegenstand der Erörterung wären. Die neue Friedensbewegung hat erreicht, daß heute keine politisch relevante Kraft oder Bewegung diese Fragestellung ausklammert, sie ist Gegenstand zahlreicher Diskussionen und Spekulationen.

An dieser neuen Friedensbewegung – an ihrem Entstehen und ihrer Wirksamkeit – haben einzelne Frauen und Frauengruppen keinen unwesentlichen Anteil. Doch es ist verwunderlich, daß sich Publikationen zur neuen Friedensbewegung kaum mit den Gedanken, Forderungen und Aktionen der Frauen auseinandersetzen, daß Frauen selbst kaum in den Artikeln und Büchern als Autorinnen in Erscheinung treten. So ist die Feststellung der „Emma"-Redakteurin Ingrid Strobl[1]) berechtigt, daß gegenwärtig eine Geschichtsschreibung nach altbekanntem Muster, nämlich der Nichtbeachtung der Arbeit der Frauen, stattfindet. Bei der Darstellung der neuen Friedensbewegung wird ihnen bestenfalls eine Statistenrolle zugedacht[2]).

Gewerkschaftsfrauen für Abrüstung

Während die Medien noch kaum Notiz nahmen von den Forderungen der Frauen, waren innerhalb der verschiedenen Einzelgewerkschaften und auf den Bundesfrauenkonferenzen des DGB die Diskussionen um den Zusammenhang von Hochrüstung einerseits und Sozialabbau und seinen Folgen für die Frauen andererseits schon voll im Gange. So haben Gewerkschafterinnen seit langem darauf hingewiesen, daß die Kürzung öffentlicher Haushalte zugunsten der Rüstung für Frauen schwerwiegende Folgen nach sich zieht. Mit diesem Problem hat sich u.a. auch im Mai 1980 die 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz beschäftigt. Dort wurde die Behauptung diskutiert, Rüstung sichere Arbeitsplätze: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß Rüstungsproduktion auf die Dauer keine Beschäftigungssicherheit bietet. Das Vollbeschäftigungsziel kann u.a. durch die Herstellung nützlicher Güter, die Ausweitung sozialer

1) Vgl. I. Strobl, in: „Emma", 8/1981, S. 6; auch in: „Die Neue" v. 29. 8. 1981.
2) Vgl. „Der Spiegel" v. 15. 6. 1981, S. 24ff.; F. Duve/H. Böll/K. Staeck, Zuviel Pazifismus?, Hamburg 1981.

Dienste sowie durch Arbeitszeitverkürzung erreicht werden"[3]), heißt es in einem Antrag zu Entspannung und Abrüstung.

Die Bundesfrauenkonferenz hat sich auch mit der geplanten Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr befaßt. Ein mit knapper Mehrheit verabschiedeter Antrag stellt den Zusammenhang zwischen Frauenarbeitslosigkeit und wachsender Militarisierung her und setzt damit neue Akzente. Es heißt dort: „Bei der Kampagne für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Frauen handelt es sich um den Versuch, die entstandene industrielle Arbeitskräftereserve mit einem Frauenanteil über 50% in neue Beschäftigungsbereiche bei geringerer Bezahlung einzugliedern."[4]) Diese Argumentation ist von besonderer Bedeutung im Hinblick auf die Pläne Verteidigungsminister Apels, Frauen auf der Basis der Freiwilligkeit in die Armee einzubeziehen. Den Frauen wird die Bundeswehr schmackhaft gemacht, indem ihnen viele Berufsmöglichkeiten angepriesen werden, die in der „freien" Wirtschaft für sie noch verschlossen sind. Die DGB-Bundesfrauenkonferenz hat aber in dankenswerter Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die in Aussicht gestellten Berufsmöglichkeiten die Situation der Frauen nicht verbessern, sondern ihre Ausbeutungssituation noch zusätzlich verschlechtern würden.

Innerhalb der ÖTV ist jedoch die Forderung der Frauenbewegung nach wie vor umstritten, auch die zivilen Bereiche der Bundeswehr, die angesichts der Veränderungen der Waffentechnologie immer umfangreicher werden, in die Ablehnung mit einzubeziehen. Die auf der 10. DGB-Bundesfrauenkonferenz verabschiedeten Positionen sind also längst noch nicht Allgemeingut der gesamten Gewerkschaften geworden. So finden sich weder im neuen Grundsatzprogramm des DGB noch im Aufruf des DGB zum Antikriegstag '81 Stellungnahmen gegen die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr. Im Widerspruch zu den Diskussionen innerhalb des DGB um die Rolle der Bundeswehr in unserer Gesellschaft und die Pläne der Schließung der „Rekrutenlücke" durch Frauen befindet sich auch die gemeinsame Erklärung des DGB-Bundesvorstands und der Bundeswehr. Einerseits hat die DGB-Bundesfrauenkonferenz auf die wachsende Militarisierung durch die Ausweitung der Bundeswehr aufmerksam gemacht, andererseits wird in dieser Erklärung durch den DGB der Bundeswehr eine positive Rolle bescheinigt. Nicht zufriedenstellend sind auch die Ausführungen über die sozialen Folgen der Aufblähung des Rüstungshaushalts. Zwar weist das DGB-Grundsatzprogramm auf den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und den daraus resultierenden Folgen für die Entwicklungsländer hin, macht aber kaum Aussagen über die innenpolitischen Auswirkungen von Hochrüstung und Rotstiftpolitik.

DFI: Engagement für Frieden und Frauenemanzipation gehören zusammen

Die Demokratische Fraueninitiative (DFI) hat auf diesen Zusammenhang schon 1975 in ihrem Grundsatzprogramm hingewiesen und hat dies in ihrem

3) Vgl. „Nachrichten", 6/1981, Dokumente, S. 17.
4) Ebd.

neuen Grundsatzprogramm vom Juni 1981 konkretisiert und aktualisiert. „Die Erhöhung der Rüstungsausgaben wird finanziert mit Streichungen im Sozial- und Bildungsetat sowie im sozialen Wohnungsbau. Betroffen sind die ohnehin Benachteiligten, insbesondere Frauen und Kinder. Um 1,5 Milliarden soll allein das Kindergeld gekürzt werden. In Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten werden Elternbeiträge drastisch erhöht und staatliche Zuschüsse gesenkt. Gespart wird in den Schulen und Bildungseinrichtungen, beim Mutterschaftsurlaub und beim Wohngeld, bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung und selbst bei der Sozialhilfe."[5]) Diese Aussage bestätigen die jüngsten Sparbeschlüsse der Bundesregierung. Besonders die Kürzungen im Bereich der Sozialhilfe treffen die alleinstehenden Mütter mit Kindern, die ohnehin schon zu den Ärmsten der Armen gehören.

In ihrem Grundsatzprogramm hat die DFI auch Stellung zu einer innerhalb der Frauenbewegung viel dieskutierten Frage genommen, zum Zusammenhang von Friedenskampf und Frauenemanzipation. Sie begründet ihr Engagement folgendermaßen: „Die Geschichte hat uns gelehrt, daß internationale Spannungen, Gewalt und Krieg die Menschenrechte einschränken oder außer Kraft setzen . . . Wir wissen, daß ein dauerhafter Frieden die Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für sozialen Fortschritt und für die Emanzipation des Menschen überhaupt."[6]) Die DFI plädiert deshalb dafür, daß Frauen sich in die politische Bewegung unseres Landes einmischen und für das Bündnis der Frauenbewegung mit der Friedensbewegung eintreten.

Atomkraftwerke, Atomrüstung – Männertechnologie?

Aber nicht nur Gewerkschaften und DFI haben sich mit der Problematik der Rüstung befaßt. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Atomkraftwerke und die technologische Entwicklung kam es auch innerhalb der autonomen Frauenbewegung zu einer breiten Diskussion um die Atombewaffnung. So wandte sich schon im Juli 1979 die Berliner Frauenzeitschrift „Courage" gegen die Argumentation Helmut Schmidts, man müsse Kernenergie in Kauf nehmen, wenn man verhindern wolle, daß es zu kriegerischen Auseinandersetzungen um die Energiequellen käme. Dieser Auffassung hielten die „Courage"-Frauen entgegen: „Wir wollen über die Nutzung der Atomkraft selbst entscheiden – und unsere Entscheidung wird weder Krieg noch Atomwaffen sein."[7]) Im Juli 1979 wurde eine Unterschriftensammlung gegen das Atomprogramm begonnen und ein Kongreß gegen Atom und Militär[8]) im September durchgeführt.

War innerhalb der autonomen Frauenbewegung schon vor den Bundestagswahlen von 1980 großer Unmut und Skepsis gegenüber der SPD deutlich ge-

5) Arbeitsgrundlage der DFI, unveröffentl. Manuskript, Teil IX, S. 1.
6) Ebd.
7) Vgl. „Courage", 7/1979, S. 2.
8) Vgl. Auszüge aus dem Einleitungsreferat von S. Plogstedt in: H. Billstein/K. Naumann (Hrsg.), Für eine bessere Republik, Köln 1981, S. 224 ff.

worden, so führten die neuen Erfahrungen bei der Auseinandersetzung um das Atom- und Rüstungsprogramm der Bundesregierung zu einer noch stärkeren Ablehnung der Politik der SPD einerseits und zu einem verstärkten Engagement in der Friedensbewegung andererseits. Vor allem in der „Courage" erschienen seit 1980 bemerkenswerte Analysen über die Waffensysteme. In verschiedenen Aufsätzen kam die Position, die schon bei der Analyse der Technik eine Rolle gespielt hatte, nämlich daß die gegenwärtige negative technologische Entwicklung Ergebnis männlich-destruktiven Denkens und Handelns seien, auch bei der Einschätzung der Rüstung zum Ausdruck. Rüstung und militärische Auseinandersetzungen werden von Teilen der autonomen Frauenbewegung als Ausdruck männlichen Aggressionstriebes und Vormachtstrebens verstanden.

SPD-Frauen gegen Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe

Mit der wachsenden Kritik an der Rüstungspolitik der Bundesregierung und vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses wuchs auch innerhalb der SPD der Widerstand gegen diese Pläne. Große Teile der SPD-Frauen wollten sich nicht der Parteiräson fügen und beugten sich auch nicht der Logik der Parteiführung, die besagte, mehr Waffen schüfen mehr Sicherheit. Im Dezember 1979 beschlossen sie eine Unterschriftensammlung „gegen die Produktion neuer Mittelstreckenraketen und deren Stationierung in der Bundesrepublik und Europa"[9]). Sie unterstützten die Aktionen gegen die Pläne zum Bau der Neutronenbombe und forderten von ihrer Parteiführung und der Bundesregierung die ernsthafte Prüfung der Verhandlungsangebote der Sowjetunion. Angeregt durch den Friedensaufruf skandinavischer Frauen entstand in Westberlin die Initiative „Anstiftung der Frauen zum Frieden", die von Eva Maria Quistorp, Petra Kelly, Helke Sander und vielen anderen Frauen unterstützt wurde[10]).

Friedensfrage bündnisstiftend

Die Zuspitzung der politischen Situation durch den NATO-Doppelbeschluß hatte dazu geführt, daß innerhalb der Frauenbewegung Ressentiments überwunden werden konnten, daß das Bedürfnis nach Zusammenarbeit stärker wurde als die kontroversen Standpunkte, die bislang einer Zusammenarbeit im Wege gestanden hatten. Waren noch 1980 starke Bedenken gegen den Internationalen Frauentag geäußert worden, er wurde teilweise als „sozialistischer Muttertag" abgelehnt, kam es auf Anregung der „International War-Resisters League" 1981 zu einer breiten Zusammenarbeit der Frauengruppen bei der Vorbereitung des 8. März. In vielen Städten entstanden Frauenbündnisse, die auch in der Folgezeit weiterarbeiteten. An vielen Orten ließen sich auch die DGB-Kreisfrauenausschüsse, trotz eines Verbots des DGB-Hauptvorstandes, von einer Mitarbeit bei den Veranstaltungen nicht abhalten.

9) Vgl. Billstein/Naumann, S. 39.
10) Vgl. E. Burmeister, Frauen machen Frieden, Gelnhausen 1981, S. 142; auch in: Billstein/Naumann, S. 220 f.

Die Auseinandersetzung um die Frage Krieg und Frieden und die Tradition des 8. März hat innerhalb der gesamten Frauenbewegung zu einem verstärkten Interesse an der Geschichte des Engagements der Frauen für Frieden geführt. Auf zahlreichen Tagungen der verschiedenen Organisationen berichteten Frauen von ihren Erfahrungen. Dabei galt das Interesse gleichermaßen der privaten wie der politischen Situation von Frauen in Kriegszeiten[11]). Mit der Hinwendung zur Geschichte der Frauenfriedensbewegung wurden zugleich auch die alten, immer noch ungelösten Fragen der Frauenfriedensbewegung neu belebt und mit neuen Akzenten in die gegenwärtige Diskussion eingebracht.

Frauen in die Bundeswehr – kontrovers

Dies wird deutlich am Beispiel der Diskussionen um die Frage der Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr, die bei der Entwicklung des Frauenengagements in der Friedensfrage eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat. Ausgelöst wurde dies wesentlich durch die Initiative „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen NEIN"[12]). Die Erklärung, die von vielen bekannten Frauen als Erstunterzeichnerinnen unterstützt wurde, beinhaltet folgende Gesichtspunkte: Bezugnehmend auf das Grundgesetz, welches die Heranziehung der Frauen zu militärischen Diensten ausdrücklich ausschließt, wird gegen den geplanten Einsatz von Frauen in militärischen und zivilen Bereichen der Bundeswehr argumentiert und diese Absicht als eine Aushöhlung des Grundgesetzes charakterisiert. Dabei wird weder von einer natürlichen weiblichen Friedfertigkeit ausgegangen noch von einer besonderen Beziehung der Frauen zum Leben. Im Mittelpunkt der Ablehnung steht vielmehr die Gefahr einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft. Der Aufruf verweist auf den Zusammenhang zwischen direktem militärischen Bereich und dem zivilen Bereich, der für die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr von großer Bedeutung ist. Diesem Aufruf schlossen sich innerhalb weniger Monate Tausende von Frauen an, an vielen Orten entstanden zu dieser Frage Frauenbündnisse und Arbeitsgruppen. Ende 1980 kam es zu drei großen Demonstrationen gegen die Pläne des Bundeswehrverbandes und der Bundesregierung.

Durch diese Aktionen und Initiativen entstand innerhalb der Frauenbewegung eine breite Diskussion über die Rolle der Bundeswehr, des NATO-Bündnisses, die Funktion der zivilen Bereiche und die Aushöhlung des Grundgesetzes durch die Notstandsgesetze, welche eine Dienstverpflichtung von Frauen möglich machen.

Der Widerstand der Frauen hat mittlerweile dazu geführt, daß das Konzept des Bundeswehrverbandes – einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen – nicht mehr vorrangig diskutiert wird. Nach wie vor wird jedoch von der Bundesre-

11) Vgl. R. Wisbar/F. Hervé (Hrsg.), Leben, frei und in Frieden, Frankfurt/M. 1981. G. Brinker-Gabler (Hrsg.), Frauen gegen den Krieg, Frankfurt/M. 1980; E. Laudowicz/D. Pollmann (Hrsg.), Weil ich das Leben liebe, Köln 1981; E. Zeile (Hrsg.), Frauen für den Frieden, Essen 1981; „Courage"-Sonderheft 3, Alltag im 3. Weltkrieg, Berlin 1980.

12) Zit. n.: R. Janßen, Frauen ans Gewehr?, Köln 1980, S. 130; auch in: Billstein/Naumann, S. 221ff.

gierung das Ziel verfolgt, Frauen auf der Basis der Freiwilligkeit in die Bundeswehr zu locken. Nach den Plänen der Regierung soll dies schon 1983 möglich sein. Angesichts der Arbeitsmarktsituation für Frauen und junge Mädchen steht der Frauenbewegung noch einiges an Aufklärungsarbeit bevor. Wie sich diese Situation auswirken könnte, wurde in einem Antrag der DGB-Bundesfrauenkonferenz deutlich gemacht: „... die derzeitige Berufs- und Ausbildungsnot der Frauen (kann) ausgenutzt werden. Scheinbar freiwillig entscheiden sich dann Frauen für einen Beruf im Bereich der Bundeswehr, weil sie keine andere Chance an Ausbildungsstellen und Arbeitsmarkt haben."[13])

Dabei haben sich leider Meinungen, wie sie vor allem von Alice Schwarzer vertreten wurden, als sehr hilfreich für die Bundesregierung erwiesen. Da ihre Position vielfach verkürzt wiedergegeben wurde, indem ihr unterstellt wurde, sie trete für die Frauenwehrpflicht ein, soll nachfolgend ihre Auffassung kurz umrissen werden. So ist sie der Meinung, daß es bei der beabsichtigten Wehrpflicht für Frauen nicht primär um die Frage Krieg oder Frieden geht, auch nicht um das Problem, wie Kriege verhindert werden können, sondern lediglich um die Frage formal gleicher Rechte für Frauen. So argumentiert sie, „daß wir unabhängig davon, wie wir zur Bundeswehr stehen, nicht hinnehmen, im Namen einer den Frauen angedichteten ‚Friedfertigkeit' aus einem gesellschaftlich so relevanten Bereich ausgeschlossen zu werden."[14]) Im gleichen Atemzug verweist sie darauf, daß sie sehr wohl die negative Rolle der Bundeswehr sehe und deshalb auch für Kriegsdienstverweigerung sei. Im Mittelpunkt ihrer Argumentation steht also das Eintreten für formal gleiche Rechte für Frauen, unabhängig davon, unter welchen politischen Zusammenhängen diese formalen Rechte dann wirksam werden. Wie sich in der Diskussion herausgestellt hat, eignet sich aber gerade diese formalistische Position besonders für diejenigen, die den Frauen den Dienst in der Bundeswehr schmackhaft machen wollen, weil die politischen Zusammenhänge innerhalb dieser Argumentation eine zweitrangige Rolle spielen bzw. eine künstliche Trennung vollzogen wird. Wenn die Frauenbewegung in der Vergangenheit und Gegenwart für formal gleiche Rechte eingetreten ist, geschah dies auch mit dem Blick auf die sich daraus ergebenden positiven Möglichkeiten für Frauen. Die Bundeswehr als Repressionsinstrument nach außen und innen – als solches wird es auch von Alice Schwarzer angesehen – bietet mit ihren hierarchischen Strukturen keinerlei positive Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen. Auch die angebotenen Berufsmöglichkeiten können kein Argument sein. Im Rahmen der Bundeswehr bestehen keinerlei Mitbestimmungsmöglichkeiten über die Inhalte der Berufsausübung, keinerlei Garantien werden gegeben, daß der erlernte Beruf auch außerhalb der Bundeswehr ausgeübt werden kann. Die Erfahrungen von Soldatinnen in der amerikanischen und israelischen Armee haben bewiesen, daß Frauen noch besonderen Diskriminierun-

13) Zit. n.: „Nachrichten", 6/1981, Dokumente, S. 17.
14) Vgl. A. Schwarzer, in: „Emma", 12/1980, S. 19–22.

gen ausgesetzt sind, z.B. Belästigungen durch Männer, Schminkvorschriften, Zuweisung von spezifischen „Frauenarbeiten" sind an der Tagesordnung; den Frauen anerzogene Verhaltensweisen werden brutal ausgenützt. So stellt z.B. „Die Welt" vom 31. Oktober 1978 fest, daß Ausfallzeiten durch Schwangerschaften durch weniger häufiges Fehlen wegen Drogen- oder Alkoholmißbrauchs wieder wettgemacht würden. Offiziere der amerikanischen Armee loben die besondere Anpassungsfähigkeit der Frau und verweisen darauf, daß ihre Anwesenheit das Klima innerhalb der Armee verbessere[15]). Diese wenige Argumente verdeutlichen den formalistischen Charakter der Argumentation von Alice Schwarzer, auf dem sie trotz zahlreicher Diskussionen immer noch beharrt. Ihre Haltung in dieser Frage steht übrigens im Widerspruch zu ihrer Haltung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß. Zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion um die Afghanistan-Frage zunächst die Weiterentwicklung der Bemühungen um Fortsetzung der Entspannungspolitik zu verhindern schien bzw. dazu genutzt wurde, um die Nachrüstung zu legitimieren, machte Alice Schwarzer in der „Emma" darauf aufmerksam, daß diese Frage vorgeschoben werde, um von der notwendigen Diskussion um Abrüstung abzulenken[16]).

Friedfertige Frauen – aggressive Männer?

Im Zusammenhang mit dem wachsenden Engagement der Frauen in der Friedensbewegung wurden Argumente, wie sie unter anderem schon von den Radikalpazifistinnen und Feministinnen Lyda Gustava Heymann und Anita Augspurg zu Beginn des Jahrhunderts vertreten wurden, neu belebt und sind seitdem Gegenstand zahlreicher Erörterungen über das Frauenspezifische des Friedenskampfes.

So waren beide der Auffassung, daß das „männliche Prinzip zersetzend ist" und daß diesem männlichen Prinzip „das weibliche aufbauende Prinzip der gegenseitigen Hilfe, der Güte, des Verstehens und Entgegenkommens"[17]) diametral gegenübersteht. In modifizierter Form findet sich diese Auffassung in Stellungnahmen etwa der „Courage"-Frauen wieder, z.B. in ihrer Antwort auf einen Appell des Komitees der Sowjetfrauen anläßlich der Prager Weltfrauenkonferenz im Oktober 1981 und in den von ihnen dort vertretenen Auffassungen. Sie gehen davon aus, daß es vor allem die „Männerregierungen" seien, die mehr Sprengstoff als Lebensmittel herstellten, daß „Männerregierungen" die Antreiber von Hochrüstung seien und Kriege letztlich Ausdruck männlicher Allmachtsphantasien, mit denen Frauen auch in ihrem Alltagsleben konfrontiert sind[18]). Für Dorothee Brockmann[19]), deren Argumente in der

15) Vgl. S. Plogstedt, ebd.
16) Vgl.: A. Schwarzer, in: „Emma", 5/1980, S. 5ff.
17) G. Brinker-Gabler (Hrsg.), Frauen, S. 65.
18) Vgl.: „Courage", 6/1981, S. 31.
19) D. Brockmann, Wider die Friedfertigkeit – Gedanken über einen kriegerischen Alltag, in: „Courage", 3/1981, S. 20.

Frauenbewegung breite Zustimmung fanden, sind Kriege Kulminationen patriarchalischer Gewalt.

Dieser Einschätzung können Frauen sich jedoch nur dann anschließen, wenn sie der Auffassung zustimmen, daß die gegenwärtig feststellbare Tatsache männerbeherrschter Regierungen mit einem natürlichen Machtstreben von Männern zusammenhängt. Unter einem „natürlichen" Machtstreben wird hier nicht ein möglicherweise historisch entstandenes Bedürfnis gemeint, sondern eines, welches aus den biologischen Wesensverschiedenheiten von Mann und Frau resultieren soll. Geht man jedoch davon aus, daß die nachweislich vorhandenen Verhaltensunterschiede zwischen Männern und Frauen historisch entstanden und demzufolge aus gegenwärtigem Verhalten keine biologischen Wesensmerkmale abzuleiten sind, muß man konsequenterweise die Aufassung von der angeborenen Friedfertigkeit der Frauen einerseits und einem natürlichen Aggressionstrieb der Männer andererseits als die zwei Pole einer auf biologische Wesensverschiedenheiten reduzierte Geschlechtersicht kritisieren. Dies geschieht jedoch weder durch Alice Schwarzer noch durch Dorothee Brockmann. Ihre berechtigte Kritik an der den Frauen zugeschriebene Friedfertigkeit bleibt insofern inkonsequent, da die eine Position („natürliche Friedfertigkeit") nicht ohne die andere („natürlicher Aggressionstrieb") kritisiert werden kann.

Um diese Fragen werden innerhalb der Frauenbewegung sicherlich noch viele Diskussionen kreisen, kommt in dieser Position doch erneut die Haltung zum Ausdruck, die Unterdrückung der Frau basiere auf den Machtgelüsten der Männer, eine Haltung, die die Frauenfrage als Geschlechter- und nicht als soziale Frage begreift. Will man jedoch Aussagen über die Ursachen von Kriegen machen und nicht die falschen Gegner treffen, bleibt eine Analyse der gesellschaftlichen Gründe – der politischen und ökonomischen Motive von Kriegen – unumgänglich. So naheliegend auch die Schlußfolgerung ist, aus dem Fakt, daß gegenwärtig in allen Regierungen die Männer überrepräsentiert sind, ein männliches Aggressionsstreben abzuleiten, bleibt dennoch zu fragen, ob es weniger Kriege geben würde, wenn Frauen die Mehrheit in den Regierungen stellten. Nicht nur, daß man damit offensichtlich doch von einer größeren Friedfertigkeit der Frau ausgeht; darüber hinaus muß darauf verwiesen werden, daß es geschichtlich und aktuell genügend Beispiele kriegerischer Politik von Frauen gab und gibt und daß es in der Geschichte auch genügend Männer und Männerregierungen gegeben hat, die sich für Frieden eingesetzt haben.

Ohne verkürzte Erklärungen komplexer Zusammenhänge wäre nicht nur die Möglichkeit eines engeren Zusammenrückens der Frauen- und der Friedensbewegung gegeben, und es würde einer Tendenz der Isolierung der Frauen innerhalb der Friedensbewegung entgegengewirkt; zugleich könnte ein wichtiger Anstoß zur Politisierung der gesamten Frauenbewegung erfolgen und, damit verbunden, ein Zuwachs an Wirkungsmöglichkeiten innerhalb der politischen Landschaft der Bundesrepublik erzielt werden.

Verweigerungsaktionen

Die Einplanung der Frauen in die Kriegsvorbereitung hat innerhalb der Frauenbewegung zu einer Diskussion um die Aktionsformen geführt und eine Vielzahl phantasievoller Aktionen zur Folge gehabt. Da viele Frauen im Zusammenhang mit einer Ausbildung als Schwesternhelferin beim DRK zumeist unwissend ihr Einverständnis zum Einsatz im Katastrophenfall gegeben hatten, wurden in vielen Städten der Bundesrepublik sogenannte Verweigerungsaktionen durchgeführt. In einer Erklärung weisen die Frauen darauf hin, daß sie nicht bereit seien, sich im sogenannten „Ernstfall" dienstverpflichten zu lassen. Eine weitere Form der Verweigerung wird gegenwärtig anknüpfend an historische Vorläufer diskutiert, nämlich die Einbehaltung von Steuern. Beide Formen der Verweigerungen wurden von Frauen im und nach dem Ersten Weltkrieg praktiziert. So plädierten Anita Augspurg und Lyda Gustava Heymann anläßlich des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges an die Frauen, sich dem Hospitaldienst und der Verwundetenpflege zu entziehen, nach dem Ersten Weltkrieg gab die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) einen Aufkleber heraus mit der Aufschrift „Der Teil meiner Steuer, der für Militärzwecke verwendet wird, ist unter Zwang und Protest bezahlt"[20]).

In den Verweigerungsaktionen steckt der Gedanke, daß politischer Protest allein nicht ausreicht, um Abrüstung durchzusetzen, daß schon heute etwas getan werden muß, um der Kriegsplanung und der Verschwendung der Gelder Einhalt zu gebieten. Zu fragen bleibt jedoch, ob individuelle Verweigerungen, auch wenn sie massenhaft befolgt werden, die Herrschenden zu einer Änderung ihrer militaristischen Politik zwingen können. Tatsache ist, daß 500000 Wehrdienstverweigerer noch nicht haben bewirken können, daß die Zahl der Soldaten reduziert wurde. Unwahrscheinlich ist auch, daß etwa eine Verweigerung der Steuern – abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind – zu einer Reduzierung des Rüstungshaushalts führen würde oder etwa eine Änderung des außenpolitischen Kurses nach sich ziehen könnte. Zu erwarten ist eher, daß die notwendigen Gelder für die Rüstung durch eine Umverteilung zu Lasten anderer Etats herbeigeschafft würden.

Die Aktionsform der Verweigerung ist nur dann politisch wirkungsvoll, wenn sie gekoppelt ist mit der Forderung nach einer grundlegenden Veränderung der Militärpolitik. Darüber hinaus ist aber auch die Ausdehnung der Aktionen der Frauenbewegung notwendig: gegen *alle* Formen der Einengung des weiblichen Lebensbereiches durch die Verwendung von Unsummen von Geldern für Rüstung bei gleichzeitiger Reduzierung der Bildungs-, Sozial- und Kulturhaushalte und durch die Subventionierung von Konzernen, die diese Gelder zu Rationalisierungszwecken und damit zu Erhöhung der Arbeitslosigkeit nutzen.

20) Aufkleber der IFFF.

Wenn man berücksichtigt, daß von den zusätzlich im Nachtragshaushalt 1980 beschlossenen 1,883 Mio. DM allein 960 Mio. DM für militärische Zwecke verwandt wurden[21]), wenn man weiterhin bedenkt, daß im selben Jahr erhebliche Kürzungen in jenen Bereichen vorgenommen wurden, in denen Frauen arbeiten oder von denen Frauen in weitaus höherem Maße als Männer abhängig sind, so scheint eine Aufnahme der Diskussion um die Frage für die gesamte Frauenbewegung unumgänglich. Die im Zuge der Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern vorgenommenen Kürzungen, etwa im Bereich der Kindergärten und Kinderkrippen, damit verbundene Schließungen oder Gebührenerhöhungen, die Einsparungen im Bereich des öffentlichen Dienstes, in welchem überproportional Frauen beschäftigt sind, sind nur einige wenige Maßnahmen im kommunalen Bereich, die Frauen treffen. Hinzu kommen die Sparmaßnahmen im Zuge der Kürzungen des Bundeshaushalts, so die Kürzungen des Kindergeldes und Einsparungen bei Umschulungsmaßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung, von der bekanntermaßen viele Frauen auch deshalb Gebrauch machen müssen, weil ihnen die Kindererziehung aufgebürdet wird. Gesamt- oder Ganztagsschulen, die eine Entlastung berufstätiger Mütter darstellen, stehen kaum noch zur Diskussion. An den Hochschulen wird im Bereich der Vergabe von Lehraufträgen und Zeitverträgen eingespart, die für viele wissenschaftlich qualifizierte Frauen oft die einzige Möglichkeit darstellen, entsprechend ihrer Qualifikation zu arbeiten. An der Rotstiftpolitik zeigen sich schon heute die verhängnisvollen Auswirkungen einer Politik, die ganz auf Rüstung setzt. Es ist höchste Zeit, daß Frauen auch hier öffentlich ihren Protest bekunden und Forderungen stellen. Solche Aktivitäten böten auch Möglichkeiten, neue Kreise von Frauen für die Friedensbewegung zu gewinnen, vor allem solche Frauen anzusprechen, die sich weder durch die geplante Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr noch durch eine mögliche Dienstverpflichtung betroffen sehen.

Krieg und Alltagskrieg

Im Zusammenhang mit der Verweigerungsdiskussion ist eine weitere Form der Verweigerung angeregt worden: Die Verweigerung der Frauen gegenüber einem kriegerischen Alltag. Dorothee Brockmann hat diesen Gedanken damit begründet, daß man nicht davon reden könne, das gegenwärtig im Alltag der Frauen Frieden herrsche. Sie ist der Meinung, daß der Krieg gegen Frauen tagtäglich stattfindet, und deshalb sind die Begriffe „Krieg" und „Frieden" für sie Begriffe der Männerwelt[22]).

In der Kriegsmaschinerie und den von ihr so bezeichneten „Friedensapparaten" sieht sie die mystifizierten Superstrukturen derselben männlichen Gewalt, denen Frauen tagtäglich ausgesetzt sind und die zur Vergewaltigung ihrer Lust, Verstümmelung weiblicher Fähigkeiten und Vernichtung weiblicher

21) U. Albrecht u. a., Militärische Aufrüstung und soziale Demontage. Politische und wirtschaftliche Alternativen zur Rüstungspolitik der Bundesregierung, Düsseldorf 1981, S. 20.
22) D. Brockmann, Wider die Gedanken, S. 21.

Kraft führen. Sie plädiert deshalb für eine konsequente Verweigerung der Frauen gegenüber diesem Alltagskrieg. Das heißt für sie, sich gegen jede Vereinnahmung als Partnerin, als den Männern gleichberechtigte Frau, als Mit- oder Zuarbeiterin zu wehren. Das heißt für sie aber auch, „persönliche Zuneigung zu Frauen nicht nur als private, sondern zugleich als politische Zuwendung zu leben"[23]) und Widerstand zu leisten gegen die Einengung weiblicher Lebensmöglichkeiten, wo immer Frauen damit konfrontiert werden.

Diese Gedanken sind aus der Befürchtung entstanden, im Einsatz der Frauen für Frieden könne der Kampf um ihre eigene Befreiung in den Hintergrund gedrängt werden, würde wieder einmal als „Nebenwiderspruch" und damit Nebensache unter das große Ziel des Friedens untergeordnet und letztlich verschwinden. Ganz davon abgesehen, daß mit der Aussage, die Frauenfrage sei eine aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit abgeleitete Frage – und als solche ein Nebenwiderspruch – niemals auch eine Bewertung der Frauenfrage als nebensächlich oder zweitrangig verbunden sein kann, stellt sich hier die Frage nach dem Verhältnis von Militarismus und Patriarchat, nach den Auswirkungen militaristischer Politik im Alltag, kurz, die Frage nach den Herrschaftsformen und dem Instrumentarium, mit dem militaristische Ziele durchgesetzt werden.

Mit dieser Fragestellung wird die Diskussion der Frauenbewegung um Gewalt gegen Frauen um eine politische Dimension bereichert, und es wird nach übergreifenden Zusammenhängen gefragt. Auf diesen Zusammenhang haben auch schon verschiedene Theoretiker der Arbeiterbewegung hingewiesen. So Karl Liebknecht in seiner Militarismusanalyse[24]), in der er darauf aufmerksam machte, daß mit der „Höherentwicklung" der Waffentechnologie und ihrer Perfektionierung zugleich eine Zunahme solcher Herrschaftsformen verbunden ist, die auf der Unterdrückung demokratischer Gepflogenheiten und Rechte basieren und in denen gleichzeitig versucht werde, militaristisches Gedankengut und chauvinistische Gefühle in allen Bereichen der Gesellschaft wirksam werden zu lassen. Einen anschaulichen Beweis für diese These lieferten Frauen des Sozialistischen Frauenbundes Westberlin (SFB) auf der 3. Sozialistischen Konferenz im November 1981. Sie präsentierten dort eine Sammlung von Werbeanzeigen, Kinoplakaten und Modereklamen, in der deutlich wurde, daß die Degradierung von Frauen zu Sexualobjekten in Verbindung mit militaristischer Aufmachung und Gewaltphantasien zu einem weit verbreiteten Mittel der Werbung und der Unterhaltungsindustrie geworden ist. Damit gewinnt die These Liebknechts, daß der Militarismus die Armee selbst einschließt, daß er darüber hinaus aber „als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halbmilitaristischer Einrichtungen" angesehen werden muß, „ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öf-

23) D. Brockmann, in: „Gesche", Bremen, 8/1981, S. 42.
24) K. Liebknecht, Rekrutenabschied, Militarismus und Antimilitarismus, Dortmund 1971, S. 56.

fentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste, wobei auch Kirche, Schule und eine gewisse feile Tendenzkunst, ferner die Presse, ein erbärmliches käufliches Literatengesindel und der gesellschaftliche Nimbus, mit dem ‚unser herrliches Kriegsheer' wie mit einer Gloriole geschäftig umgeben wird, zäh und raffiniert zusammenwirken"[25]).

So kann man gerade gegenwärtig die Zunahme von Gewaltphantasien im kulturellen Bereich feststellen. Die auch in der Bundesrepublik ausgestrahlten amerikanischen Fernsehserien strotzen nur so vor Gewalt und gewalttätigen Übergriffen auf die Persönlichkeitsrechte durch Polizisten, Geheimagenten, Supermänner. Groß aufgemachte Horrorfilme schaffen ein Klima, in dem kriegerische Gewalt nur noch als Lappalie wahrgenommen wird. Solche kriegstreiberischen und zugleich frauenfeindlichen Bücher wie Konsaliks „Frauenbataillon" erscheinen sicher nicht zufällig zum jetzigen Zeitpunkt und werden mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit zu Verkaufsschlagern. Autorinnen, die sich mit der Frage der Gewalt gegen Frauen befaßt haben, haben versucht, nach den Ursachen wachsender Gewalt zu forschen. So kommen etwa Cheryl Benard und Edith Schlaffer zu der Einschätzung, daß „die kurzschlüssige Personalisierung von Mißständen und das Abreagieren an beliebig verfügbaren Objekten . . . Merkmale einer Gesellschaft (sind), in der sich Wut gegen Unterdrückung und Ausbeutung meist auf Personen bezieht – die Kollegen, den Vorarbeiter, den Chef –, nicht auf die Organisation der Arbeit selbst. Sie wird daher in momentanen Ausbrüchen abreagiert, und zu einer aktiven Auseinandersetzung kommt es nicht"[26]). Aber gerade diese Form der Konfliktlösung wird uns gegenwärtig in den erwähnten „Kulturerzeugnissen" massenhaft vorgeführt. Gesellschaftliche Frustrationen werden somit im Bereich des Privaten ausgetragen und ihres Zündstoffes beraubt, jedoch sind sie im „Ernstfalle" auch wieder für politische Ziele instrumentalisierbar. So ist es geschichtlich bewiesen, daß während des Vietnamkrieges eine Zunahme faschistoider Tendenzen zu verzeichnen war, in der die Diffamierung von Emanzipationsbestrebungen aller Art sowie die Aggressionsentladung auf gesellschaftliche Minderheiten bzw. gesellschaftlich benachteiligte Gruppen wesentlicher Inhalt war[27]). Festzustellen ist jedoch nicht nur eine Zunahme von Gewalt im Alltag, sondern auch eine Zunahme staatlicher Gewalt, etwa im Hinblick auf das Vorgehen gegen Hausbesetzer oder die Gegner der Startbahn West. Daß Militarismus und Anwachsen staatlicher Willkür und Gewalt schon immer eng miteinander verknüpft waren, zeigt auch das Vorgehen der Bundesregierung in den 50er Jahren gegen die Anti-Remilitarisierungsbewegung. Wie eng auch Militarismus und patriarchalische Vorstellungen miteinander verknüpft sind, hat der deutsche Faschismus gezeigt, der in dem „stahlharten Soldaten für den Führer" einerseits und der „zarten Mutter" andererseits sein Ideal sah. Insofern bedeutet die Problematisierung des Zusammenhanges zwischen Alltagsgewalt und kriegerischer Gewalt kei-

25) Ebd. S. 76.
26) Ch. Benard/E. Schlaffer, Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe, Hamburg 1978, S. 128.
27) Vgl. R. Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Hamburg 1971.

neswegs eine Beschränkung der Frauen auf den privaten Bereich[28]), sondern ist ein Beitrag zur Diskussion darüber, mit welchen Mitteln und Methoden sich der Militarismus der Köpfe der Bevölkerung versichert, um seine Ziele zur Wirkung zu bringen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach dem Inhalt von Frieden aufgeworfen. Frieden, zunächst nur verstanden als ein Verzicht auf Anwendung militärischer Mittel bei der Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten, bedeutet keinesfalls eine gesellschaftliche Befriedung. Im Gegenteil, erst unter den oben beschriebenen Bedingungen ergibt sich die Möglichkeit, gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte auszutragen. Daß gerade in Kriegszeiten diese gesellschaftlichen Widersprüche durch ein Einschwören aller Klassen und Schichten auf ein vermeintliches patriotisches Gesamtinteresse unter den Tisch gefegt wurden, beweist anschaulich die Geschichte der beiden Weltkriege.

Macht, Gewalt und Politik

Mit der Diskussion über Krieg und Frieden ist unbemerkt und fast wider Willen auch die Beteiligung der Frauenbewegung an der allgemeinen politischen Diskussion erfolgt, ist die Frauenbewegung gefordert, sich auch zu solchen Themen wie Macht, Politik und Gewalt zu äußern. Dies wurde bislang mit dem Verweis abgelehnt, daß Frauen sich mit diesen Fragen ohnehin nicht identifizieren können. Dorothee Brockmann hat nicht zu Unrecht darauf verwiesen, daß es in „der Frauenbewegung – von den Parteifrauen bis zu den Autonomen – ein bestgehütetes Tabu", den „Umgang von Frauen mit Gewalt, mit Macht, mit Wut und mit Radikalität"[29]) gebe. Lottemi Doormann gelangt zu der Auffassung, daß es sich bei dem Problem Macht und Gewalt „um patriarchalische Werte"[30]) handele. Hier würde die Aneignung der Erfahrung etwa der italienischen Frauenbewegung die politische Diskussion der Frauenbewegung zu diesem Thema bereichern. Bemerkenswerte Gedanken hat etwa Rossana Rossanda in ihren Vorträgen über Widerstand, Revolution und Feminismus entwickelt[31]). Sie schreibt: „Die Frauen erkennen also, daß die politische Organisationsform der Gesellschaft zum erstenmal in der Geschichte nicht nur die natürlichen Ressourcen gefährdet, sondern die Erhaltung der Gattung selbst. Sie fühlen sich bedroht in der elementaren Gewißheit, daß das Leben des Lebens fortbestehen wird. Doch wenn es stimmt, daß diese Gewißheit heute in Frage gestellt wird, ist dann die Einmischung der Frauen, gerade

28) So aufgefaßt von L. Doormann in ihrem Beitrag „Emanzipation wider die Friedfertigkeit", „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 1. 10. 1981, und von E. Gerlach und S. Hoffmann-Rittberg in ihrem Leserbrief zum erwähnten Beitrag in der DVZ v. 19. 11. 1981, S. 16.
29) D. Brockmann, Wider die Friedfertigkeit, S. 20.
30) L. Doormann, Emanzipation, S. 16.
31) R. Rossanda, Einmischung. Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus, Frankfurt/M. 1980, S. 177 ff.
32) Ebd.

in den Bereich der Machtstruktur, nicht erst recht geboten, um den katastrophalen Mechanismus zu brechen?" Sie empfiehlt, die Frage der Macht neu zu überdenken, denn „Macht muß ja nicht notwendig ‚Unterdrückung' bedeuten, sie könnte auch Macht sein, etwas hervorzubringen: eine andere Lebensweise, eine andere Welt, einen inspirierenden Sinn."[32]) Damit wirft sie Fragen nach den Inhalten von Macht, Politik und dem Ziel auch der Frauenbefreiung auf, die bis jetzt innerhalb der bundesrepublikanischen Frauenbewegung nur in Ansätzen diskutiert wurden.

Mütterlichkeit und Friedensengagement

In der Diskussion über das Frauenspezifische des Friedenskampfes ist auch der „Mütterlichkeitsaspekt" starker Kritik ausgesetzt. So moniert Ingrid Strobl: „Ihr sprecht immer wieder von der Angst um eure Kinder, geriert euch als friedfertige – weil weibliche – Wesen, tretet auf als Mütter, Großmütter, Freundinnen von Wehrdienstverweigern. Ihr definiert euch wieder einmal über andere – über eure Kinder, Enkel, Männer. Warum? Können wir nicht auch als selbständige, kämpferische, frauenbewußte Frauen (auch ohne Mann, Kind, Enkel) für den Frieden sein?"[33]) Diese Fragestellung ist nicht nur vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen der Frauenfriedensbewegung aktuell, sondern auch vor dem Hintergrund der Anschauung, daß in Teilen der Frauenbewegung die Meinung, daß „Mütter zweifellos eine besondere Nähe zum Leben"[34]) hätten, durchaus verbreitet ist. Diese „besondere Nähe zum Leben" wurde etwa auch von Olive Schreiner, einer bedeutenden Schriftstellerin und Frauenrechtlerin zu Anfang unseres Jahrhunderts, aufgegriffen und diente für sie als Argument der Beteiligung der Frauen an der Friedensbewegung. Sie war nicht nur der Ansicht, daß Frauen aufgrund ihrer Funktion als Gebärerin neuen Lebens diese Nähe hätten, sondern sie sah in den Kindern einen spezifischen Schöpfungsakt von Frauen, Kinder waren ihrer Meinung nach die „Kunstwerke von uns Frauen"[35]). In ihrem Engagement für den Frieden ging es ihr deshalb nicht nur um den Erhalt des von Frauen geschaffenen Lebens, sondern um den Erhalt ihrer eigenen kreativen Leistungen. Ähnliche Auffassungen finden sich nicht nur bei vielen anderen Pazifistinnen, auch innerhalb der sozialistischen Frauenbewegung spielte der Mütterlichkeitsaspekt bei der Mobilisierung der Frauen eine große Rolle. So heißt es z.B. in dem von der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1915 verabschiedeten Manifest: „Man hat euch gesagt, eure Männer und Söhne seien hinausgezogen, euch, die schwachen Frauen und Kinder, euer Haus und euren Herd zu schützen. Wie ist die Wirklichkeit? Auf den Schultern der schwachen Frauen ist die doppelte Last gehäuft. Schutzlos seid ihr dem Kummer und der Not überantwortet. Eure Kinder hungern und frieren, das Dach über eurem Kopf droht man euch zu nehmen. Eurer Herd ist kalt und leer . . . Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen! Was schreckt ihr zurück? Bisher habt ihr für eure Lieben

33) I. Strobl, „Liebe Friedensfrauen", S. 6.
34) L. Doormann, Emanzipation, S. 16.
35) O. Schreiner, Frauen zahlen die Hauptkosten, in: G. Brinker-Gabler, Frauen gegen den Krieg, S. 48.

geduldet, nun gilt es für eure Männer, für eure Söhne zu handeln."[36]) Ähnliche Aussagen finden sich auch in den Aufrufen des Demokratischen Frauenbundes Deutschland (DFD) nach 1945 und den Stellungnahmen der 1951 entstandenen Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (WFFB). „Frauen – Mütter – Mädchen. Der Frieden ist in großer Gefahr. In vielen Ländern und auch bei uns in Westdeutschland wird ein neuer, furchtbarer Krieg vorbereitet. Deutsche Männer sollen Kanonenfutter in fremden Armeen werden. Auf fremden Befehl sollen sie unsere eigene Heimat vernichten, unser eigenes Volk im Osten Deutschlands und andere friedliche Völker überfallen. Unsere Betriebe sollen für Rüstungen mißbraucht werden, unser Ackerland in Flugplätze verwandelt werden . . . Mütter, um eurer Kinder willen wehrt euch gegen die Kriegsvorbereitungen! . . . Frauen, um Eurer Männer willen laßt die Remilitarisierung Deutschlands nicht zu!"[37]) Dies finden wir im Aufruf des Zentralen Ausschuß zur Vorbereitung des 8. März 1951. In einem Aufruf des WFFB an „alle Mütter und Mädchen" heißt es: „Damit ein Volk frei von Krieg sei, müssen seine Mütter den Frieden wollen und den Frieden leben . . . Wir Frauen und Mütter aber wünschen uns nichts sehnlicher, als daß unsere Heimat erhalten bleibt . . . Wir Frauen verabscheuen den Krieg, und keine Mutter kann daran gehindert werden, das Leben, das sie gegeben, mutig zu verteidigen."[38]) Auch in dem Appell des Prager Weltkongreß der Frauen vom 13. Oktober 1981 findet sich eine Aussage, in der aus der gegenwärtigen faktischen Verantwortung der Frauen für die Kindererziehung eine Verantwortung auch für die Beteiligung am Friedenskampf abgeleitet wird: „Die Frauen bilden die Mehrheit der Weltbevölkerung. Ob unsere Kinder eine friedliche Welt bewohnen werden oder ob das gesamte Leben auf unserem Planeten durch einen Kernwaffenkrieg ausgelöscht wird, hängt auch von uns Frauen ab."

Auch wenn bei der Kritik an dem Mütterlichkeitsaspekt in der Friedensfrage berücksichtigt werden muß, daß dieser Aspekt historisch eine bedeutende Rolle bei der Mobilisierung von Frauen gespielt hat, weil Frauen die ihnen aufgebürdete Verantwortung zunächst akzeptierten und sie sich mit diesem Aspekt besonders identifizieren konnten, auch wenn heute immer noch Frauen die Hauptlast bei der Erziehung der Kinder tragen, scheint doch eine Beschränkung oder ein starkes Betonen dieses Argumentationsstranges ohne eine gleichzeitige Problematisierung dieser Alleinverantwortung dem wachsenden Selbstbewußtsein vieler Frauen und der Frauenbewegung nicht mehr gerecht zu werden. Der Wunsch vieler Frauen, sich weder über ihre Beziehung, noch über die Kinder zu definieren und als selbstbewußte Frauen zu den politischen Fragen der Zeit Stellung nehmen zu wollen, ist ein großer, von der Frauenbewegung hervorgebrachter Fortschritt. Militarismus ist eine Bedrohung für Frauen und Männer, die Auswirkungen dieses Militarismus sind

36) Krieg dem Kriege! Resolution der Internationalen Frauenkonferenz Bern 1915, zit. n. F. Hervé, (Hrsg.) Frauenbewegung und revolutionäre Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1980, S. 52ff.
37) Frauen – Mütter – Mädchen!, zit. in: F. Hervé, Frauenbewegung, S. 191.
38) Aufruf an alle Frauen, Mütter, Mädchen! Dürfen wir noch länger schweigen? zit. in: F. Hervé, Frauenbewegung, S. 205ff.

aufgrund der Tatsache, daß er sich patriarchalischer Formen, Verhaltensweisen, und Methoden bedient, verschieden. Insofern erfordert das Nachdenken über Krieg und Frieden auch die Entwicklung von Gedanken über diesen Zusammenhang und über gesellschaftliche Alternativen, in denen weder die Unterdrückung der Frau noch militaristisches Gedankengut Platz haben.

Funktion und Folgen der Berufsverbote

10 Jahre „Radikalenerlaß" und die Perspektiven des Widerstandes

Von Erich Roßmann

Am 28. Januar 1972 wurde von den Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt jener Ministerpräsidentenbeschluß verabschiedet, der seither die Plattform für die Politik der Berufsverbote in der Bundesrepublik abgibt. Allen vorangegangen war Hamburgs sozialdemokratisch geführter Senat, der mit einem eigenen Erlaß im November 1971 die Welle der „Radikalenhatz" einleitete. Verantwortliche sozialdemokratische Minister hatten damit der Forderung der CDU/CSU entsprochen, gemeinsam „den Radikalismus von linksaußen" zu bekämpfen. Wie so oft schon in unserer Geschichte wurde das Gespenst einer Volksfront heraufbeschworen, das die Republik – zumal an Schulen und Hochschulen – bedrohe. Nach einer „Definition" von Schelsky in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10. 12. 1971 reichte „die strategische Einheit des linken Radikalismus von der DKP und ihrer universitären Unterorganisation Spartakus über die verschiedensten anarchistischen Gruppen bis hin zu Führung der Jungsozialisten und gewichtigen Teilen der Jungdemokraten". In dieses Schema eines innenpolitischen Feindbildes gliederte Schelsky weiter „große Teile der westdeutschen Journalisten und der jüngeren Theologen beider Konfessionen sowie wesentliche Gruppen der jüngeren Lehrerschaft" ein. Rainer Barzel von der CDU gab damals die Parole aus, es müsse verhindert werden, „daß der außenpolitischen Öffnung zum kommunistischen Osten nicht auch die innenpolitische folgt".

Vom „Historischen Kompromiß“ zur „Demokratischen Alternative“

Zur Entwicklung in Italien seit Ende der 70er Jahre

Von Elvio Dal Bosco

Die politische Landschaft Italiens bietet ein Bild äußerster Ungewißheit. Gegenwärtig könnte man von einer Patt-Situation sprechen: die Gegenoffensive der Rechten nach den in den 70er Jahren von den Linkskräften auf politischem, wirtschaftlichem und gewerkschaftspolitischem Gebiet errungenen Erfolgen ist in der Tat auf eine bemerkenswerte Widerstandskraft der Massenbewegungen gestoßen, denen es gelungen ist, die Angriffe auf die Bürgerrechte energisch zurückzuschlagen – wie es der überlegene Sieg der Befürworter des geltenden Abtreibungsgesetzes in der Volksabstimmung vom vergangenen Mai deutlich gezeigt hat.

Zwischen 1969 und 1978 hatte Italien einen kräftigen Linksrutsch erlebt, der sich auch in dem mächtigen Vordringen der Kommunistischen Partei (PCI) bei den Kommunalwahlen 1975 und bei den Parlamentswahlen ein Jahr danach sowie in der Durchsetzung bedeutender gesellschaftspolitischer Rechte niederschlug (Ehescheidung, Schwangerschaftsunterbrechung, modernes Familienrecht). Die großen Arbeitskämpfe des sogenannten heißen Herbstes 1969 waren eingemündet in eine Reihe von ökonomischen Errungenschaften (zwischen 1970 und 1978 ist die bereinigte Lohnquote von 57 auf 65% des Volkseinkommens gestiegen) und in eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (in erster Linie die Einführung des „Statuto dei lavoratori“, einer Art von Arbeitsgesetzbuch). In dieser Zeit wurde auch die Strategie des „historischen Kompromisses“ zwischen dem PCI und der Democrazia Cristiana (DC) begonnen und wieder abgebrochen, die zwar z. T. durchaus positive Ergebnisse gezeitigt hat – insbesondere die feste Haltung Italiens angesichts der Terroranschläge –, die sich aber im Laufe der Jahre aufgerieben hatte. Der PCI hat diese Politik Anfang 1979 aufgegeben, als er erkannte, daß die DC mit dieser Strategie das Ziel verfolgte, ihn endgültig in das von der DC errichtete und ihren Interessen konforme Machtsystem zu integrieren – wie es bereits der Sozialistischen Partei (PSI) in den Mitte-Links-Koalitionen ergangen war.

In den Parlamentswahlen 1979 hat der PCI seine zwischen 1976 und 1978 praktizierte Politik der Öffnung gegenüber der DC und der Unterstützung der Regierungskoalition „von außen her“ (d. h. ohne direkte Regierungsbeteiligung) teuer bezahlt: von 34,4% der Wählerstimmen, die er in den vorangegangenen Parlamentswahlen 1976 auf sich vereinigen konnte, ging sein Stimmenanteil auf 30,4% zurück, auch wenn das Wahlergebnis noch beträchtlich über dem 1972 erreichten lag (27,2%). Mit dem Wechsel der Kom-

munistischen Partei in die Opposition hat sich diese Tendenz abgeschwächt: bei den in ganz Italien durchgeführten Kommunalwahlen 1980 und den partiellen Kommunalwahlen 1981 hat sich der Stimmenanteil des PCI erneut auf 31,5 bzw. 32,9% erhöht.

Im Vergleich zu 1976 lassen sich an den Zahlen von 1980–1981 drei weitere bedeutsame Tatsachen ablesen: der Rückgang der DC, deren Stimmenanteil von 39 auf 35% zurückgeht, das Vordringen des PSI, dessen Stimmenateil sich von 10 auf 14% erhöht, und die bemerkenswerte Zunahme der Zahl der Stimmenthaltungen und der ungültigen Stimmen, die von 9 auf 17% der Wahlberechtigten ansteigt. Dieses Phänomen ist auch Ausdruck eines Unbehagens, einer Abkehr von der Politik von seiten breiter Teile der Bevölkerung, die von den ständigen Skandalen, in die die Regierungsparteien verwickelt sind (Erdölbetrug, P-2-Affäre etc.) angewidert sind und die andererseits angesichts der Schwierigkeit der Linksparteien, ein konkretes und konsequentes Konzept zur Veränderung der Gesellschaft in sozialistischem Sinne anzubieten, verunsichert sind.

Die Außenpolitik

Die von der Carter-Administration eingeleitete und von Reagan stark forcierte Rüstungspolitik hat in Europa in den verschiedenen Regierungen (1. und 2. Regierung Cossiga, Forlani, Spadolini), die von 1979 bis heute aufeinandergefolgt sind, die gefügigsten Verbündeten gefunden. Ende 1979 verpflichtete sich die italienische Regierung zur bedingungslosen Stationierung der neuen US-amerikanischen Raketen auf italienischem Boden; der damalige Ministerpräsident wies vor dem Parlament auf die Notwendigkeit hin, als Zeichen des Entspannungswillens gegenüber der Sowjetunion nach Moskau zu reisen, aber diese Reise hat bis heute noch nicht stattgefunden.

Bereits anläßlich des Besuchs von Carter in Rom im Juni 1980 haben sich die Regierungsparteien und insbesondere die DC die von den USA vertretenen Thesen voll zu eigen gemacht. Die Zeitung der DC, „Il Popolo", empfing den amerikanischen Präsidenten mit folgenden Worten: „In Rom wird Carter zweifellos feststellen können, daß er sich in einem befreundeten Land befindet, das zu der großen amerikanischen Demokratie Bande des Bündnisses, der Zusammenarbeit, der Achtung und des wechselseitigen Vertrauens zu knüpfen vermochte. Eine Zusammenarbeit, die sich auf ein ehrliches und offenes Verhältnis gründet, das von dem Bewußtsein getragen ist, daß unsere Sicherheit, unsere Unabhängigkeit und unsere Autonomie notwendigerweise nur durch eine immer engere und vielfältigere europäische und westliche Solidarität gewährleistet werden können."[1]) Einen Tag nach dem Treffen zwischen Carter und Cossiga unterstrich dieselbe Zeitung die absolute Übereinstimmung zwischen den beiden Staatsmännern: „In einem mehr als dreistündigen Gespräch zwischen Carter und Cossiga hat sich erneut gezeigt, daß die Positionen Italiens und der Vereinigten Staaten in allen wichtigen außenpoli-

1) „Il Popolo" v. 19. 6. 1980, S. 2.

tischen Fragen weitgehend übereinstimmen . . . ‚Der Eindruck von Unstimmigkeit', von dem Carter vor einigen Tagen in bezug auf bestimmte europäische Positionen gesprochen hatte, hat sich in Rom also als unbegründet erwiesen."[2]) In einem Kommentar zum Besuch Carters hieß es in dem christdemokratischen Blatt unter Hinweis auf die Bedrohung durch den sowjetischen Expansionsdrang, der mit der Intervention in Afghanistan deutlich zutage getreten sei: „Carter schlägt als Antwort auf die großen Herausforderungen einer schwierigen und entscheidenden Phase unserer Geschichte zu Recht eine gemeinsam abgestimmte ‚Globalstrategie' vor."[3]) Anläßlich des angekündigten Rückzugs eines sowjetischen Truppenkontingents aus Afghanistan fiel dem Blatt nichts Besseres ein, als zu erklären, daß diese Ankündigung „nur als das Ergebnis der unbeugsamen Haltung des Westens und nicht so sehr als Resultat einzelner Schritte gewertet werden muß"[4]), womit zweifellos die Entspannungsinitiativen einiger westeuropäischer Regierungen gemeint waren.

In einer Analyse der außenpolitischen Aktivitäten der 2. Cossiga-Regierung, die im Anschluß an die Kommunalwahlen vom Juni 1980 gebildet wurde und im Herbst über wirtschaftspolitische Probleme zu Fall gekommen ist, wies Romano Ledda in der Wochenzeitschrift des PCI, „Rinascita", darauf hin, daß „Italien bei jedem Problem allgemeiner und besonderer Natur geradezu zwanghaft auf der Gefahr der ‚zentrifugalen Kräfte', die die ‚westliche Handlungsfähigkeit' schwächen, und auf der Notwendigkeit einer rückhaltlosen und geschlossenen Solidarität besteht."[5])

Mit dem Einzug Reagans ins Weiße Haus hat die Ergebenheit der italienischen Regierungsparteien gegenüber den USA noch ausgeprägtere Formen angenommen, und zahlreiche prominente Politiker der DC und des PSI reisten nach Washington im edlen Wettstreit um die Gunst des neuen amerikanischen Präsidenten; ein Schauspiel, das Leonardo Paggi zu dem treffenden Kommentar veranlaßte: „Es scheint sich erneut die Möglichkeit abzuzeichnen, daß die übelste Seite des Amerikanismus wieder in unsere Politik Eingang findet – nämlich ein Amerikanismus, der immer nur als Antikommunismus und zugleich als systematischer Verzicht auf jede noch so elementare Form von nationaler Würde verstanden wird."[6])

Als praktische Bestätigung für die vollständige Unterwürfigkeit gegenüber den USA wurde dann am 7. Juni 1981 die Entscheidung getroffen, in Comiso auf Sizilien einen Stützpunkt für die Cruise-Raketen zu errichten. In der anschließenden Parlamentsdebatte behauptete der italienische Außenminister Colombo, daß die Stationierung der Cruise-Raketen notwendig sei, um das durch die sowjetischen SS-Raketen erschütterte Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen, und daß jede Verzögerung bei der Vorbereitung der Stationierung der Raketen dazu führen müßte, die sowjetische Verhandlungsbe-

2) „Il Popolo" v. 21. 6. 1980, S. 1.
3) Ebd. v. 22. 6. 1980, S. 2.
4) Ebd. v. 24. 6. 1980, S. 2.
5) Romano Ledda, „Andiamo piano con l'autonomia", in: „Rinascita" v. 10. 10. 1980, S. 5.
6) Leonardo Paggi, „Ma esiste ancora il veteroamericanismo", in „Rinascita", Nr. 7 v. 13. 2. 1981, S. 8.

reitschaft zu mindern. Der sozialistische Verteidigungsminister Lagorio versuchte die Tragweite des Stationierungsbeschlusses herunterzuspielen, indem er sich zu der Behauptung verstieg, daß die 1979 gefaßten Beschlüsse weder die Überlegenheit noch ein Gleichziehen des Westens auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen vorsahen, sondern auf eine begrenzte Modernisierung abzielten, um das gegenwärtige Ungleichgewicht der Kräfte zu überwinden.

Die volle Unterstützung der „Nachrüstungs"politik Reagans durch den PSI ist so weit gegangen, daß die Sozialistische Partei sich in den Debatten im Kommunalrat von Mailand, Bologna und Ragusa (der Hauptstadt der Provinz, zu der Comiso gehört) von den Vorschlägen der Kommunistischen Partei, für den Frieden zu demonstrieren, distanziert hat. Auch anläßlich der jüngsten Friedensmärsche in Assisi, Comiso und Rom (wo fast eine halbe Million Menschen teilnahmen) hat die Parteiführung versucht, ihre Mitglieder durch massiven Druck von einer Teilnahme abzuhalten. Die gegenwärtige Position des PSI stellt einen Bruch mit der pazifistischen Tradition der italienischen sozialistischen Partei dar, die im Ersten Weltkrieg zusammen mit der Partei Lenins die einzige sozialistische Partei Europas war, die sich gegen den Krieg ausgesprochen hat, und die in den 50er Jahren zusammen mit dem PCI große Kämpfe für den Frieden geführt hat. Umgekehrt erweist sich die katholische Kirche in Italien heute im Unterschied zur Nachkriegszeit eher bereit, den Appellen, sich aktiv für die Sache des Friedens einzusetzen, nachzukommen. In einem Interview mit einer linksextremistischen Tageszeitung betonte der Bischof von Ivrea und Präsident der Vereinigung Pax Christi, Luigi Bettazzi, die Notwendigkeit, für den Frieden zu kämpfen, und bedauerte im Hinblick auf die Errichtung des Raketenstützpunktes in Comiso, daß Italien sich inmitten der Bedenken der übrigen europäischen Länder um jeden Preis vor dem gestrengen amerikanischen Lehrer als Musterschüler aufführen wolle. Während die Parteiführung des PSI den eigenen Mitgliedern eine Teilnahme an den Friedensmärschen untersagt, fordern die ACLI, die größte Massenorganisation der italienischen Katholiken, ihre Mitglieder auf, sich daran zu beteiligen, und erheben die Forderung eines Nullwachstums auf dem Gebiet der Rüstungsausgaben.

Die Innenpolitik

In den beiden letzten Jahren war die innenpolitische Szene Italiens beherrscht von den mit der christdemokratischen Machtausübung verbundenen Skandalen: Filzokratie im Sparkassensektor, Steuerbetrug im Handel mit Mineralölerzeugnissen, P-2-Affäre. Diese Skandale haben die Öffentlichkeit zutiefst erschüttert und in der Bevölkerung eine Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System und den Institutionen hervorgerufen, die dem Terrorismus unerhoffte Angriffspunkte geboten hat. Eben darauf ist es zurückzuführen, daß die Terroristen heute als Akteure auf der politischen Bühne und im gewerkschaftlichen Bereich auftreten können. Im Zusammenhang damit bemerkte der Direktor einer der angesehensten italienischen Tageszeitun-

gen, „La Repubblica", zu Beginn dieses Jahres sehr treffend: „Die Roten Brigaden entwickeln sich immer mehr zu einer Partei, einer bewaffneten Partei leider, aber zu einer Partei, die sich bei dem eigenen Vorgehen nach dem Vorgehen der anderen richtet, in der Absicht, in erster Linie Bündnisse zu zersetzen, den Konsens umzuleiten, kurz gesagt, unmittelbar in das politische Leben Italiens einzugreifen . . . Diese Art des Vorgehens verdient größte Aufmerksamkeit. Es scheint nämlich, daß die bewaffnete Partei es darauf anlegt, immer und auf jede erdenkliche Art und Weise die Kommunistische Partei zu isolieren. 1978, um sie aus der Regierungsmehrheit auszuschließen, in die sie gerade erst eingetreten war, heute, um ihren Versuch zunichte zu machen, die laizistischen und linken Kräfte um sich zu sammeln, um Italien einen politischen Kurswechsel vorzuschlagen."[7])

Die enge Verflechtung zwischen den Skandalen des christdemokratischen Machtsystems, der Auflösung der demokratischen Institutionen, der zunehmenden Staatsverdrossenheit der Massen und dem Terrorismus ist von der Kommunistischen Partei erkannt worden. Sie hat in den Mittelpunkt ihrer Politik immer nachdrücklicher die sogenannte moralische Frage gerückt, d.h. sie besteht auf der Notwendigkeit, daß die gesunden Kräfte Italiens die Führung des Landes übernehmen, Kräfte, die nicht in die Skandale und in die von der DC seit über 30 Jahren praktizierten Methoden der Machtausübung verwickelt, sondern Träger eines Plans der Stabilisierung und demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft sind.

Die Reihe der großen Skandale wird Anfang 1980 mit der *Italcasse*-Affäre eröffnet: Die Justizbehörde erläßt – zig Haftbefehle gegen Persönlichkeiten der Bankwelt, gegen Bauspekulanten und Industriekapitäne, die beschuldigt werden, ohne die erforderlichen Bankgarantien Milliardenbeträge aus dem Fonds der Zentralstelle der italienischen Sparkassen „Italcasse" gewährt bzw. entgegengenommen zu haben. Diese Finanzierungen bilden den sogenannten weißen Fonds der *Italcasse,* während der schwarze Fonds die Gelder sind, die den Regierungsparteien über ein Sonderkonto, das durch die Preiserhöhung der ENEL-Schuldverschreibungen gespeist wurde, à fonds perdu gewährt wurden. Ende vergangenen Jahres wird der Skandal des Mineralölbetrugs aufgedeckt: Jahrelang wurden ungeheure Mengen von Mineralölerzeugnissen abgesetzt, ohne daß die entsprechende Mehrwertsteuer dafür entrichtet wurde; es handelt sich um eine Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe, die nur durch die Komplizenschaft hoher Beamter der „Guardia di finanza", der in Italien zur Einhaltung der Steuer-, Zoll- und Währungsvorschriften eingesetzten Polizei, und sogar eines Industrieministers ermöglicht wurde.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht die Welle der Skandale im vergangenen Frühjahr, als die Mailänder Staatsanwaltschaft eine geheime Freimaurerloge, die „P2", aufdeckt, der zahlreiche Politiker der Regierungsparteien angehören und die sich auf den höchsten Ebenen der Staatsapparate eingenistet

7) Eugenio Scalfari, „L'obiettivo politico del partito armato", in: „La Repubblica" v. 18. 1. 1981, S. 1.

hat. Die Mitgliederliste der Freimaurerloge P2 enthält in der Tat die Namen von 40 Generalen der verschiedenen Waffengattungen, 3 Ministern, 14 hohen Richtern, 49 Vorstandsmitgliedern der Kreditinstitute, 83 Industriellen, 4 Verlegern, 8 Zeitungsdirektoren und 10 Journalisten der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI. Die P2 entsteht und behauptet sich als im Hintergrund agierende Regierungskraft in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, als die Einbeziehung des PCI in die parlamentarische Mehrheit das in 30 Jahren von der DC errichtete Machtsystem zu erschüttern drohte. Sie bildet schon bald eine verborgene und parallele Macht hinter der sichtbaren, sozusagen einen Staat im Staate: „Die P2 ist das emblematische Produkt eines politischen Systems, das gegründet ist auf die Verlagerung der Macht außerhalb der Institutionen, auf die enge Verflechtung von Politik, Geschäften und Klientelen, auf die Aushandlung und Verteilung der Positionen in den Institutionen nach Partei- und Proporzgesichtspunkten, auf die Vertretbarkeit und Zweckdienlichkeit der Ziele und politischen Wertvorstellungen, auf die Förderung der korporativen Zersplitterung als Instrument der Konsenssicherung und auf den Verfall der Methoden des politischen Kampfes."[8])

Die Justiz steht jetzt vor der Aufgabe, die Arbeitsweise der P2 und die von ihr verfolgten Ziele vollständig aufzuklären; aber gerade das fürchten einige einflußreiche Kräfte, und so haben die beiden am stärksten in den Skandal verwickelten Parteien, die DC und der PSI, gegen die Mailänder Richter, die mit der Affäre befaßt sind, eine heftige Pressekampagne gestartet. Besonders ausgezeichnet hat sich bei diesem Angriff auf die Justiz die Sozialistische Partei: Ihr Generalsekretär, Bettino Craxi, hat gefordert, daß die Staatsanwaltschaft der politischen Kontrolle der Exekutive unterstellt wird! Es ist bezeichnend, daß der Versuch, die Unabhängigkeit der Anklagebehörde zu beschneiden, in einem Moment unternommen wird, in dem die Justizbehörden eine besonders rege Tätigkeit entfalten und die Richter einiger Staatsanwaltschaften Vorgänge untersuchen, in die hochgestellte Persönlichkeiten der Regierungsparteien, der Spitzen der Staatsapparate und der Welt des *big business* verwickelt sind. Die vehementen Angriffe gegen die Mailänder Staatsanwaltschaft haben ein erstes Ergebnis zu verzeichnen: der Kassationshof hat verfügt, daß alle Untersuchungen im Zusammenhang mit der P2, die bisher in Händen der Mailänder Richter lagen, bei der Römischen Staatsanwaltschaft zusammengefaßt werden. Guido Neppi Modona, ein bekannter Experte in juristischen Fragen, hat diese Entscheidung folgendermaßen kommentiert: „Der Kassationshof, der die höchste Instanz der richterlichen Gewalt ist, hat ein Urteil ausgesprochen, das in Anbetracht des Gremiums, von dem es ausgeht, eine institutionelle Sanktionierung jenes Prinzips bedeutet, demzufolge nur bestimmte Richter – nämlich die römischen, die dem Zentrum der Macht am nächsten sind – dafür zuständig sind, ein Urteil zu fällen, d.h. die Vergehen der Exponenten der politischen Macht zu vertuschen."[9])

8) Franco Bassanini, „Il problema della democrazia bloccata", in: „Rinascita" v. 12. 6. 1981, S. 6.
9) Guido Neppo Modona, „Il trionfo di Gelli", in: „La Repubblica" v. 4. 9. 1981, S. 6.

Der Angriff des PSI auf die Justizbehörde ist allerdings vor dem Hintergrund einer sehr viel umfassenderen Forderung einer Reform der richterlichen Gewalt zu sehen: Ablehnung des Staatsanwalts, Befugnis der Oberstaatsanwaltschaft, eine Rechtssache an sich zu ziehen, Straffung der hierarchischen Struktur der Organe der Staatsanwaltschaft. Überdies besteht die Sozialistische Partei immer nachdrücklicher auf der Änderung der institutionellen Struktur, um die Exekutive gegenüber der Legislative zu stärken. Wie gefährlich ein solcher Vorstoß für die demokratischen Errungenschaften der 70er Jahre in Italien ist, wird von Stefano Rodotà, einem namhaften italienischen Juristen und Parlamentsabgeordneten, sehr deutlich ausgesprochen: „Das Bild, das sich zu Beginn der siebziger Jahre abgezeichnet hat, kann entweder vervollständigt oder ausgelöscht werden. Und indem man das ausspricht, begeht man gewiß nicht den Fehler, sich nach den alten Zeiten zurückzusehnen: jene Jahre stehen bestimmt nicht für ein goldenes Zeitalter, aber sie zeugen zweifellos von einem Willen zur Demokratisierung und Neuverteilung der Macht, der auch heute noch in Rechnung gestellt werden muß. Wenn man also heute beabsichtigt, rein restriktiv das Arbeitsgesetzbuch ('Statuto dei lavoratori') zu revidieren oder in das Parlament oder die Justiz einzugreifen, so scheint es klar, daß man eine Organisation des politisch-institutionellen Systems anstrebt, aus der die Momente der Auseinandersetzung und der Kontrolle möglichst weitgehend ausgeschaltet sind, die als lästige Störfaktoren betrachtet werden."[10])

Die Forderung nach Eingriffen in die institutionelle Ordnung ist im Rahmen der Strategie Craxis zu sehen, deren Schwerpunkt das Prinzip der Regierbarkeit ist, dem alle übrigen innenpolitischen Ziele unterzuordnen sind. Ausgehend von der These, daß das vorrangige Interesse Italiens eine starke und stabile Regierung – unabhängig von ihren politischen Inhalten – ist, meldet der Generalsekretär des PSI seine Anwartschaft auf das Amt des Ministerpräsidenten an, im Rahmen eines politischen Systems, das sich auf den Regierungswechsel zwischen seiner Partei und der DC stützt. Diese Strategie räumt auf mit dem reichen Erbe an Ideen und an Kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, das die Sozialistische Partei in den neunzig Jahren ihres Bestehens gesammelt hat, aber sie hat den Vorzug, angesichts der Krise der DC der Öffentlichkeit als praktikable Alternative zu erscheinen.

Eine ganze Reihe von Faktoren trägt dazu bei, daß das christdemokratische Machtsystem in den 70er Jahren in eine Krise gerät: das starke Vordringen der Arbeiterbewegung sowohl auf politischem Gebiet als auch auf gewerkschaftlicher Ebene, das Auftauchen neuer Massenbewegungen mit stark antikapitalistischer Stoßrichtung (Frauenbewegung, neue Studenten- und Jugendbewegungen), Krise des Wohlfahrtsstaates, der im christdemokratischen Machtsystem die Form eines bloßen Fürsorgestaates zu Zwecken des Stimmenfangs angenommen hatte. Die christdemokratische Partei muß in den Parlaments- und Kommunalwahlen starke Verluste hinnehmen und erleidet in

10) Stefano Rodotà, „Grandi Riforme per cancellare gli anni '70?", in „l'Unità" v. 27. 9. 1981, S. 3.

den Volksabstimmungen, die sie angesetzt hat, um die neuen gesellschaftspolitischen Errungenschaften (Ehescheidung, Schwangerschaftsunterbrechung) zu liquidieren, eine eindeutige Niederlage. Auch die katholische Kirche leistet nicht länger jenen massiven Beistand, den sie der DC in den 60er und vor allem in den 50er Jahren hatte zukommen lassen. Vielmehr ist es heute gerade die Kirche, die die Partei aufruft, sich zu regenerieren. So schrieb ein bedeutender Jesuitenpater, Pater Sorge, vor einigen Monaten, daß die DC, wenn sie nicht fähig ist, sich die Zustimmung zu einem tragfähigen gesellschaftspolitischen Entwurf zu sichern, unweigerlich einem unaufhaltsamen Niedergang entgegengehen werde. Im Unterschied zu den 50er Jahren ist die DC nicht länger fähig, die gemäßigten und die Volkskräfte (vor allem die Bauern), die ihr traditionelles Wählerreservoir bilden, für ein Programm der ökonomischen und sozialen Entwicklung zu mobilisieren: der Versuch, in der sogenannten Untergrundwirtschaft einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu finden, muß kläglich scheitern in einer kapitalistischen Weltwirtschaft, in der sich die wichtigsten industrialisierten Länder einen erbitterten Konkurrenzkampf liefern und die sogenannten Schwellenländer den italienischen Anteil am Welthandel auf dem Gebiet der Güter mit hoher Arbeitsintensität und niedriger Technologie bedrohen.

Die im November von der Kommunistischen Partei vorgeschlagene Politik einer demokratischen Alternative hat bisher noch keinen Konsens in breiten Bevölkerungsschichten gefunden. Einerseits ist das Image des PCI bei Sozialisten und Katholiken durch die vorangegangene Politik des Historischen Kompromisses mit der DC stark belastet, andererseits fehlt es dem alternativen Programm kurzfristig an Konkretheit und langfristig an einem strategischen Ansatz. Der Nachdruck, mit dem der PCI seinen Kampf um die „moralische Frage" führt, sichert der Partei zwar die Sympathien der gesunden Kräfte des Landes, die von der Flut der Skandale abgestoßen sind, aber der Vorrang, der diesem Problem eingeräumt wird, erscheint eher als Ausdruck einer defensiven Politik denn als Element eines alternativen Programms der Führung der Gesellschaft auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Auf jeden Fall stellt die Kommunistische Partei nach wie vor die Hauptkraft des demokratischen Lagers dar: wenn sie das Gewicht ihrer Organisation und die Mobilisierungsfähigkeit ihrer Mitglieder in die Waagschale wirft, nehmen die Kämpfe Massencharakter an und machen die Absichten der reaktionären Kräfte zunichte: das zeigte sich anläßlich des Referendums, mit dem die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wieder abgeschafft werden sollte, und das zeigt sich heute an der ständigen Ausweitung der Friedensbewegung.

Die wirtschaftliche Lage

Die italienische Wirtschaft befindet sich heute sowohl unter konjunkturellen als auch unter strukturellen Gesichtspunkten in einer schwierigen Situation.

Nachdem Italien zusammen mit Japan im Zeitraum 1979–1980 mit 4,5% jährlich die höchste Wachstumsrate unter den wichtigsten entwickelten kapitalistischen Ländern zu verzeichnen hatte, wird das Bruttosozialprodukt zu konstanten Preisen in Italien im Jahre 1981 voraussichtlich um 1% zurückgehen. Die zyklische Wende hat 1980 eingesetzt als Folge der eindeutigen konjunkturellen Verschlechterung der kapitalistischen Weltwirtschaft, aber infolge der immer restriktiveren Währungspolitik, die die Banca d'Italia praktiziert hat, um die Zahlungsbilanz wieder unter Kontrolle zu bringen, die 1980 und im ersten Halbjahr 1981 hohe Defizite aufwies, ist es zu einer weiteren Verschärfung der Rezession gekommen.

Zwischen Januar und Oktober 1981 ist die Industrieproduktion gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um knapp 3,5% zurückgegangen; besonders ausgeprägt (5,5%) war der Rückgang im Verbrauchsgütergewerbe.

Beträchtlich zugenommen hat die Zahl sowohl der Arbeitslosen als auch der Kurzarbeiter: Im 3. Vierteljahr lag die Zahl der Arbeitslosen bei über 2 Millionen, was einer Arbeitslosenquote von knapp 9% entspricht; zwischen Januar und Oktober hat sich die Zahl der Kurzarbeiter im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum 1980 verdoppelt und liegt heute bei 350000. Die Arbeitslosigkeit ist besonders unter den Jugendlichen sehr hoch: Mit einer Arbeitslosenquote von über 30% ist die Jugendarbeitslosigkeit in Italien bei weitem die höchste unter den sieben kapitalistischen Hauptländern. Die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit zeigt, daß die Arbeitslosenquote in Süditalien mit 13% doppelt so hoch wie in Norditalien ist; obwohl Süditalien nur 30% der Arbeitskräfte Italiens hat, macht die Zahl der Erwerbslosen dort fast 50% der gesamten Arbeitslosigkeit aus.

Die Inflation nimmt weiterhin mit zweistelligen Raten zu: Im Bezugszeitraum sind die Großhandelspreise mit einer Rate von 10% gestiegen; die Lebenshaltungskosten sind sogar mit einer Zuwachsrate von über 18% emporgeschnellt, womit Italien an erster Stelle innerhalb der größten kapitalistischen Länder liegt.

In derselben Periode hat die Handelsbilanz einen Passivsaldo in Höhe von 31 Mrd. DM registriert, der sich aus einem Defizit von 41 Mrd. DM in der Sparte Erdöl (Rohöl und Mineralölerzeugnisse) und einem Überschuß von 10 Mrd. DM im übrigen Warenverkehr mit dem Ausland ergibt. Im Vergleich zu demselben Zeitraum des Vorjahres beläuft sich die Verbesserung der Handelsbilanz auf etwa 1 Mrd. DM: während der Erdölfehlbetrag um 13 Mrd. DM gestiegen ist, hat sich der Warenaustausch bei den übrigen Gütern um 14 Mrd. DM verbessert.

Die Zahlungsbilanz schloß in dem Zeitraum Januar–Mai 1981 mit einem Fehlbetrag von fast 10 Mrd. DM gegenüber 7 Mrd. DM in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. In der Folgezeit haben die Einführung eines Bardepots auf die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen und auf den Kauf von Devisen, aber auch die saisonübliche Verbesserung der Dienstleistungsbilanz

dank des Touristenstroms aus dem Ausland dazu beigetragen, die italienische Zahlungsbilanz erheblich zu aktivieren. Im Zeitraum Juli–Oktober 1981 hat sie einen Überschuß von 12 Mrd. DM verzeichnet, so daß sie im gesamten Zeitraum Januar–Oktober 1981 einen Aktivsaldo von etwa 2,5 Mrd. DM ausgewiesen hat, gegenüber einem Defizit von fast 10 Mrd. DM in derselben Periode 1980.

Unter strukturellen Gesichtspunkten fällt außer und zusammen mit der Krise ganzer Industriezweige – wie der eisenschaffenden und der chemischen Industrie – die Krise der Großunternehmen und insbesondere der Staatsbeteiligungen stark ins Gewicht. Die gemäßigten politischen Kräfte und ein Teil des italienischen Unternehmerverbandes *Confindustria* sehen den Niedergang der Großunternehmen in Italien nicht ungern, da die Kämpfe der Arbeiter gerade auf dieser Ebene die weitestreichenden Erfolge errungen haben im Hinblick auf Arbeitsorganisation, Kontrolle des Arbeitstempos und Verringerung der Lohngruppen. Man stimmte ein Loblied an auf das Klein- und Mittelunternehmen und insbesondere die sogenannte Untergrundwirtschaft, die angeblich elastischer, vitaler und eher dazu bereit ist, auf die Signale des Marktes zu reagieren. In Wirklichkeit herrscht sie in jenen Wirtschaftszweigen mit Massenproduktion, hoher Arbeitsintensität und niedriger Technologie vor, in denen die Schwellenländer einen immer schärferen Konkurrenzkampf führen. Wenn Italien diesen Wirtschaftszweigen auf Kosten jener mit hoher technologischer Innovation den Vorrang einräumt, läuft es Gefahr, in der Weltwirtschaft ins Abseits zu geraten und zerrieben zu werden zwischen den dynamischsten kapitalistischen Ländern in den Industriezweigen mit hoher Technologie und den Entwicklungsländern in den traditionellen Industriebereichen. Selbst die italienische Notenbank hat davor gewarnt, die Folgen des Niedergangs der Großindustrie zu unterschätzen: „Die Krise des Großunternehmens drückt auf die Wachstumsrate des Landes und mindert mittelfristig seine Konkurrenzfähigkeit, da sie die Aneignung und Verbreitung neuer Technologien, die Finanzierung der Forschung und die Ausstattung mit Absatzstrukturen nicht in ausreichendem Maße gewährleistet."[11])

Eng verbunden mit der Krise des Großunternehmens ist die schwierige Situation der Staatsbeteiligungen, die zurückzuführen ist sowohl auf die Strukturkrise einiger Wirtschaftsbereiche – z. B. der eisenschaffenden und der chemischen Industrie, in denen die Staatsunternehmen überwiegen – wie auch auf das Nachlassen der unternehmerischen Initiative dieser Unternehmen selbst, die sich in zunehmendem Maße in einer bloßen Verwaltungstätigkeit erschöpft, die aus der Vermittlung zwischen den Interessen der verschiedenen DC-Fraktionen resultiert. 1981 wird der Bilanzverlust der Staatsbeteiligungen voraussichtlich etwa 9 Mrd. DM betragen.

Die Tatsache, daß die Staatsbeteiligungen zu einer christdemokratischen Machtdomäne geworden sind, hat dazu geführt, daß auch die italienische Linke das Staatsunternehmen nicht länger als einen Faktor der gesellschaftli-

11) Banca d'Italia, „Relazione del Governatore sull'esercizio 1980", Rom 1981, S. 68.

chen Transformation und der Überwindung des Kapitalismus betrachtet und seine Krise und schwindende Bedeutung in der italienischen Wirtschaft unterschätzt, was wiederum zur Folge hat, daß der Tendenz zur Privatisierung eines erheblichen Teils der Staatsbeteiligungen nicht energisch genug entgegengetreten wird. Die derzeitige Privatisierung der *Montedison,* des größten italienischen Chemieunternehmens, soll lediglich den Auftakt bilden zu einem ganzen Programm des Abbaus des Staatseigentums in der Industrie.

Es ist aufschlußreich, zu untersuchen, wie die Privatisierung der *Montedison* vor sich gehen wird. Bisher besaß der Staat einen Anteil von 17% des Aktienkapitals, der ausreichte, um ihm die Kontrolle über das Unternehmen zuzusichern, da die große Mehrheit des Kapitals in Händen einer Vielzahl von Kleinaktionären breit gestreut ist. Der Staat verkauft seinen Anteil an *Montedison*-Aktien, die er seinerzeit für 2,60 DM pro Stück gekauft hatte, an eine Privatgruppe (zu der u. a. Fiat und Pirelli gehören) und ein Spezialkreditinstitut, die *Mediobanca,* zum Preis von – sage und schreibe – 44 Pfennig; gleichzeitig wird eine Kapitalerhöhung der *Montedison* beschlossen. Insgesamt hätte die Privatgruppe 275 Mio. DM auszahlen müssen, aber um das zu verhindern, hat man auf eine komplizierte finanzielle Operation zurückgegriffen: Die Privatgruppe verkauft ihr *Montedison*-Aktienpaket an eine Finanzierungsgesellschaft, die *Gemina,* über die sie durch den Ankauf der Hälfte ihres Aktienkapitals die Kontrolle erlangt; die *Gemina* ihrerseits erhöht ihr Aktienkapital und unterschreibt mit dem Erlös einen Teil der Kapitalerhöhung der *Montedison,* um die Kontrolle über sie zu gewinnen. Da der zur Kontrolle über die *Gemina* gezahlte Preis niedriger ist als der, den die Privatgruppe hätte zahlen müssen, um die direkte Kontrolle über die *Montedison* zu erlangen, spart die Privatgruppe die runde Summe von 40 Mio. DM ein, die der Staat ihr im Zuge der Privatisierung der *Montedison* schenkt, indem er die Genehmigung zu der dargelegten finanziellen Operation erteilt!

Die gewerkschaftspolitische Situation

Die italienischen Gewerkschaften befinden sich seit einigen Jahren in einer schwierigen Situation: die Offensive von Unternehmerseite wird immer massiver, die Regierung nutzt die von den autonomen Gewerkschaften geführten korporativen Arbeitskämpfe zu einem Angriff auf einige der historischen Errungenschaften der italienischen Gewerkschaftsbewegung („Statuto dei lavoratori", Lohnindizierung), der Einheitswille zwischen den drei großen Gewerkschaftszentralen (CGIL, CSIL und UIL) erlahmt, und breite Teile der Gewerkschaftsbasis identifizieren sich nicht mehr mit der Strategie der Gewerkschaft.

Wahrscheinlich leidet die italienische Gewerkschaftsbewegung auch an den Folgen der überzogenen Erwartungen, die in den 70er Jahren in die Kraft des Einigungsprozesses zwischen den drei Gewerkschaftszentralen gesetzt wurden, wie Antonio Montessoro treffend schreibt: „In den letzten zehn Jahren meinten manche, die einer im wesentlichen pansyndikalistischen Vorstel-

lung verhaftet waren, daß es möglich wäre, den Einheitsprozeß bis zu seiner Vollendung voranzutreiben, unabhängig vom jeweiligen Entwicklungsstand der politischen Prozesse außerhalb der Gewerkschaft; eine derartige Konzeption hat sich jedoch als unrealistisch erwiesen und hat die Tendenz zu einer bornierten Selbstgenügsamkeit der Gewerkschaft innerhalb ihrer eigenen Grenzen und zu einer zunehmenden Verkennung der nicht nur ökonomischen und sozialen, sondern auch politischen Folgen der von ihr erkämpften Erfolge hervorgebracht."[12])

Die Gewerkschaftsbewegung trug und trägt nach wie vor an den Folgen des Arbeitskampfes bei Fiat im Herbst 1980. Unter dem Vorwand einer weltweiten Krise der Automobilindustrie hatte die Fiat-Leitung damals die Entlassung von 14000 Beschäftigten angekündigt, angeblich um die Produktivität zu steigern, in Wahrheit jedoch, um die aktivsten Gewerkschafter in der Fabrik loszuwerden. Die FLM (die Föderation der Metallgewerkschaften der drei Gewerkschaftszentralen) schlägt dagegen einen weniger drastischen Personalabbau vor: keine Neueinstellungen für die aus dem Betrieb ausscheidenden Beschäftigten, Anreize für freiwilliges Ausscheiden und vorzeitige Pensionierung der ältesten Belegschaftsmitglieder. Da die Fiat-Leitung den Vorschlag ablehnt, kommt es zu einem der längsten Streiks der letzten Jahre in Italien, der 35 Tage dauert und in immer härteren Formen geführt wird, die nur so lange eine breite Solidarität finden, wie die Haltung von Fiat die Interessen und die Zukunft aller Beschäftigten gefährdet. Als die Fiat-Leitung die Entlassungen einstellt, bröckelt die Solidarität der Arbeiter ab, und die Avantgarden in den Streikposten an den Werktoren sind isoliert.

Die am 16. Oktober 1980 zwischen Fiat und FLM abgeschlossene Vereinbarung wird von breiten Teilen der Werktätigen als eine Niederlage der Arbeiterklasse angesehen, obwohl damit die drohenden Entlassungen abgewendet werden und vorgesehen ist, daß alle, die nach zwei Jahren keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, wiedereingestellt werden. Statt der vorgesehenen 14000 Entlassungen werden 23000 Beschäftigte von der Lohnausgleichskasse bezahlt, und die Tarifpartner verpflichten sich, die Einhaltung der Vereinbarung regelmäßig zu überprüfen. Im Juli dieses Jahres wird die Vereinbarung ergänzt: Von den 18000 nach wie vor überschüssigen Beschäftigten werden mindestens 10000 berechtigt sein, bis Juni 1983 von Fiat wiedereingestellt zu werden; dazu kommen zu demselben Zeitpunkt all jene, die nicht anderweitig einen gleichwertigen Arbeitsplatz wie den bei Fiat besetzten gefunden haben.

Der harte Kurs der Fiat-Leitung ist zu sehen als Teil einer umfassenderen Offensive der Unternehmerschaft und der Regierung, die darauf abzielt, die von den Werktätigen seit den großen Arbeitskämpfen im heißen Herbst 1969 errungenen Machtpositionen einzuengen. Ziel dieser Offensive ist die Durchsetzung dreier grundlegender Forderungen: die Revision des „Statuto dei la-

12) Antonio Montessoro, „Una strategia per rinsaldare il rapporto tra sindacato e masse", in: „Rinascita" v. 13. 3. 1981, S. 4.

voratori", die Regelung des Streikrechts und eine Änderung der geltenden Lohngleitklausel.

Schwerpunkt der gegen die Gewerkschaft geführten Offensive ist die Abschaffung oder zumindest eine Abänderung der Lohngleitklausel, die als Hauptursache der Inflationsrate von gegenwärtig ca. 18% – der höchsten unter den wichtigsten kapitalistischen Ländern – gilt. Vor kurzem hat die CISL, die zweitgrößte der drei Gewerkschaftszentralen, selbst eine Änderung der Lohngleitklausel vorgeschlagen. Der von ihrem Wirtschaftsberater Ezio Tarantelli im vergangenen Frühjahr formulierte Vorschlag sieht vor, daß die Gewerkschaft im Einvernehmen mit den anderen Sozialpartnern die Inflationsrate für die nächsten 12 Monate im voraus festlegt; wenn die tatsächliche Inflationsrate nach Ablauf eines Jahres höher ist, als in der vereinbarten Kurve der Indexpunkte der Lohngleitklausel vorgesehen, müssen die Unternehmen den Unterschied zahlen. An diesem Vorschlag des Wirtschaftswissenschaftlers Tarantelli hat sich in Italien eine lange Polemik entzündet, aber bisher hat der Widerstand der CGIL, der größten Gewerkschaftszentrale Italiens, die geplante Änderung der Lohngleitklausel verhindert. Die CGIL stimmt zwar darin überein, daß diese die Inflation inzwischen nur noch zu durchschnittlich 60% auffängt gegenüber 85% im Jahre 1976, als die entsprechende Vereinbarung zwischen Unternehmerverband und Gewerkschaften in Kraft trat, aber sie weist darauf hin, daß die geltende Regelung die niedrigen Einkommen und die große Masse der Rentner dennoch relativ besser schützt.

Worauf alle Änderungsvorschläge letzten Endes hinauslaufen, ist vom Bilanz- und Wirtschaftsprogrammierungsminister La Malfa indirekt ausgesprochen worden, als er sich gegen den Vorschlag wandte, die Renditen der öffentlichen und privaten Schuldverschreibungen zu indizieren, um die Gelderspannisse vor der Inflation zu schützen: „Da der einzige Weg, der zu einer Verlangsamung der Inflation führen kann, in Wirklichkeit die Aushöhlung der im Wirtschaftssystem vorhandenen Nominaleinkommen ist, so verhindert man durch eine allmähliche Ausweitung der Indizierungssysteme, wie sie in unserem Land effektiv erfolgt, das freie Spiel dieser Mechanismen einer Abschwächung der Inflation und schafft faktisch die Bedingungen für ihr Fortdauern."[13])

Auf dem im Oktober dieses Jahres durchgeführten Gewerkschaftstag der CISL lag der Akzent zwar noch auf der Gewerkschaftseinheit, aber in die Schlußresolution wurden zwei Forderungen aufgenommen (Revision der Lohngleitklausel und Bildung eines Investivlohns zur Finanzierung eines Fonds, mit dem produktive Initiativen in Süditalien und die Selbstverwaltung im tertiären Bereich gefördert werden sollen), die von der CGIL abgelehnt werden. Selbst die CGIL rückte die Problematik der Arbeitskosten in den Mittelpunkt ihres Gewerkschaftstages im November. Während sie eine Revision der Lohngleitskala ausschloß, akzeptierte sie die Festsetzung der Inflationsrate für 1982 auf 16%, wie die Regierung vorgeschlagen hatte, forderte je-

13) Giorgio La Malfa, „Vogliamo davvero combattere l'inflazione?", in: „La Repubblica" v. 30. 8. 1981, S. 27.

doch, daß innerhalb dieser Grenze die Zuwachsrate des Nettolohns der des Artbeitslohns entsprechen sollte. Bis Ende Januar 1982 ist die Gewerkschaftsbasis aufgerufen, in den eigens dafür angesetzten Gewerkschaftsversammlungen zu den Problemen der Arbeitskosten, der Inflation und der Lohnindexierung Stellung zu nehmen. Der Stillstand des gewerkschaftlichen Einigungsprozesses ist eine der Hauptursachen des Unbehagens, das gegenwärtig in der italienischen Gewerkschaftsbewegung um sich greift, aber daß die Arbeiterbewegung in Italien durchaus noch vital ist, das hat der Erfolg des Streiks am 23. Oktober 1981 bewiesen, an dem 10 Millionen Werktätige teilgenommen und damit gezeigt haben, daß sie angesichts der Offensive der Unternehmer und der Regierung entschlossen sind, zum Kampf anzutreten, um die wirtschaftlichen Errungenschaften und den sozialen Besitzstand, die sie in den 70er Jahren erkämpft haben, zu verteidigen.

Die wichtigste Aufgabe, vor der die italienische Gewerkschaftsbewegung heute steht, ist die Ausarbeitung einer Gewerkschaftsstrategie für die 80er Jahre, die die im vorangegangenen Jahrzehnt begangenen Fehler und Auswüchse korrigiert. Für die Gewerkschaftsbewegung kommt es – wie Vittorio Rieser schreibt – in erster Linie darauf an, *„ihren ‚traditionellen' Aufgabenbereich der Interessenvertretung und Verhandlung zurückzugewinnen,* den sie aufgrund des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren z. T. eingebüßt hat: hierzu gehören zweifellos die der politischen Lage innewohnenden Zwänge, aber auch die inneren Widersprüche der Gewerkschaftsstrategie und die Veränderungen in der Klassenzusammensetzung. Aber um das zu erreichen in einer Situation, die sich im Vergleich zu der vor über zehn Jahren so tiefgreifend gewandelt hat, gibt es keine Patentrezepte, genügt es nicht, irgendetwas ‚wiederzubeleben' (seien es nun Initiativen oder die Gewerkschaftsautonomie): es bedarf vielmehr einer sorgfältigen und vorurteilslosen *Bestandsaufnahme der Unterschiede,* die in der (gegenwärtigen und potentiellen) sozialen Basis der Gewerkschaft in diesen Jahren eingetreten sind, um auf dieser Grundlage eine differenzierte *Rekonstruktion* der Interessenvertretung vorzunehmen."[14])

14) Vittorio Rieser, „Sindacato e composizione di classe", in: „Laboratorio Politico", Nr. 4, Juli – August 1981, S. 71.

Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die Mitte 1980 begonnene zyklische Krise hat ihre Spuren auch in den Bilanzen der Unternehmen hinterlassen. Die Bundesbank spricht in einer Analyse der Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen, die auf der Auswertung von rund 22 000 Bilanzen und Erfolgsrechnungen basiert, von einer „spürbaren Verschlechterung" der Ertragsverhältnisse. Demnach sind die ausgewiesenen Jahresüberschüsse 1980 um 7,5 % zurückgegangen.

Jahresüberschüsse der Unternehmen

	In Mrd. DM		*Veränderung in %*	
	vor Steuern	*nach Steuern*	*vor Steuern*	*nach Steuern*
1978	*130,0*	*58,6*	*+5,2*	*+5,8*
1979	*139,8*	*62,3*	*+7,6*	*+6,3*
1980	*132,0*	*57,5*	*−5,5*	*−7,5*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1981, S. 18.

Natürlich ist der Informationswert der ausgewiesenen Gewinne begrenzt, da diese Größe nur einen Teil der wirklichen Gewinne widerspiegelt. Daß die Ertragslage sich in Wirklichkeit günstiger entwickelt hat, zeigt die kräftige Steigerung der Abschreibungen und der Rückstellungen, die zu einem erheblichen Anteil versteckte Gewinne enthalten.

Die Bundesbank errechnet trotzdem eine markante Verschlechterung der Finanzierungsverhältnisse. Die Eigenfinanzierungsquote sei demnach auf 66% gesunken, noch unter den Stand von 1970/74.

Diese von der Bundesbank angegebene Eigenfinanzierungsquote muß aber in doppelter Hinsicht als irreführend bezeichnet werden. Einmal deshalb, weil sie neben den Anlageinvestitionen auch die Vorratsbildung einbezieht. Wird aber nach Zusammenhängen zwischen Finanzierungsverhältnissen und Investitionen gefragt, so bezieht sich das immer nur auf die Anlagen. Der Anstieg der Vorräte 1979 und 1980 ist Folge der Absatzstockung, nicht Ausdruck einer bestimmten Investitionspolitik der Unternehmen. Berechnet man aber die Eigenfinanzierungsquote aus dem Verhältnis von eigenen Mitteln zu Bruttoanlageinvestitionen – und nur dieses Verhältnis kann als Bestimmungsgrund für die Investitionstätigkeit überhaupt irgendeine Aussagekraft haben – dann erhalten wir selbst für das Krisenjahr 1980 noch eine Relation, die über 90% liegt.

Eine zweite Einwendung muß gegen die Berechnung der Größe „Eigenfinanzierung" durch die Bundesbank gemacht werden. Irreführend ist dabei insbesondere die Einordnung der Rückstellungen unter die Fremdfinanzierung. Auch von der Betriebswirtschaftslehre wird in der Regel anerkannt, daß es sich bei den Rückstellungen – der größte Posten dabei sind die Pensionsrück-

stellungen – quasi um eigene Mittel handelt, die dem Unternehmen beliebig lang und zu einem niedrigen kalkulatorischen Zins zur Verfügung stehen. Erst jetzt wieder haben die Unternehmer diesen Charakter der Pensionsrückstellungen selbst hervorgehoben: als sie die im Rahmen der Haushaltsberatungen für 1982 erfolgte Heraufsetzung des kalkulatorischen Zinses von 5,5 auf 6% als Beschneidung ihrer Möglichkeiten zur steuerfreien Erhöhung dieser Rückstellungen kritisierten. Die Zuführung zu Rückstellungen müßte also als eine Form der Eigenfinanzierung betrachtet werden. Tatsächlich hatte die Bundesbank in der entsprechenden Berechnung für das Jahr 1979 („Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1980, S. 17) auch nicht zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung, sondern zwischen Innen- und Außenfinanzierung unterschieden: die Zuführung zu Rückstellungen war damals noch korrekterweise als Bestandteil der Innenfinanzierung angegeben worden. Da die Bundesbank Aussagen über den Zusammenhang zwischen den vorhandenen und verfügbaren eigenen Mitteln und der Investitionstätigkeit machen will, müßte sie ihre Berechnungsmethode ändern: auf der einen Seite wäre die Vorratsbildung auszuklammern, auf der anderen Seite müßten die im Unternehmen erwirtschafteten und dort verbleibenden Mittel – also auch die Rückstellungen – einbezogen werden. Im Ergebnis ergäbe sich eine Eigenfinanzierungsquote (c), die deutlich über 100% liegt. Damit ließen sich allerdings schlecht Klagen über mangelnde Unternehmergewinne begründen.

Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen[1])

	1978	*1979*	*1980*
Eigenkapitalerhöhung	*5,5*	*3,8*	*5,5*
Rücklagenzuführung	*5,7*	*10,6*	*2,0*
Abschreibungen	*73,5*	*78,8*	*83,5*
Eigenfinanzierung insgesamt	*84,7*	*93,2*	*91,0*
Verschuldung	*58,2*	*73,7*	*72,0*
Zuführung zu Rückstellungen	*12,5*	*17,1*	*20,0*
Fremdfinanzierung insgesamt	*70,7*	*90,8*	*92,0*
Bruttoanlageinvestitionen	*85,1*	*94,5*	*99,0*
Vorratsveränderung	*18,8*	*34,0*	*39,5*
Eigenfinanzierungsquote a)	*81,5*	*72,5*	*66,0*
Eigenfinanzierungsquote b)	*99,5*	*98,6*	*91,9*
Eigenfinanzierungsquote c)	*114,2*	*116,7*	*112,1*

1) In Mrd. DM
a) Eigenfinanzierung/Anlageinvestitionen + Vorratsbildung in %
b) Eigenfinanzierung/Anlageinvestitionen
c) Eigenfinanzierung + Rückstellungen/Anlageinvestitionen
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1981, S. 19; eigene Berechnungen.

Dieses korrigierte Bild entspricht auch eher der Darstellung, die die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Oktober 1981 über „Investitionen und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen im ersten Halbjahr 1981" gebracht hat. Diese Untersuchung basiert nicht auf Bilanzanalysen, sondern auf den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ist also umfassender. Dort errechnet die Bundesbank für das erste Halbjahr 1981 eine „Eigenfinanzierungsquote" – auch hier sind wieder die Lagerinvestitionen einbezogen – von 80,4%. Klammert man die Lagerbildung aus, bezieht also die „eigenen Finanzierungsmittel" auf die Bruttoanlageinvestitionen, so ergibt sich sogar eine Quote von 85%. In diesem Artikel weist im übrigen die Bundesbank darauf hin, „daß die Gewinnverschlechterung 1980 in einer Phase relativ hoher Erträge einsetzte und deshalb die Investitionen zunächst nicht wesentlich beeinträchtigte." (ebd. S. 18) Zudem stellt die Bundesbank in diesem Aufsatz dar, daß die Ertragslage der Unternehmen bis zuletzt von starken Differenzen charakterisiert war. Die Tatsache, „daß sich die Liquiditätsverhältnisse im Unternehmenssektor zunehmend differenziert haben und manche Firmen . . . Teile der aus dem Cash Flow anfallenden Eigenfinanzierungsmittel vorerst nicht reinvestierten, sondern

zinsbringend an den Kreditmärkten anlegten", wird von der Bundesbank als „Spreizeffekt" bezeichnet. (ebd., S. 22) Welche Unternehmen über insgesamt günstige Finanzierungsverhältnisse auch in der Krise verfügen, das wiederum läßt sich aus Ergebnissen der Bilanzanalysen ableiten, die schon eingangs dargestellt worden waren. Leider differenziert die Bundesbank – obwohl statistisch mehr möglich gewesen wäre – nur in zwei Punkten nach Unternehmensgrößen: bei der Zinsbelastung und bei der Eigenkapitalausstattung.

Zinsbelastung und Eigenkapitalausstattung nach Unternehmensgrößen 1980

Jahresumsatz	*in % des Rohertrags*[1]) *Zinsaufwand*	*Zinsertrag*	*Saldo*	*Eigenmittel in % der Sachanlagen*
Unter 10 Mio.	*5,9*	*0,9*	*5,0*	*49,7*
10 bis 50 Mio.	*5,1*	*1,1*	*4,0*	*67,3*
50 bis 100 Mio.	*4,7*	*1,3*	*3,4*	*84,8*
über 100 Mio.	*3,9*	*2,5*	*1,4*	*93,5*
Durchschnitt	*4,5*	*1,5*	*3,0*	*70,5*

1) Rohertrag: Umsatzerlöse abzüglich Material- und Vorleistungskosten.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1981, S. 18 und 22.

Auf den ersten Blick wird deutlich, daß eine globale Betrachtungsweise der Unternehmenssituation nicht angebracht ist: so wirkt sich z. B. eine Zinserhöhung auf kleine Unternehmen sehr negativ aus: sie sind hoch verschuldet, haben aber kaum eigene Zinserträge. Besonders ungünstig stehen nach der Bundesbankuntersuchung (sie bezieht sich auf Unternehmen aus Industrie und Handel) die Einzelkaufleute mit Jahresumsätzen unter 10 Mio. DM da: sie können ihre Anlagen nur zu 43% durch eigene Mittel finanzieren, sind in großem Umfang auf Kredite angewiesen und führen infolgedessen 7,6% ihres Rohertrags an Kreditgeber, vor allem Banken, ab. Dagegen finanzieren Kapitalgesellschaften mit Jahresumsätzen von über 100 Mio. DM ihre Anlagen zu mehr als 93% mit eigenen Mitteln, geben nur 3,7% ihres Rohertrags für Zinsen aus und betätigen sich zudem in starkem Umfang selbst als Kapitalverleiher: immerhin erhalten sie 2,6% ihres Rohertrags als Zinserträge.

Hätte die Bundesbank auch die Gruppe mit Umsätzen von über 100 Mio. DM weiter differenziert, so hätte sich möglicherweise eine Gruppe von Unternehmen ergeben, deren Zinsaufwendungen niedriger sind als die Zinserträge.

Aus diesem stark differenzierten Bild ergibt sich, daß alle global wirkenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik unwirksam sind bzw. völlig unerwünschte Wirkungen haben: so mag z. B. eine Senkung der Unternehmenssteuern bei kleinen und mittleren Betrieben tatsächlich Investitionen erleichtern, bei großen Unternehmen, die ohnehin über ausreichende und z. T. sogar überschüssige Mittel verfügen, dürfte aber keine positive Wirkung auf die Investitionstätigkeit erwartet werden. Eine mit entsprechenden Ausgabenkürzungen im Staatshaushalt verbundene Verbesserung der Ertragsbedingungen der privaten Unternehmen – und die ist der Kern der „Rotstiftpolitik" – muß aus diesem Grund krisenfördernd wirken: die bei den großen Konzernen anfallenden zusätzlichen Mittel werden schließlich dem inländischen Nachfragekreislauf entzogen und finden in spekulativer Form oder in Form von Auslandsinvestitionen Anlagemöglichkeiten.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Dokumente zur Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen

Rundfunkansprache des polnischen Partei- und Regierungschefs Jaruzelski zur Verkündung des Ausnahmezustands vom 13. Dezember 1981 (Wortlaut)

Bürgerinnen und Bürger der Volksrepublik Polen!

Ich wende mich heute an Euch als Soldat und als Chef der polnischen Regierung. Ich wende mich an Euch in einer Sache größter Bedeutung. Unser Vaterland befindet sich am Rande des Abgrunds. Das Werk vieler Generationen, das aus den Ruinen wiedererstandene polnische Haus, steht erneut vor der Zerstörung. Die Strukturen des Staates hören auf zu funktionieren, der zusammenbrechenden Wirtschaft werden täglich neue Schläge versetzt. Die Lebensbedingungen drücken auf die Menschen mit immer größerer Last. Durch jeden Betrieb, durch viele polnische Haushalte verlaufen schmerzhafte Trennlinien.

Die Atmosphäre nicht endender Konflikte, Mißverständnisse und des Hasses sät psychische Leere, verletzt die Traditionen der Toleranz.

Streiks und Streikbereitschaft, Protestaktionen wurden zur Norm. Sogar die Schuljugend wird hineingezogen. Gestern abend waren viele öffentliche Gebäude besetzt. Es werden Aufrufe verteilt, mit den Roten physisch abzurechnen, mit Menschen, die andere Meinungen vertreten. Es häufen sich Fälle des Terrors, der Drohungen und der moralischen Willkür sowie der direkten Gewalt. Eine breite Welle dreister Verbrechen überflutet das ganze Land.

Es wachsen ins Millionenfache die Gewinne der Haie der wirtschaftlichen Unterwelt. Chaos und Demoralisierung haben katastrophale Ausmaße angenommen. Das Volk hat die Grenze der physischen Belastbarkeit erreicht. Viele Menschen erfaßt Verzweiflung. Nicht Tage, sondern nur noch Stunden trennen uns von der nationalen Katastrophe. Die Ehrlichkeit gebietet, die Frage zu stellen: Muß es dazu kommen?

Als ich das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, glaubte ich, daß wir es schaffen werden, voranzukommen. Haben wir alles getan, um die Krisenspirale aufzuhalten? Die Geschichte wird unser Handeln werten. Es ging nicht ohne Fehler ab. Wir ziehen Schlußfolgerungen daraus, vor allem eine: Die vergangenen Monate waren für die Regierung eine Zeit angespannter Arbeit, der Auseinandersetzung mit riesigen Schwierigkeiten. Leider wurde die Volkswirtschaft zur Arena des politischen Kampfes gemacht. Die absichtliche Torpedierung der Maßnahmen der Regierung bewirkte, daß die Ergebnisse in keinem Verhältnis zu den Anstrengungen stehen. Man kann uns nicht guten Willen, Mäßigung und Geduld absprechen. Manchmal war es vielleicht sogar zuviel. Man kann nicht umhin, die von der Regierung gezeigte Achtung vor den getroffenen Vereinbarungen anzuerkennen. Wir sind sogar weitergegangen.

Die Initiative der großen nationalen Verständigung fand die Unterstützung von Millionen Polen. Sie schuf die Chance zu einer Vertiefung des Systems der Volksmacht und der Erweiterung des Umfangs der Reformen.

Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Am gemeinsamen Tisch fehlte die Führung von „Solidarność". Die Worte, die in Radom gesprochen wurden, die Beratungen in Gdansk haben restlos die wahren Absichten ihrer Führungskreise enthüllt. Diese Absichten werden massenhaft von der täglichen Praxis bestätigt – die wachsende Aggressivität der Extremisten, das offene Streben zu völliger Zerstörung der sozialistischen polnischen Staatlichkeit.

Wie lange kann man auf eine Ernüchterung warten? Wie lange soll die zum Einvernehmen ausgestreckte Hand auf die geballte Faust treffen? Ich sage das schweren Herzens, mit großer Bitterkeit. In unserem Land könnte es anders sein, müßte es anders sein. Ein Weiterbestehen des gegenwärtigen Zustandes würde unausweichlich zur Katastrophe führen, zum völligen Chaos, zu Not und

Hunger. Ein rauher Winter könnte die Verluste vervielfachen, zahlreiche Opfer fordern, besonders unter den Schwächsten, jenen, die wir am meisten schützen wollen.

In dieser Situation wäre Untätigkeit Verbrechen am Volk. Man muß sagen: „Genug!" Man muß eine Konfrontation verhindern, ihr den Weg versperren, eine Konfrontation, die die Führer der „Solidarność" offen angekündigt haben. Wir müssen das gerade heute erklären, wo das Datum bevorstehender politischer Massendemonstrationen, darunter auch im Zentrum Warschaus, bekannt ist, die im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Dezember-Ereignisse angekündigt wurden. Jene Tragödie kann und darf sich nicht wiederholen. Wir haben nicht das Recht, zuzulassen, daß die angekündigten Demonstrationen zum Funken werden, der das ganze Land in Brand setzen kann. Der Selbsterhaltungstrieb des Volkes muß zu Worte kommen. Den Abenteurern muß man die Hände binden, ehe sie das Vaterland in den Abgrund eines Bruderkampfes stürzen.

Bürgerinnen und Bürger!

Groß ist die Last der Verantwortung, die in diesem dramatischen Augenblick der polnischen Geschichte auf mich fällt. Es ist meine Pflicht, diese Verantwortung zu übernehmen. Es geht um die Zukunft Polens, für die meine Generation an allen Fronten des Krieges gekämpft und die besten Jahre ihres Lebens hingegeben hat.

Ich verkünde, daß sich am heutigen Tage ein Militärrat für die nationale Rettung konstituiert hat. Der Staatsrat hat entsprechend den Festlegungen der Verfassung heute um Mitternacht den Ausnahmezustand auf dem Territorium des gesamten Landes verkündet. Ich möchte, daß alle die Motive und das Ziel unseres Handelns verstehen. Wir streben keinen Militärputsch, keine Militärdiktatur an. Das Volk hat genügend Kraft, genügend Weisheit, um ein funktionstüchtiges, demokratisches System sozialistischer Ordnung zu schaffen. In einem solchen System werden die Streitkräfte dort bleiben können, wo ihr Platz ist, in den Kasernen. Keines der polnischen Probleme kann man auf längere Sicht mit Gewalt lösen.

Der Militärrat für die nationale Rettung ersetzt nicht die verfassungsmäßigen Machtorgane. Seine einzige Aufgabe ist der Schutz der Rechtsordnung im Staat, die Schaffung von Garantien für die Exekutive, die es ermöglichen, Ordnung und Disziplin wiederherzustellen. Das ist der letzte Weg, um die Herausführung des Landes aus der Krise einzuleiten und den Staat vor dem Zerfall zu bewahren.

Das Komitee für Landesverteidigung hat bevollmächtigte Militärkommissare, auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung und in einigen Wirtschaftseinheiten berufen. Die bevollmächtigen Kommissare haben das Recht erhalten, die Tätigkeit der Organe der staatlichen Verwaltung von den Ministerien bis zu den Gemeinden zu überwachen. Die Proklamierung des Militärrats für die nationale Rettung und die heute veröffentlichten Dekrete legen im einzelnen die Normen der öffentlichen Ordnung für die Dauer des Ausnahmezustandes fest.

Der Militärrat wird dann aufgelöst, wenn im Lande die Rechtsordnung wiederhergestellt ist, wenn die Voraussetzungen für die normale Tätigkeit der zivilen Verwaltung und der Vertretungskörperschaften gegeben sind. Mit der zunehmenden Stabilisierung der inneren Lage werden die Einschränkungen der Freiheiten im öffentlichen Leben verringert oder aufgehoben. Aber niemand möge mit Schwäche oder Zögern rechnen!

Im nationalen Interesse wurde eine Gruppe von Personen vorbeugend interniert, die die Sicherheit des Staates gefährden. In dieser Gruppe befinden sich extreme Funktionäre von „Solidarność" sowie illegaler staatsfeindlicher Organisationen. Auf Weisung des Militärrates wurden ebenfalls mehrere Dutzend Personen interniert, die persönlich dafür verantwortlich sind, daß es in den 70er Jahren zu einer tiefen Krise des Staates gekommen ist, die ihre Dienststellungen für persönliche Vorteile mißbraucht haben. Zu diesen Personen gehören unter anderen Edward Gierek, Piotr Jaroszewicz, Zdislaw Grudzien, Jerzy Lukasewicz, Jan Szydlak, Tadeusz Wrzaszczyk und andere. Die vollständige Liste wird veröffentlicht.

Wir werden konsequent das polnische Leben von Übeln säubern, ganz gleich, wo sie entstehen. Der Militärrat wird die Voraussetzungen für einen rücksichtslosen Kampf gegen die Kriminalität schaffen. Die Tätigkeit verbrecherischer Banden wird von den Gerichten im Sofortverfahren behandelt. Personen, die sich mit Spekulationen in großem Rahmen beschäftigen, die illegale Profite machen, die die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verletzen, werden verfolgt und mit aller Härte bestraft.

Auf unrechtem Wege erworbener Besitz wird konfisziert. Personen in führenden Funktionen, die sich der Vernachlässigung ihrer Dienstpflichten, der Vergeudung und des Partikularismus, des Machtmißbrauchs und der Herzlosigkeit gegenüber den Angelegenheiten der Bürger schuldig

machen, werden auf Antrag der bevollmächtigten Militärkommissare disziplinarisch von ihrer Funktion entbunden. Die Achtung vor der Arbeit der Menschen muß wieder hergestellt, die Wahrung von Recht und Ordnung gesichert werden. Es muß die persönliche Sicherheit eines jeden gewährleistet werden, der in Ruhe leben und arbeiten will.

Die Bestimmungen eines Sonderdekrets sehen die Tilgung von einigen Straftaten und Vergehen gegen die Interessen des Staates vor, die vor dem 13. Dezember dieses Jahres begangen wurden. Wir suchen keine Rache. Wer ohne bösen Willen sich von Emotionen hinreißen ließ, sich falschen Inspirationen hingab, kann diese Chance nutzen.

Bürgerinnen und Bürger!

Der polnische Soldat diente und dient treu dem Vaterland, immer in der ersten Linie, bei jeder gesellschaftlichen Notwendigkeit. Auch heute wird er ehrenvoll seine Pflicht erfüllen. Unser Soldat hat saubere Hände. Er kennt keine Privatinteressen, sondern nur den harten Dienst. Er hat kein anderes Ziel als das Wohl des Volkes. Die Berufung auf die Hilfe der Armee kann nur Übergangscharakter, außerordentlichen Charakter haben und hat nur diesen Charakter. Die Armee wird nicht die normalen Mechanismen der sozialistischen Demokratie ersetzen. Demokratie kann sich jedoch nur in einem starken, auf einer Rechtsordnung beruhenden Staat verwirklichen und entwickeln. Die Anarchie ist die Negierung, der Feind der Demokratie.

Wir sind nur ein Tropfen im Strom der polnischen Geschichte. Sie besteht nicht nur aus ruhmreichen Seiten, es gibt darin auch dunkle Seiten, Liberum Veto, Privatinteressen, Zwistigkeiten und im Ergebnis Niedergang und Niederlagen. Dieser Teufelskreis muß unterbrochen werden. Wir dürfen keine Wiederholung der Geschichte zulassen. Wir wollen ein großes Polen, das groß ist durch seine Leistung, seine Kultur, durch die Formen des gesellschaftlichen Lebens, durch seine Position in Europa. Der einzige Weg dazu ist der Sozialismus, der von der Gesellschaft akzeptiert und ständig durch die Erfahrung des Lebens bereichert wird.

Ein solches Polen werden wir aufbauen. Ein solches Polen werden wir verteidigen. Bei diesem Werk kommt den Parteimitgliedern eine besondere Rolle zu. Trotz begangener Fehler und bitterer Niederlagen ist die Partei im Prozeß der historischen Umwandlungen eine aktive und schöpferische Kraft. Um wirksam ihre Führungsmission auszuüben, um fruchtbringend mit den verbündeten Kräften zusammenzuarbeiten, muß sie sich auf aufrechte, bescheidene und mutige Menschen stützen, auf solche Menschen, die in jeder Umgebung den Namen eines Kämpfers für gesellschaftliche Gerechtigkeit und das Wohl des Landes verdienen.

Das vor allem entscheidet über die Autorität der Partei in der Öffentlichkeit, das ist ihre Perspektive. Wir werden die ewig lebendigen Quellen unserer Ideen von Entstellungen und Verzerrungen befreien, die universellen Werte des Sozialismus schützen und sie ständig durch nationale Wurzeln und Traditionen bereichern. Der Mehrheit des Volkes, den parteilosen Werktätigen und der jungen Generation sowie dem gesunden Teil, insbesondere dem Arbeiterteil von „Solidarność", der aus eigener Kraft und im eigenen Interesse die Propheten der Konfrontation und Konterrevolution von sich weisen wird, werden auf diesem Wege die sozialistischen Ideale nähergebracht werden. So verstehen wir die Ideen der nationalen Verständigung. Wir erhalten sie aufrecht, wir achten die Vielfalt der Weltanschauungen, wir schätzen die partriotische Haltung der Kirche.

Es gibt ein übergeordnetes Ziel, das alle denkenden und verantwortungsbewußten Polen vereint: die Liebe zum Vaterland, die Notwendigkeit der Stärkung der mit solcher Mühe erkämpften Unabhängigkeit, die Achtung des eigenen Staates. Das ist das festeste Fundament einer wahren Verständigung.

Bürgerinnen und Bürger!

So wie es keine Abkehr vom Sozialismus gibt, so gibt es keine Rückkehr zu den fehlerhaften Methoden und Praktiken der Zeit vor dem August 1980. Die heute unternommenen Schritte dienen der Wahrung der Grundvoraussetzungen der sozialistischen Erneuerung. Alle bedeutenden Reformen werden unter den Bedingungen von Ordnung, sachlicher Diskussion und Disziplin weitergeführt. Das betrifft auch die Wirtschaftsreform.

Ich will keine Versprechungen machen. Uns steht eine schwere Zeit bevor. Damit es morgen besser sein kann, muß man heute die harten Tatsachen anerkennen, Verständnis für notwendige Entbehrungen aufbringen. Eines möchte ich erreichen – Ruhe. Das ist die Grundvoraussetzung für den Beginn einer besseren Zukunft.

Wir sind ein souveränes Land. Aus dieser Krise müssen wir also aus eigener Kraft herauskommen. Mit unseren eigenen Händen müssen wir die Gefahren bannen. Die Geschichte würde es der jet-

zigen Generation nicht verzeihen, würde diese Chance vergeben. Wir müssen der weiteren Abwertung der internationalen Position unseres Staates Einhalt gebieten. Unser Land mit 36 Millionen Menschen im Herzen Europas kann nicht endlos in der erniedrigenden Rolle eines Bittstellers auftreten. Wir dürfen nicht übersehen, daß wieder zynische Meinungen aufleben von einer Republik, in der Anarchie herrscht. Man muß alles tun, um solche Meinungen auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

In diesem schweren Augenblick wende ich mich an unsere sozialistischen Verbündeten und Freunde. Wir schätzen ihr Vertrauen und ihre ständige Hilfe hoch. Das polnisch-sowjetische Bündnis ist und bleibt Eckpfeiler der polnischen Staatsraison, Garantie der Unantastbarkeit unserer Grenzen. Polen ist und bleibt ein festes Gleid des Warschauer Vertrages, ein zuverlässiges Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft. Ich wende mich auch an unsere Partner in den anderen Ländern, mit denen wir gute, freundschaftliche Beziehungen entwickeln wollen. Ich wende mich an die gesamte Weltöffentlichkeit. Wir appellieren um Verständnis für die außergewöhnlichen Bedingungen, die in Polen entstanden sind, für die außergewöhnlichen Mittel, die notwendig geworden sind. Unsere Aktionen bedrohen niemanden. Sie haben ein Ziel: die Beseitigung der inneren Gefahren und damit die Verhütung von Gefahren für den Frieden und die internationale Zusammenarbeit. Wir beabsichtigen, die abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen einzuhalten. Wir möchten, daß das Wort Polen immer Achtung und Sympathie in Europa und in der Welt wecken möge.

Polinnen und Polen!

Brüder und Schwestern!

Ich wende mich an Euch alle als Soldat, der sich gut an die Grausamkeit des Krieges erinnert. Möge in diesem gepeinigten Land, das schon so viel Not und Leiden erfahren hat, kein Tropfen polnischen Blutes fließen. Bannen wir durch gemeinsame Anstrengungen das Gespenst eines Bürgerkrieges. Errichten wir nicht dort Barrikaden, wo eine Brücke gebraucht wird.

Ich wende mich an Euch, polnische Arbeiter. Verzichtet zugunsten des Vaterlandes auf Euer unveräußerliches Recht des Streiks für die Zeit, die notwendig ist, die größten Schwierigkeiten zu überwinden!

Wir müssen alles tun, damit die Früchte Eurer schweren Arbeit nicht umsonst waren.

Ich wende mich an Euch, Brüder Bauern. Laßt nicht zu, daß Eure Landsleute Hunger leiden. Sorgt für die polnische Erde, damit sie uns alle ernähren kann.

Ich wende mich an Euch, Bürger der älteren Generation. Laßt nicht zu, daß die Wahrheit über die Jahre des Krieges, über die schwere Zeit des Wiederaufbaus in Vergessenheit gerät. Übermittelt sie Euren und Enkeln, übermittelt ihnen Euren glühenden Patriotismus, die Bereitschaft zu Entbehrungen zum Wohle des Vaterlandes.

Ich wende mich an Euch, polnische Mütter, Ehefrauen und Schwestern. Unternehmt alles, damit in den polnischen Familien keine Tränen mehr vergossen werden.

Ich wende mich an die jungen Polinnen und Polen. Beweist staatsbürgerliche Reife und denkt ernsthaft an die eigene Zukunft, an die Zukunft des Vaterlandes.

Ich wende mich an Euch, Lehrer, Wissenschaftler und Kulturschaffende, Ingenieure, Ärzte, Publizisten. Möge an dieser bedrohlichen Wende in unserer Geschichte der Verstand über ausufernde Emotionen, der intellektuelle Bestandteil des Patriotismus über trügerische Mythen siegen.

An Euch wende ich mich, meine Waffenbrüder, Soldaten der polnischen Armee, im aktiven Wehrdienst und in der Reserve. Bleibt dem Eid treu, den Ihr dem Vaterland für gute und schlechte Zeiten geleistet habt. Von Eurer heutigen Haltung hängt das Schicksal des Landes ab.

Ich wende mich an Euch, Angehörige der Miliz und des Sicherheitsdienstes. Schützt den Staat vor dem Feind, die Werktätigen vor Unrecht und Gewalt.

Ich wende mich an alle Bürger. Eine Stunde schwerer Prüfung ist gekommen. Diese Prüfung müssen wir bestehen. Wir müssen beweisen, daß wir Polens wert sind.

Landsleute!

Vor dem ganzen polnischen Volk und der ganzen Welt möchte ich jene unsterblichen Worte wiederholen: „Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben!"

Sitzung der Verbandsführung von „Solidarnosc" am 2. Dezember 1981 in Radom (Auszug)

Nach der Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP vom 7. Dezember 1981 wurde der Wortlaut der Vorstandstagung der Gewerkschaft „Solidarnosc" am 2. Dezember 1981 in Radom auf Tonband aufgezeichnet. Der Mitschnitt wurde wenige Tage später von den polnischen Medien veröffentlicht. Von seiten der „Solidarnosc" wurde die Authentizität des Tondokumentes nicht bestritten. Da die hiesige Presse nur geringen Gebrauch von diesem Mitschnitt gemacht hat, dokumentieren wir im folgenden den uns von PAP vorliegenden Auszug aus den Tonbandaufzeichnungen. Der Text gibt unverhüllte Auskunft über die Ziele der Verbandsführung von „Solidarnosc" wenige Tage vor der Verhängung des Kriegszustandes. D. Red.

Lech Walesa: „Die Konfrontation ist unvermeidlich, und sie wird stattfinden. Ich wollte zu dieser Konfrontation auf einem natürlichen Weg kommen, wenn tatsächlich alle sozialen Gruppen hinter uns stehen. Allerdings, ich habe mich verkalkuliert. Es stellt sich heraus, daß wir diesen Weg nicht so weitergehen können. Daher müssen wir zu blitzschnellen Manövern greifen . . . Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir dieses System auflösen . . ."

Jacek Kuron: „Die Erzwingung von Wahlen und eines neuen Wahlgesetzes, die totale Ablehnung der Reformen der Regierung und der Notstandsmaßnahmen sollten die Felder sein, auf denen die Konfrontation stattfindet. Der Boden dafür muß schon heute durch Aktionen zum Sturz der Behörden vorbereitet werden . . ."

Jan Rulewski: „Der Angriff sollte um jeden Preis gestartet werden – vor allem auf die Behörden der Wojewodschaften, um sie vor den Wahlen völlig zu diskreditieren . . ."

A. Sobieray: „Die Gruppen von Solidarnosc sollten ihre Aktionen an die Stelle einiger Aktivitäten der Behörden setzen, die kommunalen und Woiwodschaftsvertreter um jeden Preis zurückzudrängen und die Gesellschaft überzeugen, daß sie zu nichts gut sind."

G. Palka: „Die Partei kann die Konfrontation hinausschieben, weil sie die Macht hat. Daher müssen wir sogenannte Arbeitermilizen schaffen, mit Helmen und Gummiknüppeln bewaffnete Gruppen . . ."

Z. Bujak: „Die erste Aktion der Arbeitermilizen sollte die Befreiung der Zentrale von Radio und Fernsehen sein. Sofort muß ein sozialer Rat für nationale Ökonomie geschaffen werden. Dies wird so etwas wie eine provisorische Regierung sein. Die Regierung muß schließlich gestürzt werden, bloßgelegt und jeder Glaubwürdigkeit beraubt . . ."

Jan Rulewski: „Die provisorische Regierung wird das Land bis zu den Wahlen stabilisieren. Es wird eine Nicht-Parteien-Regierung sein, die den Taktiken des KOR folgt und nicht der Taktik des KPN (eine nationalistische Vereinigung; d. Red.). Die Taktik muß darin bestehen, alle Schachzüge der Partei zu entlarven, sie zu verhindern und sie zu überholen . . ."

CBS-Interview mit Hauptmann Gornicki, übertragen von den ARD-Tagesthemen am 21. Dezember 1981 (Auszüge)

Hauptmann Gornicki ist Sprecher des Militärrates. D. Red.

Auf die Frage nach dem Schicksal des „Solidarität"-Vorsitzenden Lech Walesa antwortete *Hauptmann Gornicki:* Es liegt an Herrn Walesa. Ich kann mir aber kaum vorstellen, daß ihm etwas geschieht. Ich kann mir ebensowenig ein Polen nach der Aufhebung des Kriegsrechts vorstellen – ohne „Solidarität". Das Versöhnungsangebot von General Jaruzelski wurde nicht von „Solidarität" – das heißt: nicht von sämtlichen Mitgliedern – ausgeschlagen, sondern von einer Handvoll Extremisten, die einen übermäßigen Einfluß in der Politik von „Solidarität" gewonnen hatte.

Frage: Heute ist der sechste Tage. Sind Sie erfolgreich? Haben Sie Ihre Ziele erreicht?

Gornicki: Es kommt darauf an. Politisch ja. Einige Anführer hatten wohl ihren Einfluß überschätzt. Ich will nicht behaupten, daß jeder Bürger jeden Soldaten auf der Straße mit offenen Armen begrüßt. Dies war ein chirurgischer Eingriff, der notwendig geworden war.

Frage: Die entscheidenden Fragen sind: Wann kann das Kriegsrecht aufgehoben werden und unter welchen Bedingungen? Und was wird aus den Polen, die in den Internierungslagern sitzen?

Gornicki: Das Kriegsrecht wird aufgehoben. Verständlicherweise kann ich ein Datum noch nicht nennen. Zuerst müssen drei Hauptbedingungen erfüllt werden:

1. Ein Ende der Unruhen, die zu einer Eskalation der Gewalt führen, das ist der Sinn eines Kriegsrechts.

2. Zeichen, daß unsere sterbende Wirtschaft wieder anläuft. Ich glaube, das kann sehr schnell erreicht werden, zum Beispiel in einigen Fabriken, die jetzt militarisiert sind. Nicht alle sind militarisiert, aber einige; dort kann man seinen Arbeitsplatz nicht verlassen. Bei allen militärischen Bereichen werden ja Zwänge in irgendeiner Form angewandt.

3. Wenn die Gefahr einer Erneuerung durch konterrevolutionäre Kräfte gebannt ist. Die festgenommenen Führer von „Solidarität" können jederzeit freigelassen werden, wenn sie öffentlich erklären, daß sie bereit sind, ausschließlich als Gewerkschaftsführer zu arbeiten.

Dies muß öffentlich geschehen, sie müssen öffentlich erklären, daß sie den sozialistischen Staat anerkennen und daß sie auch die bestehenden militärischen Bündnisse anerkennen.

Was sie sonst tun, ist ihre eigene Angelegenheit.

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Bukarest am 1. und 2. Dezember 1981

(Wortlaut)

. . . Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Auffassung, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen höchste Pflicht jedes Staates und jedes verantwortungsbewußten Staatsmannes ist, Zurückhaltung zu üben und sich in ihren Handlungen von den Lebenserfordernissen der Menschheit leiten zu lassen. Es gilt, den Frieden zu bewahren und zu festigen und die materiellen Ressourcen und wissenschaftlichen Errungenschaften nicht zur Vernichtung der Menschen und zur Zerstörung der Zivilisation, sondern für die Lösung der vor den Völkern stehenden sozialökonomischen Probleme, die Hebung ihres Wohlstandes und das Erblühen ihrer Kultur einzusetzen. Sie erklären, daß jene Staaten und Staatsmänner, die als erste Kernwaffen einsetzen würden, sich des schwersten Verbrechens an der Menschheit schuldig machen.

Für die auf der Tagung vertretenen Staaten gibt es, gab es und wird es keine andere strategische Doktrin außer der Verteidigungsdoktrin geben. Sie beabsichtigen nicht, eine nukleare Erstschlagskapazität zu schaffen. Sie hegten diese Absicht in der Vergangenheit nicht und werden das auch in Zukunft nicht tun. Sie trachten nicht nach militärischer Überlegenheit und werden eine solche niemals anstreben. Sie traten und treten dafür ein, daß durch die Verwirklichung von Abrüstungsmaßnahmen das militärische Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau gewährleistet und die militärische Konfrontation in Europa abgebaut und beseitigt wird.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind davon überzeugt, daß im Wettrüsten niemand gewinnen kann. Derjenige, der sich in der Hoffnung auf einen Sieg zur Entfesslung eines Kernwaffenkrieges entschließen sollte, würde eine nukleare Katastrophe für die Menschheit heraufbeschwören und unvermeidlich in dieser selbst zugrunde gehen. Ein Kernwaffenkrieg ist nicht zu begrenzen.

3. Die Teilnehmer der Tagung äußerten die Überzeugung, daß die unverzügliche Einstellung des Wettrüstens und der Übergang zu echten Abrüstungsmaßnahmen, besonders auf dem Gebiet der Kernwaffen, heute mehr denn je ein dringendes Gebot sind. Diese Aufgabe muß gelöst werden, um die militärische und politische Konfrontation abzubauen und die Kriegsgefahr zu bannen, den Entspannungsprozeß zu erhalten und fortzusetzen und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu entwickeln.

Sie bekräftigten die unabänderliche Bereitschaft ihrer Länder, die Begrenzung, Reduzierung und das Verbot aller Waffenarten auf gerechter gegenseitiger Grundlage zu vereinbaren. Das bezieht sich sowohl auf die Kernwaffen und alle Arten von Massenvernichtungswaffen als auch auf konventionelle Rüstungen. Das betrifft auch die zahlenmäßige Verringerung der Streitkräfte der Staaten. . .

4. Die Teilnehmer der Tagung brachten die positive Haltung ihrer Staaten zur Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über das Problem nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen wurde das jüngste sowjetisch-westdeutsche Treffen auf höchster Ebene als ein bedeutendes Ereignis gewürdigt, das die Voraussetzungen für deren Durchführung stärkt. Die auf der Tagung vertretenen Staaten sehen das Ziel der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA, die am 30. November 1981 in Genf wiederaufgenommen wurden, in der Festigung der Sicherheit aller europäischen Staaten und Völker unter Wahrung eines stabilen Kräftegleichgewichts in Europa auf einem immer niedrigeren Niveau der Kernwaffenrüstungen und in der Beseitigung der über den Völkern des Kontinents schwebenden Gefahr.

Die Erreichung dieses Ziels macht es erforderlich, alle nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa (boden- und seegestützte Raketen, kernwaffentragende Flugzeuge), alle Faktoren, die die strategische Situation auf dem Kontinent bestimmen, zu berücksichtigen.

Für die Schaffung einer günstigeren Atmosphäre in den Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen würde es förderlich sein, für die Zeit der Verhandlungen ein Moratorium über die Stationierung neuer und die Modernisierung der vorhandenen nuklearen Mittelstreckenwaffen beider Seiten in Europa zu vereinbaren. Die Teilnehmer der Tagung hoben als konstruktiven Schritt die von der Sowjetunion geäußerte Bereitschaft hervor, bei Einverständnis der anderen Seite mit dem Moratorium als Akt guten Willens einseitig einen gewissen Teil ihrer nuklearen Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR zu reduzieren, um jenem niedrigeren Niveau näherzukommen, das die UdSSR und die USA im Ergebnis der Verhandlungen vereinbaren könnten. Es wurde auch die große Bedeutung der Absicht der Sowjetunion unterstrichen, sich in den Verhandlungen für eine radikale Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen durch beide Seiten in Europa einzusetzen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind auch für eine solche Lösung, die den völligen Verzicht beider Seiten – des Westens und des Ostens – auf alle Arten nuklearer Mittelstreckenwaffen, die auf Objekte in Europa zielen, vorsehen würde. Sie treten dafür ein, daß Europa letztlich frei von Kernwaffen jeder Art wird, seien es Mittelstrecken- oder taktische Waffen...

5. Die auf der Tagung vertretenen Staaten setzen sich einmütig für die schnellstmögliche Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen ein.

Sie halten es für erforderlich, daß die entsprechenden Verhandlungen, gestützt auf das dabei bereits Erreichte und unter strikter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit, zur Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen führen. Das wäre für die Stärkung der internationalen Sicherheit von außerordentlich großer Bedeutung.

6. Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich dafür aus, in den Wiener Verhandlungen über eine gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa den toten Punkt zu überwinden. Sie sind überzeugt, daß die in den Jahren 1978–1981 mit dem Ziel der Annäherung der Positionen unterbreiteten Vorschläge der sozialistischen Teilnehmerländer den Verhandlungen eine Grundlage sind, die es ermöglicht, die praktische Arbeit am Text eines Abkommens für die erste Etappe zu beginnen. Für einen Fortschritt in den Wiener Verhandlungen ist es notwendig, daß auch die westlichen Teilnehmerstaaten den Willen zur Lösung der erörterten Probleme aufbringen und eine konstruktive Antwort auf die Vorschläge der sozialistischen Länder geben.

7. Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen des europäischen Kontinents, darunter in Nordeuropa und auf dem Balkan, sowie einer Zone des Friedens und der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum aus...

8. Die Teilnehmer der Tagung sprachen sich entschieden für eine Intensivierung der Tätigkeit aller internationalen Gremien aus, in denen Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen und die Abrüstung geführt werden oder geführt werden sollen, insbesondere des Genfer Abrüstungsausschusses.

Sie bekundeten das Interesse ihrer Staaten an der Wiederaufnahme aller in letzter Zeit unterbrochenen Verhandlungen und erklärten ihre Bereitschaft, zu deren erfolgreichem Abschluß beizutragen. Das betrifft die Verhandlungen über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche, über das Verbot und die Beseitigung der chemischen Waffen, über die Einschränkung des Verkaufs und der Lieferung konventioneller Waffen, über die Begrenzung und nachfolgende Verringerung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean sowie eine Reihe

anderer Fragen. Erforderlich ist, schnellstens in Verhandlungen über solche Fragen einzutreten wie die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und die Beseitigung ihrer Vorräte, das Verbot der Neutronenwaffe und die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium der Staaten, in denen es gegenwärtig solche nicht gibt...

Sie unterstrichen die Bereitschaft ihrer Länder, über die Reduzierung der Militärbudgets, vor allem der Staaten, die über ein gewaltiges Militärpotential verfügen, entweder auf prozentualer Grundlage oder in absoluten Zahlen übereinzukommen. Ein erster Schritt in dieser Richtung könnte das Einfrieren der Rüstungsausgaben der Staaten sein. Die konkreten Vorschläge der sozialistischen Staaten zu allen Aspekten dieses umfangreichen Problems sind bekannt, und sie werden aufrechterhalten.

Auf der Tagung wurde hervorgehoben, daß die Annahme wirksamer Maßnahmen zur Verhütung der Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum an Aktualität gewonnen hat. In diesem Zusammenhang wurde der von der UdSSR auf der 36. Tagung der UN-Vollversammlung unterbreitete Vorschlag, einen internationalen Vertrag über das Verbot der Stationierung von Waffen jeder Art im Weltraum abzuschließen, einmütig unterstützt.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten werden auf internationaler Ebene weiterhin das Verbot der Anwendung der Kernwaffen für alle Zeiten und den Verzicht aller Staaten auf die Gewaltanwendung in den gegenseitigen Beziehungen, die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und den Abzug der Truppen von fremden Territorien anstreben.

9. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigten die Entschlossenheit ihrer Staaten, auch weiterhin zur Vorbereitung der im Jahre 1982 bevorstehenden zweiten Sondertagung der UN-Vollversammlung über Abrüstung beizutragen. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie an einer erfolgreichen Durchführung der Tagung sowie daran interessiert sind, daß ihre Arbeit auf die Annahme solcher Beschlüsse orientiert wird, die tatsächlich zu einer Wende in Richtung auf die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung führen und den Verhandlungen zu diesen Fragen einen neuen Impuls verleihen. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie insbesondere die Bedeutung der sorgfältigen Erarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms, das auf der Tagung behandelt und angenommen werden soll...

10. Bei dem Meinungsaustausch über den Verlauf des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa betonten die Minister, daß sein erfolgreicher Abschluß einem weiteren Fortschritt bei der Realisierung der Schlußakte von Helsinki dienen, zur Erhaltung des Entspannungsprozesses beitragen und sich förderlich auf die Gesundung der zwischenstaatlichen Beziehungen auswirken würde. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage wäre das von besonders großer Bedeutung.

In diesem Zusammenhang erörterten die Teilnehmer der Tagung den tatsächlichen Stand der Dinge auf dem Madrider Treffen, schätzten sowohl die bereits erreichten Ergebnisse, darunter bei der Abstimmung des Abschlußdokuments, als auch die bisher noch nicht abgestimmten Fragen ein. Sie unterstrichen die positive Bedeutung dessen, daß auf dem Treffen den militärischen Aspekten der europäischen Sicherheit, insbesondere der Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses, große Aufmerksamkeit zuteil wird. Sie stellten eine gewisse Annäherung der Positionen hinsichtlich der Ziele der Konferenz, ihrer etappenweisen Durchführung und der konkreten Aufgaben der ersten Etappe fest, in der Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens und der Sicherheit sowie zur Verringerung der Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa erörtert und angenommen werden sollten. Diese Annäherung der Positionen wurde in beträchtlichem Maße dadurch gefördert, daß sich die Sowjetunion bereiterklärte, die Anwendung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf den gesamten europäischen Teil der UdSSR bei entsprechender Erweiterung der Zone vertrauensbildender Maßnahmen seitens der westlichen Länder auszudehnen...

11. Große Bedeutung messen die Teilnehmer der Tagung der Annahme von Maßnahmen zur weiteren Durchsetzung der in der Schlußakte formulierten Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Madrider Treffen sowie der Notwendigkeit ihrer strikten Einhaltung durch alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in den gegenseitigen Beziehungen sowie in den Beziehungen zu anderen Staaten bei...

12. Es wurde unterstrichen, daß es von prinzipieller Bedeutung ist, im Interesse der Verhinderung einer weiteren Komplizierung der internationalen Lage auf Schritte zur Schaffung neuer und Erweiterung bestehender militärisch-politischer Bündnisse und zur Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf andere Regionen zu verzichten. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigten auch die von ihren Staaten wiederholt unterbreiteten Vorschläge, gleichzeitig den Warschauer Vertrag und

den NATO-Block aufzulösen sowie als ersten Schritt die Militärorganisationen beider Gruppierungen abzuschaffen und mit einer Reduzierung ihrer militärischen Aktivitäten zu beginnen.

13. Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind der Überzeugung, daß Europa das gemeinsame Haus aller europäischen Völker unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung ist, daß es nie mehr zum Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen werden darf und alle seine Völker an den Früchten des Friedens, der Unabhängigkeit, des Fortschritts und des Gedeihens teilhaben sollen.

Bei aller Kompliziertheit der gegenwärtigen internationalen Lage kann man durch einen auf gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung beruhenden Dialog, auf dem Wege sachlicher und konstruktiver Verhandlungen eine Minderung der Spannungen, einen Vertrauenszuwachs in den Beziehungen zwischen den Staaten und eine Entwicklung der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen ihnen erreichen.

Wie kompliziert die internationalen Fragen auch sein mögen, mit denen die heutige Welt konfrontiert ist, gibt es keine unter ihnen, die nicht auf friedlichem Wege unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten geregelt werden könnten . . .

Erklärung der Ministertagung des Nordatlantikrates am 10. und 11. Dezember 1981 in Brüssel über INF-Modernisierung und Rüstungskontrolle

(Wortlaut)

Die Bündnispartner, die den Beschluß vom Dezember 1979 über die Modernisierung und Rüstungskontrolle im Bereich nuklearer Mittelstrecken-Systeme (INF) gefaßt haben, begrüßten den Beginn der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über INF-Rüstungskontrolle am 30. November 1981, die im SALT-Rahmen stattfinden. Sie brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß ein positives Ergebnis dieser Verhandlungen zu größerer Stabilität zwischen Ost und West und auch zu Fortschritten in anderen Ost-West-Rüstungskontrollverhandlungen beitragen würde. Sie unterstützen voll die amerikanische Verhandlungsposition, die in intensiven Konsultationen der Bündnispartner ausgearbeitet wurde.

Der Beschluß vom Dezember 1979 wurde vor dem Hintergrund der wachsenden Bedrohung der Sicherheit des Bündnisses durch sowjetische INF großer Reichweite, insbesondere der SS-20, jede mit drei gegen verschiedene Ziele einsetzbaren Gefechtsköpfen, getroffen. Seit dieser Zeit ist die Zahl sowjetischer Raketen großer Reichweite rasch angestiegen. Die Aufstellung von SS-20-Raketen wird fortgesetzt. Die Sowjetunion verfügt nun über etwa 1100 Gefechtsköpfe auf weitreichenden INF-Raketen, die das Bündnis bedrohen.

Der Doppelbeschluß vom Dezember 1979 öffnete den Weg zur Verminderung der Bedrohung durch Rüstungskontrollverhandlungen. Auf der Basis dieses Beschlusses und mit der vollen Unterstützung ihrer Bündnispartner haben die Vereinigten Staaten einen weitreichenden Vorschlag zur Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen landgestützten INF-Raketen großer Reichweite vorgelegt. Die USA haben angeboten, auf die Dislozierung von Pershing II und landgestützten Marschflugkörpern zu verzichten, wenn die Sowjets ihre SS-20-Raketen demontieren und ihre SS-4- und SS-5-Raketen außer Dienst stellen. Dieses historische Angebot ist unkompliziert und fair und würde diejenigen Systeme beseitigen, die auf beiden Seiten die größte Besorgnis hervorrufen. Falls die Sowjetunion ebenso bereit ist, einschneidende Abrüstungsmaßnahmen zu erzielen, kann die Beseitigung dieser Raketen großer Reichweite auf beiden Seiten Wirklichkeit werden. Verminderungen bei anderen amerikanischen und sowjetischen nuklearen Systemen könnten in anschließenden Phasen angestrebt werden.

Die Entschlossenheit zur Durchführung beider Teile der Entscheidung vom Dezember 1979 war ein entscheidender Faktor, die Sowjetunion davon zu überzeugen, ohne Vorbedingungen in Verhandlungen einzutreten. Damit wurden günstige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß echte Rüstungskontrolle erreicht werden kann. Die gleiche Entschlossenheit wird auch zur Erzielung konkreter Ergebnisse bei den Verhandlungen unverzichtbar bleiben. Die Durchführung des Modernisierungsprogramms wird forgesetzt und kann nur durch eine faire und wirksame Rüstungskontrollvereinbarung geändert werden.

Die Bündnispartner begrüßten die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Verhandlungen innerhalb der kürzestmöglichen Zeit zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Sie stellten darüber hinaus fest, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, in gutem Glauben zu verhandeln, und bereit sind, sowjetische Vorschläge anzuhören und zu prüfen mit dem Ziel, eine ausgewogene, wirksame und verifizierbare Vereinbarung zu erreichen, welche die Sicherheit des Bündnisses erhöhen und dadurch zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West beitragen wird. Die Erreichung einer solchen Vereinbarung erfordert ein vergleichbar konstruktives Herangehen seitens der Sowjetunion.

Die Konsultationen der USA mit den Bündnispartnern in der besonderen Beratungsgruppe über INF-Rüstungskontrolle haben wesentlich zu der Vorbereitung auf die Verhandlungen beigetragen. Diese Konsultationen werden während der Verhandlungen fortgesetzt. Sie sind Ausdruck der Bündnissolidarität und zeigen sowohl die amerikanische Entschlossenheit, die Auffassung der Bündnispartner zu berücksichtigen, als auch die enge Beteiligung der Bündnispartner an den Verhandlungsbemühungen der Vereinigten Staaten.

Gemeinsames Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11.–13. Dezember 1981

(Wortlaut)

Auf Einladung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, hielt sich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, vom 11. bis 13. Dezember 1981 zu einem Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik auf.

Helmut Schmidt und Erich Honecker führten einen umfassenden Meinungsaustausch über Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie über aktuelle internationale Fragen mit europäischem und weltweitem Bezug.

Die Gespräche fanden in einer sachlichen und aufgeschlossenen Athmosphäre statt. An den Gesprächen nahmen teil auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland Bundesminister Egon Franke, Bundesminister Dr. Otto Graf Lambsdorff und weitere Persönlichkeiten, auf Seiten der Deutschen Demokratischen Republik das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Mitglied des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Günter Mittag, des Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Oskar Fischer, und weitere Persönlichkeiten.

Helmut Schmidt und Erich Honecker bekräftigten ihre Überzeugung, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

Beide Seiten sind sich ihrer großen Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa bewußt. Sie stimmen darin überein, daß vom Verhältnis der beiden deutschen Staaten keine zusätzlichen Belastungen für das Ost-West-Verhältnis ausgehen dürfen.

Im Bewußtsein, daß in den beiden Staaten unterschiedliche gesellschaftliche Ordnungen bestehen und sie verschiedenen Bündnissen angehören, bekundeten beide Seiten ihren Willen, den Entspannungsprozeß aktiv zu fördern und zur Sicherung eines dauerhaften Friedens und zu einer stabilen Entwicklung der internationalen Lage beizutragen.

Helmut Schmidt und Erich Honecker verwiesen auf die große Bedeutung des politischen Dialogs zwischen den Staaten, insbesondere in der gegenwärtigen internationalen Situation, und auf die große Verantwortung aller Staaten für die Festigung des Friedens und den Abbau bestehender Spannungen.

Sie sind überzeugt, daß es zur friedlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Staaten keine vernünftige Alternative gibt und daß diese Zusammenarbeit von den Zielen und Prinzipien

geleitet sein muß, die in der Charta der Vereinten Nationen und in der Schlußakte von Helsinki niedergelegt sind.

Beide Seiten würdigten die Entwicklung seit dem Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972. Sie stellten fest, daß dieser Vertrag und die seither geschlossenen Vereinbarungen und Regelungen Möglichkeiten für die Lösung bestehender Probleme und Voraussetzungen für eine beiderseits vorteilhafte und sich weiter vertiefende Zusammenarbeit geschaffen haben.

Unbeschadet der weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten in Grundsatzfragen bekräftigen sie ihren Willen, im Interesse von Frieden und Sicherheit in Europa und zum Wohl der Menschen in beiden deutschen Staaten die Bemühungen um gutnachbarliche Beziehungen stetig fortzuführen.

Sie beabsichtigen, die Verhandlungen und Gespräche in den verschiedenen Sachbereichen fortzusetzen, bestehende Schwierigkeiten zu überwinden und Möglichkeiten für eine weitere vertragliche Ausgestaltung ihrer Beziehungen zu prüfen.

Beide Seiten würdigten die Bedeutung des Vierseitigen Abkommens vom 3. September 1971. Sie stellten mit Befriedigung fest, daß dieses Abkommen seit mehr als zehn Jahren wesentlich zur Verbesserung der Lage im Zentrum Europas beigetragen hat und seine strikte Einhaltung und volle Anwendung ein wichtiges Element für dauerhafte Entspannung in Europa bleibt.

Sie erörterten Fragen der Familienzusammenführung, der Milderung von Härtefällen und andere humanitäre Fragen und stimmten darin überein, daß die Bemühungen auf diesem Gebiet in konstruktivem Geiste fortgesetzt werden.

Beide Seiten führten einen offenen Meinungsaustausch über Probleme und Fragen des Reise- und Besuchsverkehrs einschließlich Fragen des Tourismus.

Sie legten in diesem Zusammenhang ihre unterschiedlichen Auffassungen über die am 9. Oktober 1980 erfolgte Erhöhung des Mindestumtausches dar.

Beide Seiten würdigten die Arbeit der Grenzkommission. Sie sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Bemühungen um die Klärung noch offener Fragen des Grenzverlaufs und um weitere Verbesserungen der Situation im Grenzbereich fortgesetzt werden sollen.

Sie führten einen Meinungsaustausch über dringliche Fragen des Umweltschutzes. Sie erwarten, daß die laufenden Expertengespräche über Gewässerschutzfragen zügig zu konkreten Lösungen führen.

Es wurde die Absicht bekräftigt, die Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Technik sowie des Bildungswesens zu fördern. Die Bemühungen werden fortgesetzt, auch auf diesem Gebiet zu vertraglichen Regelungen zu kommen. Es ist beabsichtigt, Themenvorschläge für einen Erfahrungsaustausch auf diesen Gebieten auszutauschen.

Beide Seiten erörterten die Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit sowie des Austausches in anderen Bereichen. Sie bekundeten übereinstimmend die Absicht, dies im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wechselseitig zu verstärken, damit die gegenseitige Kenntnis des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens vertieft werden kann.

Sie führten einen Meinungsaustausch über die Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten. Sie betonten die große Bedeutung einer umfassenden Information für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten.

Beide Seiten sind bestrebt, die im gegenseitigen Interesse liegende wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit langfristig zu entwickeln, zu erleichtern und zu vertiefen. Es bestand Übereinstimmung, den Warenaustausch auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und nach Maßgabe der Möglichkeiten beider Seiten auszubauen und seine Struktur zu verbessern.

Sie unterstrichen die Bedeutung der Zusammenarbeit bei Projekten und der Unternehmenskooperation einschließlich der Zusammenarbeit auf dritten Märkten.

Beide Seiten hoben die Notwendigkeit kooperativer Anstrengungen zur Lösung des Energieproblems im europäischen sowie im weltweiten Rahmen hervor. Sie erklärten ihre Bereitschaft, die Möglichkeiten konkreter bilateraler Zusammenarbeit im Energiebereich zu sondieren.

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung über die Lieferung sowjetischen Erdgases zur Versorgung der Bundesrepublik Deutschland und anderer westeuropäischer Länder bekräftigte die

Deutsche Demokratische Republik ihr Einverständnis, daß Erdgas aus der Sowjetunion durch die Deutsche Demokratische Republik auch nach Berlin (West) geliefert wird. Notwendige Regelungen werden zügig zwischen den Beteiligten getroffen.

Helmut Schmidt und Erich Honecker sprachen sich dafür aus, die durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleitete Entwicklung kontinuierlich fortzusetzen und ihr neue Impulse zu verleihen.

Zu diesem Zweck setzen sie sich dafür ein, daß alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki volle Wirksamkeit erlangen – zum Wohl der Menschen und im Interesse der Zusammenarbeit der Staaten.

In diesem Zusammenhang wurden Stand und Aussichten des Madrider Folgetreffens erörtert. Sie sprachen sich für weitere beharrliche Anstrengungen im Interesse von Fortschritten in allen Bereichen der Schlußakte und für einen Abschluß des Folgetreffens möglichst bald mit substantiellen Ergebnissen aus.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten beide Seiten der Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, darauf hinzuwirken, daß auf dem Folgetreffen in Madrid die Einberufung einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa mit einem klar definierten Mandat beschlossen wird.

Helmut Schmidt und Erich Honecker hoben die Bedeutung hervor, die wirksamen vereinbarten Maßnahmen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung beizumessen ist. Sie sind der Auffassung, daß es im Interesse der Sicherheit notwendig ist, durch konkrete Vereinbarungen zu einem stabilen Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau beizutragen. Fortschritte auf diesem Gebiet sind in hohem Maße geeignet, zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Wiederherstellung des Vertrauens in den internationalen Beziehungen beizutragen.

Beide Seiten sind entschlossen, ihre Bemühungen um konkrete positive Ergebnisse in den Gremien, in denen diese Probleme behandelt werden, fortzusetzen und zu verstärken.

Sie unterstrichen die Bedeutung der bevorstehenden zweiten Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung und die Notwendigkeit, diese sorgfältig vorzubereiten. Helmut Schmidt und Erich Honecker legten ihre Positionen zur Frage der Begrenzung von Nuklearwaffen dar. Sie sprachen sich für die Fortsetzung des Prozesses zur Begrenzung und Reduzierung strategischer nuklearer Waffen aus.

Sie brachten ihre Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die am 23. September 1981 vereinbarten Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika am 30. November 1981 in Genf aufgenommen wurden.

Sie legten ihre jeweiligen Auffassungen zu den damit zusammenhängenden Problemen dar, wobei sie von den Postionen ihrer Bündnisse ausgingen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß diese Verhandlungen möglichst bald zu konkreten Ergebnissen führen werden.

Helmut Schmidt und Erich Honecker erörterten den Stand der Wiener Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammehängende Maßnahmen in Mitteleuropa. Sie unterstrichen die Bedeutung dieser Verhandlungen für Sicherheit und Stabilität in Europa und bekräftigten ihren Willen, aktiv zum Erfolg dieser Verhandlungen beizutragen.

Helmut Schmidt und Erich Honecker führten einen Meinungsaustausch über Konfliktsituationen in verschiedenen Regionen der Welt und legten ihre jeweiligen Positionen dar. Sie betonten die Notwendigkeit zuverlässiger politischer Regelungen, die von allen Beteiligten Zurückhaltung und Mäßigung und eine abgewogene und konstruktive Haltung verlangen.

Die Lage in Asien, Afrika und Lateinamerika wurde erörtert, wo die Entwicklung wesentliche Bedeutung unter dem Aspekt der internationalen Sicherheit hat. Indem beide Seiten unverändert für die Notwendigkeit einer politischen Regelung der im Zusammenhang mit Afghanistan entstandenen Lage eintraten, legten sie ihre unterschiedlichen Positionen dar.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Rolle und Tätigkeit der Vereinten Nationen bei der Regelung der internationalen Beziehungen und der Lösung der wichtigsten Probleme, denen sich die Welt gegenübersieht, gestärkt werden sollten.

Sie führten einen Meinungsaustausch über die ernsten wirtschaftlichen Probleme, vor denen die sich entwickelnden Länder stehen. Sie erachten es als wichtig, daß alle erforderlichen Bemühungen zu ihrer Bewältigung unternommen werden.

Dabei wurde unterstrichen, daß die internationale Zusammenarbeit einschließlich der Beziehungen zwischen industriell entwickelten und sich entwickelnden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens, der Partnerschaft und der fairen Berücksichtigung der Interessen aller Länder aufbauen muß.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß ihr Meinungsaustausch notwendig und nützlich war. Sie sprachen sich in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen vom 21. Dezember 1972 für eine Fortsetzung und Intensivierung der Kontakte auf hoher politischer und anderen Ebenen aus. Hierzu gehören insbesondere auch politische Konsultationen auf der Grundlage der im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages getroffenen Vereinbarung.

Beide Seiten gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ein wesentliches Element der Entspannung und Friedenssicherung in Europa ist.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland lud den Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Einladung wurde dankend angenommen. Der Termin wird später vereinbart werden.

Wahlen 1981*)

Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin (West) (10. Mai 1981)[1])

Wahlberechtigte: 1514642
Wahlbeteiligung: 1291842 = 85,3 %
Ungültig: 28365 = [2])
Gültig: 1262166[3])
Zahl der Abgeordneten: 132

	Stimmen	Prozent	Mandate
CDU	605265	48,0	65
SPD	483778	38,3	51
FDP	70529	5,6	7
AL	90653	7,2	9
SEW	8176	0,6	—
GLB	3765	0,3	—

1) Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin (West) vom 18. März 1979 in „Blätter", 1/1980, S. 129.
2) Prozentanteil nicht ausgewiesen.
3) Zweitstimmen.

Quelle: Berliner Statistik (Hrsg. Statistisches Landesamt Berlin): Die Wahlen am 10. Mai 1981 in Berlin (West).

AL = Alternative Liste / CDU = Christlich Demokratische Union Deutschlands / FDP = Freie Demokratische Partei / GLB = Grüne Liste Berlin / SEW = Sozialistische Einheitspartei Westberlin / SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

*) Die Wahlergebnisse aus dem Jahre 1980 vgl. „Blätter", 1/1981, S. 121 ff.

Autoren dieses Heftes

Dr. jur. Helmut RIDDER, geb. 1919, Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen, 1. Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Petra K. KELLY*, geb. 1949, EG-Verwaltungsrätin in Brüssel, zuständig für Sozialfragen, Umweltschutz und Gesundheitswesen, Bundesvorsitzende und friedenspolitische Sprecherin der Partei „Die Grünen". *** *Martin AX*, geb. 1959 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *Bernd GREINER*, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA, lebt in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Witich ROSSMANN*, geb. 1951 in Wolfsburg, Studium der Geschichte und der Wissenschaftlichen Politik an der Universität Marburg, z. Z. Promotion zur Lohn- und Tarifpolitik der IG Metall. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Frank Deppe/Witich Roßmann (Hrsg.), Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften, Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933, Köln 1981. *** *Edith LAUDOWICZ*, geb. 1946 in Delmenhorst, Studium der Pädagogik, Referendardienst; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt mit D. Pollmann „Weil wir das Leben lieben . . .", Köln 1981. *** *Erich ROSSMANN*, geb. 1928 in Hannover, Journalist, bildungspolitischer Sprecher der DFU, Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Elvio DAL BOSCO*, geb. 1935 in Fiume/heute Rijeka (Jugoslawien), langjährige Tätigkeit in der Forschungsabteilung der italienischen Zentralbank, heute Professor für Makroökonomie an der Freien Universität der Sozialwissenschaften in Rom; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Günter GIESENFELD*, geb. 1938 in Düren, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienwissenschaft an der Universität Marburg.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 2/1982 der „Blätter" wird am 15. 2. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 1/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-373518-01-01 715
KOERTING
CLAUS

WALLFRIEDSTR. 1

4330 MUELHEIM

Auch im Jahr '82 Thema Nr. 1

Frieden und Abrüstung

Unsere Standardtitel:

Karl D. Bredthauer
Klaus Mannhardt (Hrsg.)
Es geht ums Überleben
Warum wir die Atomraketen ablehnen
Stellungnahmen u. a. von Heinrich Albertz, Gert Bastian, Karl Bechert, Gerhard Kade, Alfred Mechtersheimer, Martin Niemöller, Nino Pasti, Helmut Ridder
Vierte, unveränderte Auflage
prv-aktuell, Kleine Bibliothek Band 224
220 Seiten, DM 9,—

Bernd Greiner/Kurt Steinhaus (Hrsg.)
Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?
Amerikanische Atomkriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
Kleine Bibliothek Band 202
229 Seiten, DM 14,80

Bernd Greiner
Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute
Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen
Kleine Bibliothek Band 177
235 Seiten, DM 14,80

Gerhard Kade
Die Bedrohungslüge
Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten"
Mit umfangreichem Dokumentarmaterial
2. Auflage, Kleine Bibliothek Band 147
294 Seiten DM 12,80

Jörg Huffschmid (Hrsg.)
Für den Frieden produzieren
Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik
Mit Abbildungen
Kleine Bibliothek Band 230
163 Seiten, DM 12,80

Gerhard Kade
Wer bedroht uns?
SS 20 · Pershing II/Cruise Missiles
prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 243
140 Seiten, DM 9,—

Manfred Bosch
Nie wieder!
Texte gegen den Krieg
Mit zahlreichen dokumentarischen Abbildungen und Illustrationen
Zweite, durchgesehene Auflage
Kleine Bibliothek Band 215
208 Seiten, DM 12,80

Harold Rasch
Nato-Bündnis oder Neutralität?
Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207
138 Seiten, DM 12,80

Renate Janßen
Frauen ans Gewehr?
Im Gleichschritt marsch...
Mit einem ausführlichen Dokumentenanhang
prv-aktuell. Kleine Bibliothek Band 184
140 Seiten, DM 7,—

Jörg Huffschmid
Rüstungs- oder Sozialstaat?
Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik
Ein Handbuch
Kleine Bibliothek Band 208
320 Seiten, DM 14,80

Lorenz Knorr
Kleines Lexikon Rüstung, Abrüstung, Frieden
250 Stichworte
Zweite, durchgesehene und erweiterte Auflage
Kleine Bibliothek Band 235
220 Seiten, DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Dr. jur. Helmut RIDDER, geb. 1919, Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen, 1. Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Petra K. KELLY*, geb. 1949, EG-Verwaltungsrätin in Brüssel, zuständig für Sozialfragen, Umweltschutz und Gesundheitswesen, Bundesvorsitzende und friedenspolitische Sprecherin der Partei „Die Grünen". *** *Martin AX*, geb. 1959 in Hamburg, Studium der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. *** *Bernd GREINER*, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA, lebt in Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Witich ROSSMANN*, geb. 1951 in Wolfsburg, Studium der Geschichte und der Wissenschaftlichen Politik an der Universität Marburg, z. Z. Promotion zur Lohn- und Tarifpolitik der IG Metall. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Frank Deppe/Witich Roßmann (Hrsg.), Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften, Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933, Köln 1981. *** *Edith LAUDOWICZ*, geb. 1946 in Delmenhorst, Studium der Pädagogik, Referendardienst; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, zuletzt mit D. Pollmann „Weil wir das Leben lieben . . .", Köln 1981. *** *Erich ROSSMANN*, geb. 1928 in Hannover, Journalist, bildungspolitischer Sprecher der DFU, Mitglied des Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverboten"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Elvio DAL BOSCO*, geb. 1935 in Fiume/heute Rijeka (Jugoslawien), langjährige Tätigkeit in der Forschungsabteilung der italienischen Zentralbank, heute Professor für Makroökonomie an der Freien Universität der Sozialwissenschaften in Rom; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Günter GIESENFELD*, geb. 1938 in Düren, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienwissenschaft an der Universität Marburg.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 2/1982 der „Blätter" wird am 15. 2. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416